

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3.50 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 3.50 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 31. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonialsache oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Injunkte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Neger als Ausbeutungsobjekt.

Der deutsche Kolonialkrieg, in dessen Anfangsstadien wir uns befinden, hat nur die Wirkung gehabt, die Habenseinigkeit der vorgeschickten ethischen Motive für die Kolonialpolitik aller Welt klar zu machen. Die Sozialdemokratie hat zwar von Anfang an nachzuweisen gesucht, daß die deutsche Kolonialwirtschaft genau wie die anderer Länder auf die brutalste und schamloseste Ausbeutung fremdrossiger Menschen hinauskommt, die auf ihrer vorkapitalistischen Kulturstufe noch widerstandsunfähiger als europäische Arbeiter gegen das raffinierte Ausbeutungsverfahren des modernen Kapitalismus sind. Das hinderte aber die Schaumisläger, die in der Presse und im Parlament das kapitalistische Interesse vertreten, nicht im geringsten, mit verzüchtigtem Augenaufschlag von der hehren Mission der deutschen Kolonialpatrioten, den Negern Christentum und Kultur zu bringen, dem Publikum vorzuführen.

Die Früchte dieser Sorte von Kulturverbreitung stinken aber allgemach derart zum Himmel, das, was die Rildpferdepeitsche, die Schnapsflasche und die Alkohollibrikation angerichtet haben, tritt in so grauenhaften Erscheinungen zu Tage, daß die Kolonialschwärmer daran verzweifeln, für das alte Märchen von ihrer Kulturmission noch Gläubige zu finden. Selbst dem denkfaulsten Philister, der sich vor etlichen Jahren noch an dem phantastischen Geschwätz der Kolonialfuge von den Errungenschaften der Weltpolitik berauschte, hat die unheimlich anschwellende Kostenfrage die Augen geöffnet. Der Geldbeutel ist die Stelle, wo er am empfindlichsten ist. Wird dieses sein wertvollstes Organ angetastet, steigt ihm die Hitze zu Kopf. Weil bei der bisherigen Kolonialpolitik nichts herausgekommen ist an Vorteilen für ihn, sondern nur Schäden, glaubt er nicht mehr an den Hofuspokus von der Kulturträgererei.

Da müssen dann die Kolonialinteressenten nach anderen Mitteln suchen, um den Philister nationalliberaler, konservativer, antimilitärischer oder liberaler Richtung für ihre Politik zu ködern. So wird denn jetzt ungeniert zugegeben, daß das materielle Interesse, d. h. die Gewinnsucht, das ausschlaggebende Motiv für die Kolonialwirtschaft ist. Bei seiner Gewinnsucht hofft man den deutschen Philister zu packen. Nun hat allerdings nicht nur die christliche Kulturträgererei in Afrika schmählich Bankrott gemacht, sondern es haben auch die bisher angewandten Methoden der Profitjagd enorme Geldsummen gekostet. Denn der Handel mit unseren Kolonien ist im allgemeinen so geringfügig, kaum 1/4 Prozent unseres gesamten Außenhandels, daß er für unseren gesamten Wirtschaftsbetrieb völlig belanglos bleibt. Große Profite sind dabei nur von den Lieferanten für Heer, Marine und Verwaltung und von den Transporteuren für diese Lieferungen gemacht worden. Was Börmann, Lippelskirch und Konsorten verdienen, ist nicht aus der Kolonialbevölkerung herausgepreßt, sondern den deutschen Steuerzahlern abgezapft worden. Damit kann man also den Steuerzahlern nicht imponieren. Aber wenn man durch Handelsgeschäfte mit dem Neger auch seinen nennenswerten Profit erzielen kann, so läßt sich der schwarze Menschenbruder doch als direktes Ausbeutungsobjekt für den Deutschen nutzbar machen. Kann man die gewohnten Methoden der Mehrwertausquetschung nicht aus Europa nach Afrika verpflanzen und dort obendrein mit noch größerer Rückwärtslosigkeit und mit Aussicht auf noch größeren Kapitalprofit anwenden? Diesen Gedanken hat die Kolonialpresse aufgegriffen und sucht ihn den zahlungsfähigen Bourgeois schmackhaft zu machen. Die Furcht, die ihn vor weiteren Ausquetschungen seines Geldbeutels ergriffen hat, suchen die Kolonialinteressenten zu betäuben durch die Aufstellung seiner profitlüsternen Hoffnung auf die Ausquetschung der Neger. Die Verantwortung der direkten Ausquetschung der Neger verlagert sich allerdings nicht mehr mit der Versicherung, daß man nach Afrika gezogen sei, um dem armen unglücklichen Menschenbruder die angeblich so bezaubernden Heilswahrheiten des Christentums einzutrichtern. So wirft denn auch in der neuesten Nummer der Monatschrift „Die deutschen Kolonien“ ein gewisser Herr V. G. in einem „Die Erziehung des Negers“ überschriebenen Artikel die Christianisierungsmär einfach über Bord, indem er schreibt:

„Weshalb haben wir überhaupt Kolonien erworben? Antwort: Getrieben vom Kampf ums Dasein, vom Expansionsdrang der Rasse, welcher der heimische Boden zu eng wird, getrieben von dem Willen, dem Mutterlande neue Quellen zuzuführen und neue Absatzgebiete zu verschaffen. Alle anderen Motive sind post festum hineingetragen worden, um dem nackten Kinde ein Mäntelchen umzuhängen. Gaben wir sie etwa an erster Stelle erworben, um das Christentum dort auszubringen, haben wir sie in Besitz genommen, um sittliche Tendenzen unter den Eingeborenen zu verfolgen? Wollen wir doch aufrichtig sein und uns eingestehen, daß die wahrsten, reinsten, materiellen Interessen uns dazu gebracht haben, mögen sie sich nun in die Formeln: „Schutz der deutschen Handelsinteressen“, „Schaffung neuer überseeischer Absatzgebiete“, oder irgend welche anderen Worte kleiden. Wir wollen also unsere Kolonien dem Mutterlande

nutzbar machen und — auch dies müssen wir offen eingestehen — an erster Stelle materiell nutzbar machen.“

Der Verfasser leistet sich dann aber doch wieder den Scherz, auch diesem offenen Bekenntnis zu den Profitzwecken der Kolonialerwerbung ein sittliches Mäntelchen umzuhängen, indem er es für ein sittliches Verdienst erklärt, wenn „zum Nutzen des Vaterlandes fremde Gebiete erschlossen werden“. Worin er aber den eigentlichen Wert dieser Erschließung fremder Gebiete erblickt, das spricht er gleich darauf aus mit den Worten:

„Wozu sollen wir den Neger erziehen? Reine kurze und bündige Antwort lautet: Zur Arbeit für uns. Nun wir das, so haben wir den materiellen Nutzen auf unserer und eine Veredelung der Eingeborenen auf der anderen Seite, denn Arbeit hat noch nie einen anderen als veredelnden Einfluß ausgeübt.“

Wir halten es bei der absoluten historischen Unwissenheit des Herrn V. G. und der Redaktion jener Zeitschrift zugute, wenn sie die Behauptung aufstellen oder widerspruchlos durchgehen lassen, daß Arbeit noch nie einen anderen als veredelnden Einfluß ausgeübt hat. Die Sklavenarbeit der Neger, die in Amerika von den christlichen Unternehmern auf sieben Jahre für die Person bemessen war, da es profitabler war, in dieser Frist einen kräftigen Sklaven sich bis zur völligen Erschöpfung seiner Kräfte zu Tode arbeiten zu lassen und dann einen neuen zu kaufen, als ihn nur so viel arbeiten zu lassen, daß er seine Lebenskraft nicht frühzeitig aufzuzehren brauchte, hat wie alle Zwangsarbeit sicher nicht „veredelnd“ gewirkt. Ebenso erzielt selbst bei dem „freien“ Arbeiter Europas alle diejenige Arbeit das Gegenteil von einer Veredelung, die durch übermäßige Anspannung seiner Kräfte ihn bei ständiger Erschöpfung zu Stimmulenz greifen läßt. Arbeit wirkt nur veredelnd, wenn sie willig durchgeführt und nicht bis zur lebensverzehrenden Erschöpfung getrieben wird. Doch die Veredelungstheorie des Herrn V. G. ist ja auch nur eine heuchlerische Verbeugung, die dem Bedürfnis des Philisters nach konventionellen Sittlichkeitsphrasen gemacht wird.

Worauf es ihm bei der Erziehung des Negers „zur Arbeit und für uns“ ankommt, darüber läßt er keinen Zweifel, indem er den „Zwang zur Arbeit“ fordert. Dieser begeisterte Verehrer der Arbeit — „für uns“ weiß recht wohl, daß der Neger zur Arbeit an sich gar nicht erst erzogen zu werden braucht, diemeil er ständig die zu seinem auskömmlichen Lebensunterhalt erforderlichen Arbeiten verrichtet. Herr V. G. schreibt nämlich selbst:

„Das Arbeitslöhnen wird man den Logonegern nie absprechen. Braucht man doch nur zuzusehen, wie er ohne Murren seine schweren Lasten Tag aus Tag ein auf dem Rücken, auf dem Kopfe trägt, oft aber gar trabend dabei die heiße, staubige Straße zieht, wie er die Brandungsboote unermüdet durch die hohe See steuert, wie er seine Familien bestellt usw.“

Man möchte verwundert fragen, wo bei so arbeitsfrohen Menschen noch Erziehung zur Arbeit nötig ist. Selbst zur Ausquetschung von Mehrwert für die Europäer gibt er sich willig her, indem er ihre Lasten trägt, ihre Boote durch die Brandung rudert und auch sonst alle Arbeit gegen Entgelt für sie leistet. Aber das ist zu seiner „Veredelung“ noch nicht genug. Die „Arbeit für uns“, die er leisten soll, das ist die Arbeit, zu der er gezwungen werden muß, damit einzelne weiße Kapitalisten durch Ausnutzung dieser Negerarbeit nabobartige Profite schluden können.

Nun brauchen wir hier nicht eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die Verhältnisse in Logo, in Kamerun, in Südwestafrika, in Ostafrika wirklich derartige sind, daß auch nur zum kleinen Teil die Hoffnungen auf Kapitalistenprofit sich bewahrheiten könnten, die Herr V. G. und andere Kolonialinteressenten von der erzwungenen Negerarbeit sich erhoffen. Es sprechen gewichtige Gründe gegen diese Auffassung; aber angenommen, die Plantagenbesitzer und Spekulant könnten tatsächlich den erhofften Mehrwert aus der Zwangsarbeit höriger Neger herauspressen, so würde sie doch alle die Schäden zur Folge haben, die noch überall und jederzeit aus der Sklaverei für die Herren wie für die Sklaven erwachsen sind. Das deutsche Volk, weit entfernt davon, aus dieser „Arbeit für uns“ Nutzen ziehen zu können, würde nur neue Kosten zur militärischen Aufrechterhaltung der Sklaverei und zur Niederwerfung von Aufständen auf sich laden, ganz abgesehen von all den Greueln, die es als Nebenerscheinung dieser Veredelungspraktiken mit in den Kauf nehmen müßte.

Wir Sozialdemokraten haben deshalb allen Grund, den Kolonialinteressenten wegen ihrer neuen Methode zur Sködierung des deutschen Philistertums sorgfältig auf die Finger zu passen. Und das um so mehr, als die Auslassung des Herrn V. G. keine vereinzelte Stimme in der Wüste ist. Ganz ähnlich, nur etwas nationalliberal-diplomatischer hat sich eine so bewährte Stütze unserer Kolonialwirtschaft wie Herr Professor Paasche bereits im Reichstag ausgelassen. Gegen „ein bißchen Zwang“ hatte auch dieser Apostel kapitalistischer Christlichkeit nichts einzuwenden. Obendrein ist ja die neueste Politik der Kolonialverwaltung in Südwestafrika die Vorarbeit dazu, die Neger zur „Arbeit für uns“ zu zwingen. Die ungeliebte Landkonfiskation macht aus den Negern Objekte für unbegrenzte Ausbeutung. Wie unsere Fraktion dagegen Front gemacht und den Reichstag in dieser Frage auf unsere

Seite gezogen hat, so wird die sozialdemokratische Partei auch ferner die Verflabungsbemühungen bekämpfen, wo sie sich hervortragen und welche Maske sie vorbinden mögen.

Die russische Revolution.

Der 30. Oktober.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist es am ersten Jahrestage der „Konstitution“ nirgends in Rußland zu Blutvergießen gekommen. Aber man tut gut, noch abzuwarten; denn die „echt russischen Leute“ und ihre Komplizen haben für den „großen Tag“ zu umfassende Vorbereitungen getroffen, als daß man glauben darf, es sei ihnen nirgends gelungen, durch ihre berüchtigte Provokateurtaktik Zusammenstöße herbeizuführen.

Dieserjenigen, auf welche die Regierung in den letzten Tagen am meisten achtete, die Arbeiter und die Studenten, haben sich entschlossen, den Blutbuden des Jaren am 30. Oktober keine Arbeit zu machen. Sie wollen es auch weiterhin mit dem guten revolutionären Brauch halten, ihre Schläge dann zu führen, wenn es der Feind am wenigsten vermutet. Am Montag noch fand in der Petersburger Universität eine Versammlung von etwa 4000 Studenten statt, die durch Absingen der Marseillaise eingeleitet wurde. Es gelangte eine in scharfen Ausdrücken verfaßte, von der sozialdemokratischen Gruppe in Vorschlag gebrachte Resolution zur Annahme, in der es heißt, die selbstherrliche Regierung unterdrücke durch Pogrome, Feldgerichte und andere grausame Maßnahmen die Freiheit. Das letzte Jahr habe die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang genommen; das Proletariat und die Bauern müßten mit vereinten Kräften die konstituierende Versammlung anstreben; bei der revolutionären Studentenschaft würden sie Unterstützung finden. Bezüglich des folgenden Tages (30. Oktober) wurde beschloffen, sich aller Kundgebungen zu enthalten, um nicht den Schergen in die Hand zu arbeiten.

Der hohe Universitätsrat beehrte sich, die Universität „bis auf weitere Anordnung“ zu schließen! Viele Studenten, die am Meeting teilnahmen, wurden verhaftet! —

So hat denn der 30. Oktober als größtes „Ereignis“ bis jetzt nur einen neuen Jarenikus gebracht, einen Köder, der auf die „Sektierer“, das heißt: die nicht gerade griechisch-katholischen Katholiken berechnet ist. Der Kias gestattet gütigst den Aißgläubigen und anderen Sekten der orthodoxen Kirche, sofern ihre Lehren nicht gegen das Strafgesetz verstoßen, die Bildung von Kirchengemeinden, den Bau von Kirchen und die Wahl von Geistlichen. —

Aus Odessa erhalten wir folgendes Telegramm vom 30. Oktober:

In Erwartung großer Unruhen am heutigen Tage sind außerordentliche Maßnahmen getroffen: Sämtliche Polizeireviere besetzt, die Truppen auf den öffentlichen Plätzen postiert. Am Sonntag und Montag wurden über 800 Personen ausgewiesen! Der Tag verlief indessen ruhig.

Die gestern begonnene Rekrutenausbildung brachte aber überraschende Resultate: Statt der 250 Einberufenen erschienen im ersten Bezirk nur 87!

Die militärischen Obrigkeiten sind sehr aufgeregt; denn sie befürchten, daß dieselbe Erscheinung sich im ganzen Reiche zeigen und so der Wyborger Aufruhr doch Beachtung gefunden haben könnte!

Aus Warschau erhält die „Bosische Zeitung“ folgende Privatdepesche vom 30. Oktober:

Alle öffentlichen Gärten sind heute am Jahrestage des Oktobermanifestes polizeilich geschlossen, die Häuser auf Polizeibefehl besetzt! — Durch die Straßen ziehen zahlreiche starke Patrouillen, die Militärposten sind vervielfacht, doch ist der Straßenverkehr normal und die Ruhe bisher ungestört.

Wieder einer glücklich entkommen!

Während die Genossen Deutsch und Parvus aus der nördlichen Sibiriens glücklich die Flucht ergriffen haben, ist es einem polnischen Genossen gelungen, der Verbannung nach der südlichen Wüste Rußlands am Kaspiischen Meer zu entkommen. Genosse Jan Tennenbaum, ein Mitglied der Sozialdemokratie Wolens und Litauens und einer ihrer tüchtigsten Agitatoren, war nach einer achtmönatlichen Haft in Warschau nach dem Astrachaner Gouvernement für unbestimmte Zeit „bis zur Aufhebung des Belagerungszustands“ verhaftet. Die Fahrt von Warschau nach Astrachan dauerte sieben Wochen, mit mehreren „Erholungspausen“ in diversen Gefängnissen unterwegs; auf der Station Gzasi, wo verschiedene Gefangenentransporte zusammenstrafen und der Zug auf einen Anschluß wartete, mußte der infolge langer Haft erkrankte Genosse mit seinen Reisegefährten 48 Stunden unbeweglich im Eisenbahnwagen verdringen.

Aber auch diese „Bequemlichkeiten“ der Reise hören bei Jarjain, der Endstation des Sibirienwegs, auf, und von hier wird der Weg bis Astrachan — 600 Werst! — von den Verbannten, Männern und Frauen — zu Fuß zurückgelegt, was 22 Tage dauert. Der Genosse Tennenbaum hat es vorgezogen, den Weg vor dem Ziel zu verlassen, und er ist in besserer Laune „heimgekehrt“, um sich wieder in Reich und Glied zu stellen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Oktober.

„Quousque tandem?“

Unter dieser Ueberschrift („Wie lange noch?“) bringt die „Kölnische Zeitung“ einen sehr entschiedenen an die Regierung gerichteten Artikel, wie man ihn sonst in einem Blatte, das Wert auf gute Beziehungen nach oben legt, nicht zu finden pflegt. Das nationalliberale Blatt weist hin auf die von allen Seiten erhobenen Klagen und Forderungen zur Fleischnot; es stellt der Regierung in Aussicht, „daß sie sich, wenn sie die einseitige Interessenpolitik, zu deren Dienerin sie sich gemacht hat, einige Jahre fortsetzt, noch ganz anderen Forderungen gegenüber sehen wird als den heurigen, und daß ihr alsdann Kundgebungen zustiegen werden, die nicht mit Rosenwasser getauft sind... Nur keine Kapitulation vor der öffentlichen Meinung! Das scheint wieder einmal die Staatsmarime zu sein, nach der unsere Nachthaber die Teuerung und die Not im Volke beurteilen.“

Das ist die Einleitung zu einer Abrechnung mit der Regierung, deren Ton abgestimmt ist auf jene Kritik, wie sie in der von uns erwähnten Zuschrift an die „Kölnische Zeitung“ gefordert wurde: „eine Kritik, die vom Volke gehört und vom Volke verstanden wird, nicht jene feine staatsmännische Kritik, die in den Wind gesprochen ist“. In diesem Sinne schreibt das Blatt:

„Es ist eine eigene Sache um die Beziehungen zwischen Regierung und Volk in Preußen und im Reich. Monatslang, wenn der Reichstag und der Landtag ihre Tore geschlossen haben, hat die Regierung freies Feld zur Erfüllung ihrer Aufgaben, und mehr und mehr bildet sich bei ihr die Gepflogenheit heraus, während dieser Zeit in stiller Zurückgezogenheit ihres öffentlichen Amtes zu walten. Was auch die Bevölkerung bewegt, eine mahgebende Aeußerung der leitenden Minister ist nicht zu erwarten. Die Regierung weicht aus, sie braucht nicht Rede zu stehen, weil die Volkstretung nicht versammelt ist, und die öffentliche Meinung ist ihr Feind.“

Der Landwirtschaftsminister, so meint das Blatt weiter, sei in der Fleischfrage selber Interessent und hätte daher, als diese Frage kritisch wurde, sein Amt niederlegen müssen. Es handele sich auch jetzt wieder um eine einseitige Begünstigung des Großgrundbesitzes, denn unter den überspannten Fleischpreisen leide der Kleinbesitz ebenso wie die städtische Bevölkerung. Diese Empfindung herrsche seit Monaten, ja seit Jahren in den weitesten Kreisen der deutschen Bürgerschaft und immer wieder dränge sich die Frage auf: wo ist die Regierung, werden wir überhaupt noch regiert? Das Blatt schließt seinen Klageartikel:

„In anderen Ländern, wo es Kabinette gibt und die rechte Hand weiß, was die linke tut, pflegt während der parlamentarischen Ferien der eine oder andere Minister sich über die Stellung des Kabinetts öffentlich zu äußern und die Erörterung der Tagesfragen, die nie ruhen kann, geht dann ihren Gang in klar erkennbarem Gleise weiter. Wer vermag indes bei uns zu sagen, ob und wann den Städten auf ihre dringenden Eingaben ein Bescheid und ob ihnen je ein Bescheid werden wird? Deshalb ist es die höchste Zeit, daß der Reichstag wieder zusammentritt, um mit diesen Zuständen ein einmal gründlich abzurechnen. Wer es ernst meint mit unserem deutschen Vaterlande, der kann und darf nicht länger ruhig zusehen, wie eine Regierung, die früher sein sollte im Kampfe gegen die staatsfeindlichen, die bestehende Ordnung zerstörenden Mächte, durch ihre Zatonlosigkeit, Sclaffheit und Nachsicht aller Volkserregungen immer größere Bruchteile des Bürgertums in die Reihen der Sozialdemokratie treibt. Quousque tandem!“

Es ist allerdings auffallend genug, daß ein Blatt vom Schlage der „Kölnischen Zeitung“ Sehnsucht empfindet nach „anderen Ländern, wo es Kabinette gibt und die rechte Hand weiß, was die linke tut“. Wenn sich das Blatt einige Mühe geben wollte, darüber nachzudenken, aus welchen Gründen Deutschland auf diesem wie auf so manchem anderen Gebiete in der Welt nicht voran ist, so würde es finden, daß hier zum guten Teil der Liberalismus schuld ist, der jede Gelegenheit verpaßt hat, die Rechte des Volkes gegenüber der Regierung zu wahren und zu sichern. Die Nationalliberalen insbesondere haben bisher immer mehr Wert darauf gelegt, ihre Stellung nach unten, der Arbeiterschaft gegenüber, als nach oben zu wahren, und so lange das Bürgertum seine Hauptaufgabe — um mit der „Kölnischen Zeitung“ zu reden: „im Kampfe gegen die staatsfeindlichen, die bestehende Ordnung zerstörenden Mächte“ erblidete, um dafür nach oben desto nachgiebiger und nachlässiger zu sein, so lange sind Verordnungen wie obige für die Regierung in den Wind gesprochen, auch wenn sie mit einem drohenden „Wie lange noch!“ schließen.

Neue koloniale Pläne.

Die „Dortmunder Zeitung“ veröffentlicht über die angeblichen Pläne der neuen Kolonialerzellenz Dornburg allerhand interessante Mitteilungen. Dornburgs Plan gehe dahin, zu beiden Seiten der Eisenbahnlinien je 100 Kilometer „Farmland“ militärisch zu besetzen und derartig zu sichern, daß den innerhalb dieses Radius sitzenden Ansiedlern vom Reiche Leben und Besitz garantiert werden könne. Auf diese Weise sollten gesichert werden die Linien Swakopmund—Windhuk, Karibib—Otawi, Windhuk—Keetmanshoop und Keetmanshoop—Vidert-Bucht. Für die Sicherung der Viehzüchter nördlich des Dranjesflusses soll der Ort Warmbad eine größere Garnison erhalten. Alle Farmer und Händler, die sich außerhalb dieser 100 Kilometer-Schulzlinie ansiedelten und bewegten, täten dieses auf eigene Gefahr. Allmählich solle das Schutzgebiet ständig vergrößert werden. Von den Besprechungen, die der Kolonialdirektor mit dem Gouverneur von Lindenberg abhalten werde, werde es abhängen, wieviel Truppen für diesen Zweck notwendig seien. Für die nächsten 10 Jahre schiene man auf Grund dieses Planes in der Kolonialabteilung mit einem dauernden jährlichen Aufwande von etwa 30 Millionen zu rechnen. Ueberührt davon blieben die außerordentlichen Aufwendungen, die durch die Wiedereinbringung der Bahnvorklage Kubub—Keetmanshoop und die weitere Entschädigung der Ansiedler in Anspruch genommen werde!

Aus diesem Projekt des Herrn Dornburg ist ersichtlich, daß die drei Jahre südwestafrikanischer Krieger bis jetzt im Grunde vollständig ergebnislos gewesen sind. Die 400 Millionen, die uns der Krieg gekostet hat, sind absolut nutzlos verbubert worden, es sei denn, daß man die Ausrottung der Eingeborenen als eine hinlängliche Entschädigung für diese Aufwendung ansehen wollte. Nach dreijährigem Kriege muß nun die ganze mit Menschen und Viehgebieten besetzte Ginde von neuem erobert werden. Und

zwar glaubt man, daß diese allmähliche Eroberung mindestens 10 Jahre in Anspruch nehmen und bis dahin weitere 300 Millionen Mark kosten wird.

Bis zum Jahre 1916 dürfte uns also die Kolonie rund 900 Millionen Mark gekostet haben! Eine Kolonie, deren ganze Aus- und Einfuhr sich jährlich auf insgesamt 11 Millionen beziffert hat, wobei bei der Einfuhr noch der größte Teil auf die für die Schutruppe und die Beamten notwendigen Einfuhrartikel entfiel. Die Zukunft der Kolonie aber, für die nun überhaupt erst neue Viehherden beschafft werden müssen, liegt in der Wunschelrute des neuen Moses, der aus den Felsen Bistweiss Wasser sprudeln lassen soll!

Eine aberwitzigere Geldverwässerung ist selbst für koloniale Zwecke niemals und von keinem Lande getrieben worden! Dabei bemerkt das „Berliner Tageblatt“ zu einer feuilletonistischen Festrede, die Herr Dornburg dieser Tage in Halle gehalten hat, daß „Herr Dornburg anscheinend am Werke sei, aus dem kolonialen Spielzeug eine für das Deutsche Reich brauchbare Grundlage wirtschaftlichen Aufschwungs zu machen“! —

Deutsches Reich.

Selbstverpottung.

Der Bergbauische Verein hat bekanntlich abgelehnt, mit der Siebenerkommission der Ruhrbergleute über deren Lohnforderungen zu verhandeln und die Bergarbeiter aufgefordert, durch die Arbeiterauschüsse den Zeichenverwaltungen ihre Forderungen vorlegen zu lassen. Zu diesem taktischen, lediglich auf eine Verzögerung der Angelegenheit hinauslaufenden Schachzug schreibt der Abg. Gothein in der „Ab. Korresp.“:

Die Sache ist nicht ohne Humor, wenn man sich erinnert, wie die Vertreter der Arbeitgeber im Abgeordnetenhause die Arbeiterauschüsse bekämpft haben. Sie lassen sich jetzt von ihrer Presse wegen ihrer loyalen Haltung diesen gegenüber loben, aber sie verschweigen, daß dank ihrer Haltung im Abgeordnetenhause die Arbeiterauschüsse gar nicht befugt sind, die Delegation bei Lohnkämpfen zu vertreten; sie dürfen ja nur „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Delegation zur Kenntnis der Bergwerksbesitzer bringen und sich darüber gütlich äußern“. Wenn im Reichstage angenommen, vom Abgeordneten Wolff-Bissa im Abgeordnetenhause aufgenommener Antrag wollte den Bergarbeiterauschüssen die Befugnis beilegen, für die Delegation über Lohnfragen zu verhandeln; er würde dort aber mit Hohn abgelehnt, da er „nicht dem Frieden, sondern dem Krieg diene, da er den Arbeiterauschüssen zu einer Kampforganisation mache“. Und jetzt weiß der Bergbauische Verein den Arbeiterauschüssen die Funktionen zu, die sie ihm vor einhalb Jahren verweigerten, und die ihnen nun gesetzlich gar nicht zustehen; ja sie müßten von Rechts wegen aufgelöst werden, wenn sie ihre Befugnisse überschreiten.

Dieses Selbstbescheiden des Bergbauischen Vereins nach so kurzer Zeit hat etwas Erheiterndes, aber auch etwas Erfreuliches, denn es zeugt von wachsendem sozialen Verständnis.

Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat den Beschluß des „Bergbauischen Vereins“, nicht mit der Siebenerkommission zu verhandeln, sondern die Bergarbeiter auf die Vermittelung der Arbeiterauschüsse zu verweisen, in ihrem letzten Artikel über die Bergarbeiterbewegung „als einen Weg zum Ausgleich der Gegensätze“ gepriesen. Daß die Benutzung dieses Weges eigentlich gesetzlich verboten ist, ahnte das Regierungsorgan in seiner Einfalt nicht. Es hieß auch zu große Anforderungen an die Sachkenntnis des Blattes stellen, von ihm zu verlangen, daß es das, was es preist, kennt. Es kommt bei der Herstellung des von ihm gebotenen offiziellen Lesestoffes weniger auf Verstand an, als auf gewandte Anpassung an höchste und allerhöchste Intentionen. —

Som polnischen Schulkrige.

Die Antikantonschulpolitik hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Nicht weniger als 45 000 Kinder sind in eine Art Schulstreik eingetreten. Sie weigern sich auf Veranlassung der Eltern an deutschen Religionsunterricht teilzunehmen. Sie werden dafür unwahrscheinlich mit Arrest bestraft. Zwei polnische Reichstagsabgeordnete haben im Auftrage der Familienräter Protest gegen diese Bestrafung eingelegt und erklärt, daß diese Eltern selbst die volle Verantwortung für ihr Verbot zu übernehmen bereit seien. Der Kultusminister v. Studt hat darauf geantwortet, daß er eine Aufhebung der Arreststrafen ablehne. Der Krieg geht einweilen weiter. Mit dem Erfolge, daß die polnische Bevölkerung in immer wüthenderem Haß gegen die deutsche Regierung entbrennt und die polnische Geistlichkeit sich schmunzelnd die Hände reibt.

Der preussischen Regierung böte sich eine vortreffliche Gelegenheit, aus dem Dilemma herauszukommen. Sie bräunte nur den Religionsunterricht aus dem Unterrichtsplan der Volksschule zu entfernen, um den Polen jede Möglichkeit der Obstruktion zu nehmen. Aber das Schulverfassungsgesetz dient ja bekanntlich dem Zwecke, die Volksschüler noch mehr mit Religion, d. h. knechtischer Untertangensinnung, vollzustopfen! —

Ein Kaiserwort.

In einer Broschüre „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner“, die der bekannte Marineminister Graf v. Reventlow in dem Verlage von Lehmann in München herausgegeben hat, wird aus einer Ansprache, die der Kaiser im Jahre 1898 an die Mitglieder des Schauspielhauses gehalten hat, folgende interessante Stelle zitiert:

„Ich war der Ueberzeugung und hatte mit fest vorgenommen, daß das königliche Theater ein Werkzeug des Monarchen sein sollte, gleich der Schule und Universität... Das Theater ist auch eine meiner Waffen... Ich bitte Sie nun, daß Sie mir fernerehin beistehen... den Kampf gegen den Materialismus und das undeutsche Wesen fortzuführen, dem schon leider manche deutsche Bühne verfallen ist.“

Zu Kampfe gegen den Materialismus und das undeutsche Wesen ist inzwischen dem königlichen Schauspielhause ein trefflicher Verbündeter entstanden: Herr Ferdinand Vonn! —

Die unzulängliche Kaisererhebung.

Ein Kriegerverein zu Reulich in der Neumark hatte beschlossen, am Kriegerehrmal zu Reulich noch nachträglich ein Reliefbildnis Wilhelm I. anbringen zu lassen, wozu eine Summe von 300 M. bereits zusammengebracht war. Vor der Ausführung mußte jedoch die behördliche Genehmigung eingeholt werden. Diese nun wurde verweigert mit der Motivierung, daß der Kaiser von seinem Großvater und von seinem Vater als Denkmäler nur Standbilder oder Wäfen, aber keine Reliefporträts wünsche. Der Kriegerverein nahm darauf Abstand von seinem Plane und will nun die gespendeten Gelder an die Zeichner wieder zurückzahlen.

Späte Erkenntnis. Selbst konservativen Blättern scheint allmählich in Anbetracht der Tatsache, daß im Jahre 1908 neue Reichstagswahlen stattgefunden haben, die Erkenntnis aufzukommen, die Regierung hätte die Pflicht, Maßnahmen gegen die Fleischteuerung zu treffen und wenigstens zeitweilig die Vieheinfuhr aus dem Auslande zu erleichtern. „Der Schatz der Landwirtschaft“ schreibt das konservative Blatt, „ist absolut nötig. Aber ebenso wichtig ist der Befürchtungspunkt, daß die Lebensmittelpreise so

gehalten werden, daß sie keinen Notstand für die großen Volksmassen hervorrufen. Wie der Staat die Landwirtschaft vor so niedrigen Preisen ihrer Produkte schützen muß, bei welchen sie nicht mehr bestehen kann, so muß er auch die übrigen Volksklassen vor so hohen Lebensmittelpreisen schützen, bei denen ihre Einnahmen zur gesunden Ernährung nicht mehr ausreichen. Geschieht das nicht, so laßt die Regierung wie die Landwirtschaft ein Dblum der großen Volksmassen auf sich, welches beide ohne großen Schaden nicht tragen können. Geschieht jetzt nichts, um dem Notstand ein Ende zu machen, so wird man bei den nächsten Reichstagswahlen den Schaden besetzen können.“ —

Zentrums-Toleranz. In Lindlar im rheinischen Wahlkreise Rülheim-Bipperfürth-Gummersbach, einem städtischen Ort, haben sich die Linksliberalen zusammengetan, um vereint für ihre politischen Anschauungen zu wirken. Sie haben für den dortigen Bezirk eine Halbmonatsschrift herausgegeben und den „Oberbergischen Volksverein“ gegründet. Diese Tätigkeit ist den Zentrumskollegen ein Dorn im Auge, und sie suchen, der Pfarrer an der Spitze, das Blatt und den Verein zu vernichten. Der Pfarrer sagt, er sei eigens von Köln aus nach Lindlar geschickt worden, um dort „nach dem Rechten zu sehen“. Er gründete einen katholischen Männerverein, und wer diesen nicht beitrug, galt ohne weiteres als „ungläubig“ und „gottlos“. Wie die „Kölnische Ztg.“ berichtet, ließen sich auch „liberale Männer“ eintragen, um nicht ihre gesellschaftliche Existenz zu verlieren. Dem genannten Halbmonatsschrift trug man die Botenfrau ab, und eine andere war nicht zum Herumtragen zu bewegen. Mit Rot beschriftete Exemplare fand man auf den Straßen. Vor dem Besuch des Geschäftes der Herausgeber wurde von geistlicher Seite gewarnt. Lehrer und Lehrerin bestellten das Blatt mit Bedauern ab. Abends wagen sich die Herausgeber nicht mehr auf die Straße. Ihre Frauen und Verwandten werden auf den Straßen beschimpft.

Die „Kölnische Zeitung“ droht dem Zentrum, daß dieses bei der Wahl 1908 die Früchte der Saat des Hölles ernten werde, und das Blatt spielt an auf die Wahlkreise Köln und Düsseldorf, wo die Liberalen die Entscheidung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie haben. Das Zentrum kennt jedoch keine Nationalliberalen zur Welt, um zu wissen, daß es solche Drohungen nicht ernst zu nehmen braucht. Die Liberalen wissen, sie dürfen den liberalen Kammerseelen ungestraft solche Zusätze verlesen, wie im rheinischen Städtchen Lindlar, —

Ausland.

Oesterreich.

Der Wahlreformauschuss arbeitet immer noch. Weder am Sonntag noch am Montag ist er mit allen Resolutionen zu Rande gekommen. Wir werden seine Arbeit rekapitulieren, wenn sie endgültig erledigt ist.

Wien, 30. Oktober. (Abgeordnetenhause.) Eingekauft ist ein Dringlichkeitsantrag Seemann betreffend die sofortige Vornahme der zweiten Lesung der Wahlreformvorlage. —

Ungarn.

Kafoczi.

Die ungarische Regierung ließ die Mähe Franz Kafoczi von Rodosto (Türkei) nach Ungarn überführen, und die Ueberreste des „Rebellen“ wurden am Sonntag in Budapest mit orientalischer Prachtentfaltung empfangen, wobei die Niedertracht pfäffischer und adeliger Heuchelei schreiend zum Ausdruck gelangte. Was hat's nun mit dem Kafoczi-Rummel auf sich?

In den ersten Jahren des achtzehnten Jahrhunderts war die Lage der ungarischen Leibeigenen unerträglich geworden. Die erbarmungslose Ausbeutung durch den weltlichen und kirchlichen Adel sog dem Volke das Mark aus den Knochen, der kaiserliche Fiskus aber nahm, was die Grundherren übrig ließen. Der kleine Adel verarmte und sank mit der Auflösung der Grenzarmeen und des nachbringenden Waffenhandwerks zum Proletariat herab. Proflosch Kleinadel, gepeinigte Leibeigene, stellenlose Soldaten und landlaufende Leute aller Art erhoben zuerst die Fahne der Revolution und boten dem flüchtigen Rebellensohne Franz Kafoczi die Führung an. Kafoczi trat an die Spitze der Revolutionsarmee, die das Klasseninteresse des Proletariats verfolgte, indem sie für die Befreiung vom Druck des ungarischen Adels und der kaiserlichen Steuerverwaltung kämpfte. Der bedrängte ungarische Adel suchte in Wien Schutz gegen den drohenden Bauernaufstand. Aber in Oesterreichs Hauptstadt sah man der Bedrängnis der widerwärtigen Herren Ungarns Schadenstroph entgegen. In dieser höchsten Not verstand es der ungarische Adel, Kafoczi's jungerliches Klassenurteil auszunutzen, sich ihm zu nähern und langsam die Führung der Revolutionsarmee an sich zu reißen! Der Kampf wurde nun mit aller Entschiedenheit gegen die österreichische kaiserliche Zentralmacht gerichtet, der Klassenkampf des ungarischen Proletariats in einen nationalen Aufstand verfaßelt! Die Folgen, die der Adel erwartete, blieben nicht aus: Das Proletariat verließ unzufrieden und verwirrt die aufständische Armee, und die anfangs siegreichen Fahnen der Revolution fielen jämmerlich zu Boden. Vergebens erkannte Kafoczi nun seinen Irrtum, vergebens versuchte er durch eine Reform der Leibeigenschaft das revolutionäre Proletariat wieder zu begeistern — es war zu spät, und der Schurke Alexander Karolvi, der sich die Führerschaft in der Revolutionsarmee erschlichen hatte, konnte zur Freude des Adels bald die ganze Revolution verraten und die Waffen vor der kaiserlichen Armee strecken! Kafoczi wurde gedächet, für „infam“ erklärt, seine Güter wurden konfisziert. Alexander Karolvi aber samt Klerus und Hochadel teilten sich redlich das konfiszierte Gut des „Rebellen“ Kafoczi.

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung publizierte heute vor acht Tagen ein Gesetz, das die Ahterklärung Kafoczi's aufhebt. Das Gesetz besagt jedoch, daß diese Rehabilitierung „keine privatrechtlichen Folgen nach sich zieht“! Franz Kafoczi wird also eine drei Quadratmeter große Grube im „teuren Vaterlande“ besetzen, wo er einst eine Million und zweimal hunderttausend Morgen Landes besaß. Die Grafen Karolvi, Erdödy, Esterhazy und Genossen aber folgten gerührt dem Sarge, bleibt ihnen doch noch genug dem Gute des immerhin charakterfesten Mannes, der an zweihundert Jahre im Exil begraben liegen mußte wegen der „privatrechtlichen Folgen“ seiner nun so „geschickt“ inszenierten Heimkehr. —

Frankreich.

Die kirchenpolitische Latit des Ministeriums Clémenceau.

Paris, 28. Oktober. (Eig. Ber.) Die Grundzüge der Politik, die die Regierung nach dem kritischen 11. Dezember der Kirche gegenüber betreiben will, sind nunmehr bekannt gegeben. Sie entsprechen den Auffassungen, die von den meisten Sozialisten in dieser Frage geäußert wurden: Die Kirchen bleiben geöffnet und stehen bis zum 11. Dezember des nächsten Jahres, sofern die Kultusabstimmung nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht konstituiert ist, den Priestern und Gläubigen zur Verfügung, die dort Gottesdienste auf Grund des allgemeinen Versammlungsgegesetzes veranstalten können. Doch wird für die Kultus-

Verfassungen sowohl die Anmeldepflicht vereinfacht, indem nicht jeder Gottesdienst besonders angezeigt werden muß, sondern der Staat wird auch diesen Gottesdiensten den Schutz in polizeilicher Hinsicht gewähren, der dem Kultus der gesellschaftlichen Assoziationen zugelegt ist. Die Kosten für die Erhaltung der Kirchengebäude werden während dieses Jahres aus den Erträgen der verstaatlichten Kirchenvermögen bestritten. Erst nach dem 1. Dezember 1907 werden die Kirchengebäude, wenn keine Assoziation besteht, den Eigentümern: Gemeinden, Departements usw. zur freien Verfügung überlassen.

Ueber die Zwangsmaßnahmen, die die Regierung gegen Geistliche, die sich gegen das Gesetz auflehnen, anwenden will (u. a. ist die Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft und damit das Recht zur Ausweisung zur Sprache gebracht worden), wird noch nichts Bestimmtes bekannt gegeben. Ungewiß ist auch noch das Schicksal der gegen den Willen der Bischöfe geschaffenen Kultusassoziationen, die in der letzten Zeit unter Mitwirkung radikaler Bürgermeister und Parteioffizianten ziemlich zahlreich ins Leben gerufen worden sind. Jedenfalls ist die Regierung der politischen Schwierigkeiten der Situation noch nicht Herr geworden und sie schwimmt vorläufig noch zwischen Schula und Charobdis.

Das Dekret über das Arbeitsministerium.

Man schreibt uns aus Paris: Das „Journal Officiel“ veröffentlichte am Freitag das Dekret über die Errichtung des „Ministeriums der Arbeit und der sozialen Vorseorge“. Gleichzeitig wird der Motivenbericht abgedruckt, den der Ministerpräsident dem Präsidenten der Republik eingereicht hat. In der Einleitung wird kurz darauf hingewiesen, daß der Gedanke eines Arbeitsministeriums, der in Belgien und Rußland zuerst verwirklicht worden ist, zum erstenmal in der französischen Republik von 1848 von Louis Blanc zur Ausführung vorgelegt worden ist. 1886 hat ihn Camille Ruyssal aufgenommen und seit 1894 beantragte Vaillant dreimal die Errichtung eines solchen Ministeriums.

Das Arbeitsministerium, so heißt es weiter, soll folgende Verwaltungszweige vereinigen:

- a) Die Regelung der Arbeit. (Arbeitszeit, Ruhezeit, Hygiene und Sicherheit.)
- b) Die Beziehungen zwischen Unternehmern und Angestellten. (Arbeitsvertrag, Berufsvereinigungen, Kollektive Differenzen und Einigungen usw.)
- c) Die Existenzbedingungen der Arbeiter in den Fällen von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall, Invalidität, Alter sowie im allgemeinen die Spar- und Vorseorge-Institute, die sie speziell angehen.
- d) Die Statistik und die auf die angeführten Gegenstände bezüglichen Untersuchungen.

Schließlich wird ausgeführt: „Das Ministerium soll sich mit allem Befassen, was die Arbeiter als solche betrifft, d. h. als Personen, die durch einen Arbeitsvertrag an andere Personen gebunden sind... Da diese Definition nicht die Industriearbeiter allein einschließt, sind auch die Beamten der Industrie und des Handels einbezogen, endlich auch die Arbeiter der Landwirtschaft, die — nachdem sie sich lange Zeit von der gewerkschaftlichen Bewegung ferngehalten haben, immer mehr Neigung zeigen, die Möglichkeiten, die ihnen das Gesetz von 1884 zur Verteidigung ihrer beruflichen Interessen bietet, zu benutzen. Dagegen bleiben außerhalb des Wirkungsbereiches des Ministeriums die wirtschaftlichen Bedingungen der Produktion und des Austausches, der Handel, die Industrie und die Landwirtschaft im eigentlichen Sinne.“

Man sieht, daß das neue Ministerium ein Ministerium für Sozialpolitik ist. Seine Errichtung ist ohne Zweifel ein wichtiger verwaltungsmäßiger Fortschritt. Im übrigen muß man seine Leistungen abwarten. Für den sozialpolitischen Fortschritt selbst ist die Errichtung eines solchen Ministeriums noch nicht viel beizubringen, wie der Blick auf das in sozialpolitischer Hinsicht sicher reichlich rückständige Belgien beweist. In der Hand eines energischen, die sozialen Notwendigkeiten erkennenden Mannes und unter dem Antriebe einer mächtigen Arbeiterorganisation kann es ein nützlich Werkzeug der sozialen Reform werden.

England.

Das Unterrichtsrecht im Oberhaus.

Am Montag wurde vom Oberhaus im Laufe der Beratung über das Unterrichtsrecht ein Amendement zu Artikel 1, nach dem in allen öffentlichen Elementarschulen obligatorischer, täglicher Religionsunterricht stattfinden soll, gegen den Widerspruch der Regierung auf Befürwortung seitens des Erzbischofs von Canterbury und Lord Lansdowne mit 256 gegen 56 Stimmen angenommen.

Die Herren Oberhausmitglieder treiben den schon lange Zeit vorhergehenden Konflikt wegen des Unterrichtsrechtes auf die Spitze. Nicht gut so! Dürfte doch die Lektion, die ihnen das englische Volk erteilen wird, um so gründlicher und fühlbarer ausfallen.

Schweden.

Die barbarische Klassenjustiz.

Das Mathausgericht von Helsingborg verurteilte am Freitag sieben Teilnehmer der antimilitaristischen Demonstration vom 29. September wegen Aufruhrs zur Strafbarbeit von 18 Monaten bis 3 Jahren. Der Vertreter der Anklage hatte 6 Jahre Strafbarbeit beantragt. Seiner Auffassung nach hat also das Gericht noch recht milde geurteilt.

Unsere Schwedischen Parteigenossen billigen zwar die Art, wie jene Demonstration der Jungsozialisten veranstaltet wurde, durchaus nicht, beurteilen aber natürlich diese furchtbare Klassenjustiz aufs schärfste, die sieben junge Leute wegen einer Ungehorsamkeit, die keinerlei Schaden an Personen oder Sachen verursacht hat, auf Jahre ins Zuchthaus schickt. „Social-Demokraten“ bemerkt, derartige Urteile seien die vollkommenste Barbarei und überall in der Welt unmöglich, außer in Rußland und Deutschland!

Bulgarien.

Krieg mit der Türkei?

Am 28. Oktober wurde die bulgarische Nationalversammlung eröffnet, die angesichts der unruhigen Situation auf dem Balkan die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Seit Jahrzehnten datieren die immer und immer stärkeren bulgarischen Klagen, die besonders durch die heutige Regierung der sogenannten „Liberalen“ forciert wurden. Dem Wunsche des Fürsten Ferdinand gemäß ist aus dem kleinen Balkanstaate eine Art Klein-Franreich geworden, d. h. ein Militärraas par excellence. Das Budget für 1907 wird der Kammer mit einer Erhöhung um 25 Millionen Franken gegen das Vorjahr präsentiert werden, und mehr als die Hälfte davon soll wieder dem Kriegsministerium zufließen. Will man doch gar die Präsenzstärke des Heeres durch zwölf neue Regimenter vergrößern!

Schon die großen Mäander, die anfangs September an der türkischen Grenze stattfanden, ferner die Demission der bulgarischen Gesandten in Konstantinopel, Grigor Ratschewitsch, der als Freund einer Politik der Annäherung Bulgariens an die Türkei bekannt ist, desgleichen die von der Türkei betriebenen raschen und heftigen Missionen lassen das Eintreten der Balkanfrage in eine gefährliche Phase vermuten. Wohl dürfte Bulgarien die Verantwortung für einen Krieg mit der Türkei, der ganz Europa berühren würde, kaum übernehmen, wäre es nicht von dieser oder jener Großmacht unterstützt und angepöpst. Der erwartete nahe Tod des Sultans, von dem man annimmt, daß er heftige Kämpfe am Hofe wegen der Thronfolgerschaft im Gefolge haben wird, ist an sich doch noch keine genügende Ermüdung. Es scheint aber wirklich, daß England und Frankreich die Wundheilung der makedonischen Frage für angezeigt halten und trotz des deutschen Kaisers, der als der treueste Freund des Sultans gilt, dem kleinen Bulgarien ihre Unterstützung zugewenden geneigt sind.

So ist die Situation, die die Geister in Bulgarien in angstvoller Erregung hält und die dem heutigen Ministerium der monarchischen Konzentration im Laube zu fischen gestattet.

Australien.

Die Arbeiterpartei rüstet überall zu den kommenden Wahlen zum Bundesparlament. Watson, der Führer der Partei, sprach letzten Montag vor einer großen Wählerversammlung in Sydney. Er erklärte, daß die Partei aus den Wahlen sehr gestärkt hervorgehen werde; denn die Leute lassen sich nicht mehr bange machen vor dem Sozialismus.

Aus der Partei.

Turati über den italienischen Parteitag.

Rom, 25. Oktober. (Fig. Ber.) In der soeben erschienenen zweiten Oktobernummer der „Critica sociale“ beschäftigt sich Turati mit den Ergebnissen des Parteitages. Er rekrutiert das Votum der Reformisten für die integralistische Tagesordnung mit der Bemerkung, daß in der Periode der Vorbereitung oder der Propaganda jede Partei oder Gruppe mit der größten Klarheit und Schärfe ihre Gedanken und Ansichten vertreten müsse, während sie in der Periode der praktischen Aktion unter Preisgebung eines Teils ihrer Wesenheit gemeinsam mit anderen vorgehen habe. Die erste Phase würde pädagogisch, die zweite taktisch. Der Kompromiß in dieser zweiten Phase beruhe nicht die Ideen, sondern die Tatsachen, denen man gehorchen müsse, um sie zu besiegen.

Die Hauptaufgabe des Parteitages wäre es gewesen, den sozialistisch-syndikalistischen Bloß zu stellen, der, gegen jede Logik und aus rein persönlichen Rührgründen in Bologna gebildet worden war, und aus dem theoretischen und praktischen Bestand der Partei die revolutionäre syndikalistische Fraktion auszuschließen. Gegenüber dieser Aufgabe hätte jede andere Verschiedenheit in zweite Linie treten müssen.

Was wäre die Folge gewesen, wenn die Reformisten auf ihre eigene Tagesordnung bestanden hätten: 1. Die Desabouierung der Revolutionäre wäre weniger vollständig gewesen. Man hätte wieder — nach ferrischem Stil — von den zwei Flügeln in der Partei gesprochen als von zwei gleichwertig gebildeten Fraktionen. Die aus Rührgründen geschaffene Legende des Ultrareformismus hätte durch unser Tun eine scheinbare Befestigung erfahren. 2. Die Stellung der autonomen Gruppen, — die jetzt durch die Entscheidung über die politische Aktion gelöst ist — wäre auf neue — Einheits-„Spitzenfragen“ gestoßen. 3. Im Kampfe und in der inneren Propaganda wären die Reformisten in ungünstigerer Stellung und das gerade heute, wo der Integralismus, wenn auch in schamhafter Verschleierung alle ihre Regereien annahm und ihren Sieg bezeugte.

Turati fährt dann aus, daß der Integralismus, mehr als der Ausdruck eines Gemütsbedürfnisses, die Spekulation auf dies Gemütsbedürfnis darstellt. Er wäre ein verdämmerter, dem trägen konstanten Geiste der Massen angepaßter Reformismus. Aber er enthielte alles Wesentliche. Die Autonomie der Taktik, die Kollektivation der Klassen, die eventuelle Unterstützung bürgerlicher Regierungen. Wenn die Reformisten sich energisch und kampftüchtig erzielten, so würden sie, die verstedten Sieger des jetzigen Parteitages, die offenen Sieger des nächsten sein.

Die wichtigste Verabschiedung des Parteitages von Rom sei die Annäherung der Partei an die Gewerkschaften, als der erste Schritt zu ihrer Verschmelzung. Gemeinsam müßten beide jetzt eine Reformpolitik vertreten. Die Gewerkschaften müßten ihre eigenen Vertreter ins Parlament senden, sich immer mehr intellektualisieren: „Und daraus folgt, nicht als Ausfluß abstrakter Philosophie, aber unter dem unmittelbaren Druck der zum Bewußtsein ihrer selbst gelangten Interessen, eine praktische Arbeiterpolitik, national und international, jeden Formelkrams ledig, eine Politik sozialer Reformen, Abgaben und Schulpolitik, rationaler Antimilitarismus und Antiferalismus, mit einem Wort, die ganze Arbeit des revolutionären Sozialismus, der von Stufe zu Stufe verwirklicht wird durch eine — sagen wir es, das in den Vannus gelatene Wort — durch eine „Regierungspartei der Arbeiter“ (partito operaio di Governo).

Dann würden auch die Tendenzen verschwinden und man gewahrt werden, daß der unverständliche und verleumdete Reformismus nichts anderes war als der ganze Sozialismus, antikapitalistisch und antiautoritär, der Sozialismus der Arbeiter und der der Geschichte: der Sozialismus ohne Weitworte.

Denjenigen Integralisten, die nur des „lieben Friedens willen“ im Bloß geblieben sind, mag dieser Artikel einen Vorgeschnack davon geben, wie der „liebe Frieden“ beschaffen sein wird.

Der 50. Geburtstag Keir Hardies.

London, 26. Oktober. (Fig. Ber.)

In einer zahlreich besuchten Versammlung von Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Föderation wurde gestern der 50. Geburtstag Hardies gefeiert. Den ausländischen Genossen konnte eine solche Feier als Heldenanbetung erscheinen. In England dagegen, wo die Gegenstände der parlamentarischen Kämpfe sich seit jeher in Persönlichkeiten verkörpern, ist die Anhänglichkeit an politische Führer etwas ganz gewöhnliches. Hierzu kommt noch, daß Hardie vielfach von der Presse beschimpft und verleumdet wurde und bis jetzt sehr wenig Anerkennung für seine Ausdauer und seine sozialistische Agitation gefunden hatte. Es sprachen Snowden, Glasier, der Arbeiterabgeordnete Stevenson und Fraulien Ford, denen Hardie antwortete: „... Was ich tat, war nichts mehr, als was ich eben tun mußte. Ich konnte nicht anders. Mein einziger Wunsch ist, meine Klasse zur herrschenden Klasse zu machen. Und dieses kann nur durch selbständigen Kampf geschehen. Es gibt kein besseres Mittel, Unterdrückte zu heben und zur Herrschaft zu erheben, als Kampf. Die Arbeiterpartei ist selbständig und muß selbständig bleiben. Gibt sie die Selbständigkeit auf, so gibt sie ihre eigene Existenz auf. Die Arbeiterpartei ist demokratisch, und Demokratie ohne Sozialismus ist eine Fiktion. Die Arbeiterpartei muß sozialdemokratisch sein. Es bleibt sich ganz gleich, wer an ihrer Spitze steht. Will sie ihrem Namen treu bleiben, so muß sie sozialistische Gesetze machen. Ich bin kein Denker. Die stärkste Seite meines Wesens ist Instinkt und Intuition. Folge ich ihnen, so gehe ich selten fehl. Sie führen mich fast immer zum Sozialismus und zum wahren Interesse der Arbeiterklasse, deren Sieg absolut sicher ist.“

Diese Rede ist wichtig. Sie enthält das ganze Wesen Keir Hardies.

Ein Arbeiterssekretariat ist am 1. Oktober zu Braunschweig, Schloßstr. 10 und Dellschläger-Ed. 1. Etage, eröffnet worden. Als Sekretär ist der Genosse Rud. Vogler, bisher im Eisenfischer Arbeitersekretariat, berufen worden.

Vorbildliche Organisationsarbeit. In Bremen ist im September eine Agitation zur Abonentengewinnung für die „Bremser Bürgerzeitung“ und für den Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein von den Gewerkschaften und den Parteidistriktanten unternommen worden. Der Erfolg beläuft sich auf 1057 Parteiblattabonnenen und 742 Vereinsmitglieder, so daß das Verhältnis des Abonentenstandes (14 907) zu den bei der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen 60 Proz. und das der organisierten Genossen (8524) 26 Proz. beträgt.

Som Fortschritt der Presse. Der „Volksfreund“ zu Braunschweig hat vom 15. September bis Ende Oktober 576 neue Abonnenten gewonnen. Hausagitation brachte der Elberfelder „Freien Presse“ an einem Tage 884, der Solinger „Vergleichenden Arbeiterstimme“ 400, der Rainzger „Volkszeitung“ 200 neue Leser.

Von den Organisationen. Der Ortsverein Gera des sozialdemokratischen Vereins für Reuß j. L., der am Sonntag sein zehnjähriges Stiftungsfest feierte, hat jetzt über 1000 Mitglieder.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Genosse Landtagsabgeordneter Ad. Müller von der „Münchener Post“ war durch einen verleumderisch beleidigenden Artikel der „N. N.“ gezwungen worden, gegen deren verantwortlichen Redakteur Dr. Paul Walsing Privatklage zu erheben. In dem am Mittwoch vor dem Schöffengericht München I verhandelten Prozeß ist der Beklagte zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Dem Kläger wurde Veröffentlichungsbefugnis in drei Zeitungen zugesprochen. Aus der Begründung des Urteils heben wir die Feststellung hervor, daß der Artikel der „N. N.“ den Vorwurf des Mangels an Ueberzeugungstreue und Gesinnungswahrheit, der Böswilligkeit und über die berechtigten Grenzen hinausgehenden Streberei zum Nachteil von Parteigenossen enthalten habe.

Strafkonto der Presse. Genosse Hoffmann von der Elberfelder „Freien Presse“ wurde wegen Beleidigung der Elberfelder Stadtverwaltung von der Strafkammer zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Eine Ruß für die Zentrumspresse.

Zu unserer Mitteilung in Nr. 250 des „Vorwärts“, „Der Streikbrecherbischof vor Gericht“, erhalten wir noch folgende Ergänzung:

Der Ausgang des Prozesses gegen den Redakteur vom „Avvenire del Lavoratore“ in Lugano hat für die deutsche Arbeiterklasse insofern besonderes Interesse, als dieser Prozeß ein Vorspiel in Deutschland hatte. Wie wir in Nr. 161 des „Vorwärts“ vom 14. Juli 1906 berichteten, hatte der Bischof gegen den Redakteur des von der Zentralkommission herausgegebenen italienischen Blattes „L'Operaio Italiano“, den Genossen Legien, Privatklage wegen Beleidigung erhoben, weil er im „L'Operaio Italiano“ den Artikel, in welchem die „Bonomelli“, die von dem Bischof ins Leben gerufene Organisation zur Unterstützung der italienischen Auswanderer, die sich als Streikbrecherorganisation erwies, angegriffen wurde, nachgedruckt hatte. Der Redakteur vom „L'Operaio Italiano“ erklärte sich bereit, dem Bischof, der als Person nicht angegriffen war, eine Ehrenerklärung zu geben, nicht aber der von ihm geleiteten „Bonomelli“ oder gar deren Blatt, der in Freiburg i. B. erscheinenden „Patria“. Der vor Gericht geschlossene Vergleich war am Plage, weil, wie wir berichteten, der Nachweis, daß die „Bonomelli“ wissenschaftlich Betrüger und Fälscher in ihrem Dienste genommen habe, hier am Orte nur unter Schwierigkeiten und Opfern zu erbringen wäre, die in keinem Verhältnis zu dem Werte des Objektes stehen. Der Beklagte gab dem Vertreter des Bischofs aber den Rat, die Klage an dem Orte zu erheben, an welchem der Nachweis für die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen geführt werden könne, nämlich in Lugano, und der Vorsitzende des Gerichts erklärte, daß dies jedenfalls geraten und am Plage sei.

Der Ausgang des Prozesses hat nun erwiesen, daß der „Bonomelli“ und ihren Helfershelfern nicht Unrecht geschehen ist. Zu bemerken ist, daß die Situation für den angeklagten Redakteur vom „L'Avvenire del Lavoratore“ keineswegs günstig war. Die ganze Bevölkerung des Kantons Tessin, einschließlich der Richter, sieht unter floridalem Einfluß, so daß nur notgedrungen diese Richter sich zu einem Urteil verstehen, das gegen ein Unternehmen der Amerikaner gerichtet ist. Weiter kommt in Betracht, daß der Angeklagte in seinem Blatte heftige Angriffe gegen die Schweiz wegen der Ausweisung italienischer Arbeiter gerichtet hatte. Dies suchten die Vertreter der „Bonomelli“ auszunutzen, indem sie in der Gerichtsverhandlung diese Angriffe zitierten, um die schweizerischen Richter gegen den Angeklagten scharf zu machen. Und trotzdem ein so vernichtendes Urteil gegen die „Bonomelli“. Die Geschworenen berieten nicht weniger als 9 Stunden, von 5 Uhr nachmittags bis 2 Uhr nachts, ehe sie den Urteilspruch fällten, ein Beweis, wie schwer ihnen die Entscheidung geworden ist. In dem Urteil wird festgestellt, daß die Vertreter der „Bonomelli“ wußten, daß der Tagliacarno ein Betrüger und Fälscher war, den sie trotzdem in ihren Dienste nahmen. Als nicht vollständig erwiesen wurde die Behauptung angesehen, nach der die Vertreter der „Bonomelli“ Anteil an der Beute des Tagliacarno gehabt haben. Erwiesen ist, daß die Vertreter der „Bonomelli“ an den von Tagliacarno veranstalteten Gastmählern teilgenommen haben, doch konnte nicht nachgewiesen werden, daß die Kosten dieser Gastmähler aus dem vom Tagliacarno erschwundenen und geraubten Gelde gedeckt worden sind. Nur wegen dieser nicht erweisbaren letzten Behauptung wurde der Angeklagte zu 50 Frank Geldstrafe verurteilt, die er aber nur dann zu zahlen hat, wenn er in der gleichen Sache in nächster Zeit wieder verurteilt werden sollte. Das Urteil kommt somit nahezu einer völligen Freisprechung des Angeklagten gleich. Auch die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte nur zur Hälfte zu tragen, die andere Hälfte hat die „Bonomelli“ zu decken, die nicht nur eine Verurteilung des Angeklagten, sondern auch noch einen Schadenersatz von 400 Frank gefordert hatte.

Die Merikale Presse, voran die „Märkische Volkszeitung“, suchte es seinerzeit darzustellen, als sei mit dem Vergleich, den der Redakteur vom „L'Operaio Italiano“ im Juli d. J. vor dem Amtsgericht in Berlin schloß, die Reinheit der „Bonomelli“ und ihrer Vertreter erwiesen. Sie konnte sich nicht genug darin tun, den „Vorwärts“ der falschen Verichterstattung zu bezichtigen. Nunmehr ist die „Bonomelli“ in dem Urteil des Gerichts in Lugano als das dargestellt, was sie tatsächlich ist, aber die Merikale Presse hütete sich wohl, ihren Lesern hieron Kenntnis zu geben. Das ist die „christliche Wahrheitsliebe“, die wir in Nr. 161 des „Vorwärts“ bereits gebührend gebrandmarkt haben. Unter Anrufung Gottes lägen die Herren sich durchs Leben, denn sagten sie ihren gläubigen Schäfchen die Wahrheit, so würden sie bald als einsame Hirten dastehen, die kein geduldiges Objekt mehr finden, das sie sähern könnten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Siemenswerken gewinnt an Ausdehnung. Gestern haben abermals mehrere Abteilungen die Arbeit niedergelegt, weil sie Streikarbeit verrichten oder Ueberstunden leisten sollten. Andere Abteilungen dürften in den nächsten Tagen folgen. Die Direktion gibt sich nach wie vor die eifrigste Mühe, Arbeitswillige in den Betrieb hineinzuziehen, wobei sie bekanntlich durch die Polizei in mehr wie weitgehendster Weise unterstützt wird. In Betreibe selbst vertueher jetzt die Meister und Werkführer mit allen Mitteln der Ueberredung und des „sanften“ Drucks die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bewegen, der Organisation zu entsagen und dafür der „gelben“ Wertgarde beizutreten, bisopfer allerdings mit wenig Erfolg. Da noch gar nicht abzusehen ist, welche Dimensionen der Ausstand noch annehmen kann, so werden die Arbeiter aller Branchen nochmals dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die gesamten Berliner Werke der Firma Siemens & Halske bis auf weiteres gesperrt sind.

Die Schlosser (Metallarbeiterverband) hielten am Montag im Gewerkschaftshaus eine zahlreich besuchte Branchenversammlung ab. Nach einem über beifällig aufgenommenen Vortrag des Generalsekretärs W. A. R. über das Krankenfähigkeitsgesetz erstattete Lubatsch Bericht über die Verhandlungen der Tarif-Schlichtungskommission. Aus Anlaß mehrerer konkreter Vorfälle hat die zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte Kommission kürzlich einen Schiedsspruch gefällt, der für die Schlosser von weittragender Bedeutung ist. Mehrere Firmen hatten nämlich die bei ihnen bestehenden Arbeitsverhältnisse, die hinsichtlich der Arbeitszeit und Ueberstundenbezahlung bereits bessere waren, als sie der im Frühjahr abgeschlossene Schiedsspruch vorsieht, in letzter Zeit willkürlich verschlechtert. Da der Tarifvertrag nun keine Bestimmung darüber enthält, daß eventuelle bessere Verhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen, so entschied die Schlichtungskommission, daß überall dort, wo bereits bessere als im Tarif vorgesehene Arbeitsbedingungen üblich waren, dieselben bestehen bleiben müssen und nicht reduziert werden dürfen. Dieser Spruch hatte nun ein weiteres Nachspiel bei der Firma Opiß in Tempelhof. Die Firma erklärte sich ebenso wie eine andere anfangs mit dem Schiedsspruch einverstanden, verfuhr hinterher jedoch dem Spruch dadurch zu umgehen, daß sie den Namen der Firma plötzlich in Opiß u. Co. umändern ließ. Sie deduzierte dabei etwa folgendermaßen: Der Spruch der Schlichtungskommission beziehe sich nur auf die alte Firma; für die neue aber könne er keine Gültigkeit haben. Und wirklich stellten sich die Arbeitgeber der Kommission später auf den gleichen kniffligen Standpunkt, um so mehr, als die alte Firma eines guten Sonnabends nicht nur sämtliche Arbeiter, sondern auch das Kantorpersonal „ordnungsmäßig“ entlassen und so jede Verbindung mit ihnen „gelöst“ hatte. Daß die Leute aber trotz dieser „Entlassung“ am folgenden Montag bei demselben Arbeitgeber wenn auch mit veränderter Firma wieder „neu“ eingestellt werden, das heißt, in der alten oder vielmehr etwas verschlechterten Weise getrost weiterarbeiten sollten, das genierte weiter nicht. Natürlich merkten die Arbeiter sogleich den Strich durch ihre schlauen Firma denn auch rasch einen dicken Strich durch ihre Rechnung, indem sie einfach in den Streik traten. Das half. Nach kurzer Zeit schon erfolgte eine Verständigung mit der „neuen“ Firma. — Wegen Schluß der Versammlung wurden dann noch die letzten Listen zwecks Aufstellung der Delegierten zur Ortskassenliste der Schlosser ausgegeben.

Tarifstreitigkeiten im Buchbindergewerbe.

Nach dem Tarifvertrage für das Buchbindergewerbe, der am 27. Juli in Leipzig abgeschlossen wurde, sollen bekanntlich die Minimalstundenslöhne der Gehülfen, die mindestens 6 Jahre im Beruf tätig sind, und der Arbeiterinnen, die ein Jahr im Beruf tätig sind, um 2 Pf. am 1. November 1906, und dann am 1. Januar 1907 die der Gehülfen wiederum um 2 Pf., die der Arbeiterinnen um 1 Pf. erhöht werden. So wurde es seinerzeit in den Versammlungen der Ausgesperrten berichtet und so steht es auch in dem in der „Buchbinderzeitung“ veröffentlichten Tarifvertrage. Merkwürdig ist es nun, daß in dem Vertrage, wie ihn der Zeitschrift „Anzeiger für Buchbindereien“ veröffentlicht hat, bei der ersten Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne statt des 1. November 1906 der 1. Januar 1907 zu lesen ist. Leider stimmt diese Fassung mit dem von den Vertretern beider Parteien unterzeichneten Originalvertrag überein, und doch ist die Auffassung der Gehülfsenvertreter die richtige. Die erste Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne ist tatsächlich, wie die der Gehülfsenlöhne, vom 1. November dieses Jahres, und nicht vom 1. Januar 1907 ab bewilligt worden. Das beweist das Protokoll der Leipziger Verhandlungen, das von einem vom Prinzipalsverband angestellten Stenographen aufgenommen wurde. Danach hat der Vorsitzende, Kommissionsrat Frißsche ausdrücklich erklärt: „Den 2. Punkt, Regelung der Termine für die Minimallöhne vom 1. Januar 1907 auf den 1. November 1906 wollen wir bewilligen —“ und weiter: „Statt des 1. Januar 1907 kommt der 1. November 1906 in § 3 —“. Dies ist der Paragraph, der von der Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne handelt. Es kann also kein Zweifel obwalten, daß die Erhöhung von diesem Tage an beschlossen worden ist. Der Originalvertrag enthält also einen argen Fehler. Das sucht nun der Prinzipalsverband auszunutzen, obwohl seinerseits nicht ernsthaft bestritten wird, noch bestritten werden kann, daß die Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne wirklich vom 1. November ab bewilligt worden ist. Die Prinzipale scheinen tatsächlich gewillt zu sein, den Arbeiterinnen erst vom 1. Januar ab die höheren Löhne zu zahlen. Daß darüber unter den Arbeiterinnen eine starke Erregung herrscht, ist leicht begreiflich, zumal ja das nach dem 14wöchigen Kampf Erreichte selbst sehr gering ist.

Am Montag beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung der Buchbindereiarbeiterinnen, die in Boigt's „Mittelsälen“ tagte. Hier erklärten sowohl der Referent Bruck's wie der Verbandsvorsitzende Klotz und der Zahlstellenbevollmächtigte R. A. z. übereinstimmend, sie wählten ganz bestimmt, daß der 1. November für die Lohnerhöhung bewilligt worden sei, was ja auch das Protokoll beweise. Wenn sie gleichwohl den fehlerhaften Tarifvertrag unterzeichnet hätten, so sei das auf die ungeheure Hast zurückzuführen, mit der die Verhandlungen seitens der Prinzipale geführt worden seien. Die Redner sprachen die Erwartung aus, daß doch noch durch Verhandlungen auf gutlichem Wege die Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne rechtzeitig, wie sie bewilligt worden ist, zu erreichen sein werde, zumal ja der Prinzipalsverband selbst einen Passus in den Vertrag hineingebracht habe, wonach die beiden Verbände vertrauensvoll zusammenarbeiten sollen. Es sind denn auch bereits Schritte getan, um Verhandlungen einzuleiten. Nach dem Tarifvertrage sollen nämlich mindestens 4 gemeinsame Sitzungen von Vertretern der beiden Verbände stattfinden. Damit den Anfang zu machen, wäre ja hier die beste Gelegenheit geboten. — Die Arbeiterinnen, die in der Versammlung das Wort nahmen, gaben ihrer Enttäuschung über das Verhalten der Prinzipale lebhaften Ausdruck. Man sprach sich dafür aus, jetzt in der guten Geschäftszeit, wo die Prinzipale die Arbeiterinnen nicht entbehren können, mit allem Nachdruck zu fordern, daß das Bewilligte auch gezahlt wird. Man verlangt, daß, falls die Prinzipale sich dessen weigern, schärfere Maßnahmen ergriffen werden. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die zahlreich versammelten Buchbindereiarbeiterinnen sind nach Entgegennahme des Berichtes und darauf erfolgter Beratung zu der Ansicht gelangt, daß die Auffassung des Prinzipalsverbandes über den § 3 des Vertrages vom 27. Juli nicht zutreffend ist. Der Verband des Buchbinderverbandes wird daher beauftragt, dem Prinzipalsverband mitzuteilen, daß, wenn die Arbeiterinnen ihre Lohnzulage am 1. November nicht erhalten, scharfe Mittel zu ergreifen sind, um die Arbeitgeber an ihr gegebenes Versprechen zu erinnern.“

Die Vertreter der Organisation gaben den Versammelten den Rat, zunächst am Sonnabend die erhöhten Löhne für die Novembertage einzufordern und zu verlangen, und dann, wo sie nicht gezahlt werden, beim Arbeitgeber vorstellig zu werden.

Gegen den Tarifbruch der Säberrmeister

Nach am Dienstagmorgen eine vom Verband der Säberrmeister berufene öffentliche Versammlung Stellung, die unter zahlreicher Beteiligung in Reicks Saal tagte. Die Angelegenheit, welche den Anlaß zur Versammlung bot, ist kürzlich in ausführlicher Weise im „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Es handelt sich darum, daß der Arbeitsnachweis der Germania-Jungung, entgegen dem bestehenden Tarif, bei der Besetzung der Stellen die sogenannten

meistertreuen Gesellen in auffälliger Weise den Verbandsmitgliedern bevorzugt. Ferner wird dem Arbeitsvermittler zum Vorwurf gemacht, daß er auf Wunsch von Reicksen Gesellen unter der Bedingung, daß ihnen Kost und Logis gewährt wird, in Arbeit bringt, während dies nach dem Tarif nur auf Wunsch des Gesellen geschehen darf. Die Gesellenvertreter in der Schlichtungskommission haben in dieser Körperschaft eine Reihe von Forderungen aufgestellt, deren Wortlaut ebenfalls im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt worden sind. Durch Annahme dieser Forderungen soll den tarifwidrigen Maschinen bei der Arbeitsvermittlung ein Ende gemacht werden.

Herschold, der über diese Angelegenheit referierte, kennzeichnet das Verhalten der Reicksen hinsichtlich der Arbeitsvermittlung als Tarifbruch, der nur zu dem Zweck ins Werk gesetzt werde, um eine genügende Zahl von Streikbrechern zur Verfügung zu haben für den Kampf, der von den Reicksen vorbereitet werde. Der Referent empfiehlt folgende Resolution:

„Die Versammlung schließt sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an. Sie spricht ihren Vertretern in der Schlichtungskommission ihr vollstes Vertrauen aus und macht die Forderungen derselben, deren Erfüllung erst eine Garantie für freie Durchführung des Tarifs bietet, zu ihren eigenen und verlangt dringend von den Innungen die eifrige Einhaltung der von ihnen eingegangenen Verpflichtungen. Der Vorwurf des Tarifbruchs, der seitens der Reicksen der Gesellschaft gemacht wird, wirkt so ungemein lächerlich, daß es sich nicht lohnt, denselben ernsthaft zu diskutieren. Wohl aber bilden die fortwährenden Durchlöcherungen des Tarifs, die versteckte und offene Unterstützung und das Nichtzurverantwortungziehen der Tarifbrecher und Heber gegen den Tarif eine ganze Kette von Tarifbrüchen seitens der Innungen und zugleich einen wenig aufrichtigen aber kraffen Verstoß gegen Treu und Glauben dem Tarifkontrahenten gegenüber. Die Gesellschaft ist gezwungen, diese Angelegenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten und macht die Innungen für die Folgen ihres Doppelspiels verantwortlich.“

Zu der Versammlung waren auch die Vorstände der Innungen, die Arbeitsvermittler in der Schlichtungskommission, sowie Herr Wischnowski, der Führer der meistertreuen „gelben“ Organisation eingeladen. Erschienen war von den Eingeladenen jedoch niemand.

In der Diskussion herrschte vollkommenes Einverständnis darüber, daß die vom Referenten gekennzeichnete Handlungsweise der Reicksen nicht geduldet werden darf, auch wurde betont, daß, wenn die an die Schlichtungskommission gerichteten Forderungen abgelehnt werden sollten, den Reicksen andere Forderungen vorgelegt und durchgesetzt werden würden.

Die Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme, ebenso eine andere Resolution, welche die Tarifwidrigkeiten bei der Arbeitsvermittlung scharf beurteilt und Vorbereitungen für den Fall empfiehlt, daß die Tarifdurchbrechungen der Reicksen den Tarif überhaupt hinfällig machen und es aus diesem Grunde zum Kampf kommen sollte.

Die Schuhmacher (Schuharbeiter) der Friedrichstadt hatten am Montag eine Branchenversammlung, wo die Tariffrage besprochen wurde. Nach den von verschiedenen Rednern gemachten Ausführungen handelt es sich darum, daß der Tarif, welcher für die erstklassigen Maßgeschäfte am 1. April 1904 mit den Vertretern des Verbandes der Schuhmacher abgeschlossen worden ist, in vielen Fällen nicht mehr beachtet wird, ja ein Teil der in der Branche beschäftigten Arbeiter wußte nicht einmal, daß ein Tarif besteht. Da nun in letzter Zeit gerade in bezug auf die bekanntesten Firmen der feinen Maßbranche über zu geringe Entlohnung und Nichtbeachtung des Tarifs geklagt worden ist, so sollten derartige Mißstände in der Versammlung im einzelnen festgestellt werden. Dies konnte aber nicht in ausreichender Weise geschehen, weil die betreffenden Arbeiter entweder nicht erschienen waren, oder sich nicht trauten, über ihre Verhältnisse zu sprechen. Es sollen nunmehr Konferenzen für die einzelnen Werkstellen abgehalten und dort die Lohnverhältnisse festgestellt werden.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik R. Klug, Neue Königsstr. 4, sind Differenzen ausgebrochen.

Zentralverband der Schuhmacher.

Die Steindrucker der Firma A. Schmeyer, Andreasstr. 32, sind in den Ausstand getreten. Zuzug ist fernzuhalten. Die Verwaltung Berlin I (Steindrucker) des Deutschen Senefelder-Bundes.

Achtung, Textilarbeiter! In der Nr. 253 des „Vorwärts“ veröffentlicht der Gastwirt Hermann Rorr, Rummelsburg, Neue Bahnhöfstr. 28, eine Zuschrift, nach der er sich beschwert fühlt durch zwei Sätze eines Berichtes in Nr. 251 dieses Blattes. Den ersten Satz des damaligen Berichtes befragt Herr Rorr in seiner Zuschrift vollständig, während er die Richtigkeit des zweiten bestrittet. — Wir wurden zu dieser Notiz veranlaßt durch folgende Vorgänge: Zwei Stommäste und gute Freunde des Gastwirts Rorr wurden zu Arbeitswilligen. Diese beiden, der Arbeiter Hermann Köpke und der Weber Reinhardt Kämpfert, haben bei ihm gewisse Zusammenkünfte gehabt. Als die bestreifte Firma sich in größter Verlegenheit befand, weil sie in ihrem Betriebe keinen Kettenmacher hatte, wurde sie daraus befreit, indem der p. Köpke — ein perfekter Kettenmacher — plötzlich arbeitswillig wurde. Gleich zu Beginn des Streiks wurden die im Betriebe zurückgebliebenen von Rorr veranlaßt, wegen der freiwilligen Fabrikkonkurrenz gegen die Streikenden klagbar zu werden. Vor kurzer Zeit hielt er sich circa drei Stunden im Betrieb der Firma M. Proyen u. Sohn auf, um dem Meister Heese das Kartenspielen zu lehren, welche Arbeit bis zum Ausbruch des Streiks von einer Kollegin geleistet wurde. Die jetzt im Betrieb tätigen Meister verließen von dieser Arbeit nichts, nur Herr Rorr, der frühere Obermeister, ist ihm darin. Er gab sich dazu her, seine Kenntnisse der Firma zur Verfügung zu stellen, obgleich dort Streik ist. — Wenn diese Tätigkeit die Streikenden nicht schädigt, dann versehen wir nichts davon. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Eine Anzahl von Bergarbeiterversammlungen, die am Sonntag im Ruhrrevier tagten, nahmen einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige Bergarbeiterversammlung protestiert aufs entschiedenste gegen den prognostischen Standpunkt der Verwaltungen, die trotz des Koalitionsrechts der Arbeiter die Vorstände der Bergarbeiterverbände nicht anerkennen und nicht mit ihnen verhandeln wollen. Dadurch wird nicht nur seitens der Werkführer Verstoß und Recht mit Füßen getreten, sondern auch der wirtschaftliche Friede unmöglich gemacht. Wir Arbeiter können und dürfen nicht eher ruhen, bis unsere Organisationen anerkannt und seitens aller Grubenverwaltungen und ihrer Organisationen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen über alle wichtigen Fragen und Differenzen im Arbeitsverhältnis verhandelt und Tarifverträge abgeschlossen werden. Die Arbeiterausstände können das nicht erlauben. Sie sollen, sofern sie von organisierten Bergarbeitern gewählt sind, nicht angehalten werden, sondern sollen mitwirken und namentlich die Beschlüsse der Arbeiterorganisationen ausführen, ferner die Unterstützungsstellen und Strafgeelder verwalten und überwachen sowie die Mißstände beseitigen und gute Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten herbeiführen helfen. Da die Verwaltungen sich jetzt anders besonnen haben und auf einmal auch über die Lohnfrage mit den Ausschüssen verhandeln wollen, und da sich hierbei gleich eine Probe auf Grenzmaß machen läßt, wobei sich die völlige Machtlosigkeit und Unzulänglichkeit der Ausschüsse beim Lohnkampf erweisen wird, da wir

ferner auch diesen Weg nicht unberührt lassen wollen, um die Empfinden der Öffentlichkeit nicht zu verletzen, erklären wir Versammelten uns mit den Beschlüssen der Vorstandsbildung am 26. d. Mts. einverstanden. Wenn die Ausschüsse ihren Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen an die Organisationen gefandt haben, müssen aber die Verbandsvorstände die nötigen weiteren Schritte wieder in die Hand nehmen und durch die Organisationsvertretungen regeln. Die Versammlung spricht den vereinigten Vorständen ihr volles Vertrauen aus; sie gelobt, Disziplin zu halten und nur nach den Beschlüssen der Vorstände zu handeln.

Auch die Oesebünder Hofssecker haben sich dem Ausstande der Fischdampfermannschaften angeschlossen.

Die Stahlformer der Firma Wittmann Radf. in Haspe bei Hagen sind in den Ausstand getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Generalkonvent des Gewerbevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter sendet die folgende Verchtigung:

Es ist unwar, daß der Generalkonvent beschlossen hat, den Kampf abubrechen.

Wahr ist vielmehr, daß der Generalkonvent noch vor der Abstimmung der „Ausgesperrten“ über Wiederaufnahme der Arbeit in einem Telegramm an Gleichauf weitere Mittel für Aufrechterhaltung des Streiks zur Verfügung gestellt hat.

Es ist ferner unwar, daß der Gewerbeverein seine Mitglieder nur mit ganz geringen Unterstützungen abspiste.

Wahr ist vielmehr, daß die Unterstützungen über das Statut hinaus nach folgenden Sätzen gezahlt worden sind:

Nach einjähriger Mitgliedschaft pro Woche:
1. Verheiratete 17 M., und pro Kind 60 Pf.
2. Unverheiratete 11,50 M.

Nach 2wöchiger Mitgliedschaft pro Woche:
1. Verheiratete 15 M., und pro Kind 60 Pf.
2. Unverheiratete 10,50 M.

Nach 3wöchiger Mitgliedschaft pro Woche:
1. Verheiratete 10 M., und pro Kind 60 Pf.
2. Unverheiratete 6 M.

Unter 3wöchiger Mitgliedschaft pro Woche:
1. Verheiratete bis zu 9 M., pro Woche.
2. Unverheiratete 4 M.

Der Generalkonvent des Gewerbevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.
Wilh. Gleichauf, Vorsitzender. Gust. Hartmann, Generalsekretär.
H. Baldi, Schatzmeister.

Wir müssen es unserem Berichterstatter überlassen, zu dieser Zuschrift des Generalkonvents Stellung zu nehmen, da wir von hier aus natürlich nicht ohne weiteres in der Lage sind, die Richtigkeit der einen oder der anderen Behauptung nachzuprüfen.

Ausland.

Die Weberausperrung in Schweden ist aufgehoben worden, nachdem die Delegierten der Arbeitervereinigungen und der Vereinigung der Arbeitgeber ein Abkommen unterzeichnet haben, das die Grundsätze für die Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitern festsetzt. Die Arbeit wird am 5. November wieder aufgenommen werden.

Leipzig, 30. Oktober. (B. P.) Das Reichsgericht verwarf die Revisionen der Schutzleute Petzsch und Wolf gegen das Urteil des Berliner Landgerichts vom 30. Mai wegen Entweichenlassens des Raubmörders Hennig.

Schiffsuntergang.
Ostende, 30. Oktober. (B. L. B.) Der der Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo“ gehörige Dampfer „Hermann“, der am 28. d. M. von Antwerpen abgegangen war, wurde am Abend dieses Tages in der Nähe von East Goewin von einem unbekanntem Biermacher angegriffen und sank. 23 Mann der Besatzung sind ertrunken; ein Heizer, der sich an Bordteilen festgehalten hatte, wurde von einem Ostender Fischerboot gerettet und heute hierhergebracht.

Fälscherprozess Schapira.
Wien, 30. Oktober. (B. L. B.) Nach fast zweiwöchiger Dauer wurde der Prozess gegen die Banknotenfälscher Schapira und Genossen heute beendet. Schapira wurde wegen Verurteilung und Verbreitung falscher Banknoten zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers verurteilt, Fisch zu acht, Pieper zu vier, Schwalbe zu drei Jahren und Ausweisung; Baumgarten und Pulterweich wurden freigesprochen.

Eisenbahnunfälle.
Petersburg, 30. Oktober. (B. L. B.) In Rußland haben sich heute mehrere Eisenbahnunfälle zugetragen. Bei der Station Lichanowa Pustha der Eisenbahnlinie Kiew—Moskau stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, bei dem fünf Waggons zertrümmert, ein Beamter getötet und zwei andere verletzt wurden. Auf der Strecke Moskau—Brjansk fuhr bei der Station Dumitzi, 288 Verst von Moskau, ein Schnellzug auf einen Güterzug; dabei kamen mehrere Personen zu Schaden. Die Strecke ist gesperrt. Bei Werbitschem entgleitete ein von Warschau kommender Zug. Vier Passagiere wurden schwer, zehn leicht verletzt.

Zurücknahme der Maßregelungen.
Paris, 30. Oktober. (B. L. B.) Der Ministerrat erklärte sich heute mit der Absicht des Unterstaatssekretärs des Postwesens, Gerard, einverstanden, die wegen des Beamtenausstandes entlassenen Postunterbeamten wieder in ihre Stellungen einzusetzen.

Neue Erdschütterungen.
Palermo, 30. Oktober. (B. L. B.) Die Erdbebenerschütterungen, welche in der Provinz während der letzten Wochen andauerten, nahmen während der letzten 24 Stunden an Stärke zu. Mehrere Stöße wurden aus Trabia, Termini und Altavilla gemeldet. Gestern Abend um 6 Uhr erfolgte ein härteres Erdbeben, welches auch aus Bagheria und Palermo gemeldet wird. In Trabia richtete das Erdbeben einigen Schaden an; in Termini verlor die Bevölkerung erschröck ihre Wohnungen.

Der importierte Professor.
New York, 30. Oktober. (B. P.) Nach allgemeinem Ausschließen deutschfreundlicher Kreise hat Professor Burgef durch das Anschreiben der Monroe doktrin und der deutschen Kolonisation in Südamerika wieder Deutschland noch der Union einen Dienst geleistet. Man erachtet die Diskussion über diese Frage für durchaus unfruchtbar, da sie nur böses Blut machen kann. „Sun“ erklärt an leitender Stelle, Burgef habe durchaus nicht die Aufschauungen des amerikanischen Volkes wiedergegeben; jene Diskussion der Monroe doktrin sei unmöglich, da sie durch Cleveland's Vorhast betriffs Großbritanniens und Venezuelas ros judicatur geworden sei. Die europäische Kolonisation in Amerika könne keinesfalls geduldet werden. — „Tribune“ weist auf die geringe deutsche Bevölkerung Brasiliens hin und meint, Deutschland selbst habe keine Absicht, dort zu kolonisieren. Sie konstatiert, daß Burgef die Stimmung Amerikas vollständig falsch aufstift.

Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen.

Bocholt, 27. und 28. Oktober 1906.

51 Delegierte sind zur Tagung erschienen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Hauptpunkte: Bericht und Kasienabrechnung des Landesvertrauensmannes, Organisation und Agitation, die Frauenagitation im Agitationsgebiete, der internationale Kongress 1907, die Landtags- und Reichstagswahlen 1908. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht erläutert der Landesvertrauensmann. Das Parteilieben war ein recht reges. Ueber die

Organisation

ist zu bemerken, daß die Umwandlung der Organisation in Bildung von Kreisvereinen ein höchstes Stück Arbeit war, was innerhalb sehr kurzer Zeit geleistet werden mußte. Es ist den vereinten Kräften gelungen, die Vorarbeiten so zu fördern, daß in jedem Wahlkreis mit Beginn des Jahres der Kreisverein in Funktion trat. Durch die neugeschaffene Organisation ist endlich der Anfang gemacht zu einer strafferen Organisation, die jeden Klassenbewußten Arbeiter unwillkürlich zwingt, sich seiner Kreisorganisation anzuschließen. Es hat sich die Zahl der politisch organisierten Genossen in sechs Monaten verdoppelt. Im Wahlkreis Dortmund bestanden 40, in Bochum 51, in Hamm-Soest 15 und in Recklinghausen-Boelen 44 Ortsgruppen, die insgesamt 8030 Mitglieder zählten. Dazu kommen noch 294 Genossen, die aus verschiedenen Kreisen der losen Organisation angehören. Im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen gehören 11 1/2 Proz. der Organisation an. Der

Kassenbericht

zeigt eine Verdoppelung der Einnahmen gegen das Vorjahr. Der durch das Organisationsstatut festgesetzte Einheitsbetrag beträgt monatlich 30 Pf. An

Agitationsveranstaltungen

haben im Bezirke 201 Volks- und 292 Vereinsveranstaltungen stattgefunden. Mit wenigen Ausnahmen waren in allen Versammlungen Redner aus dem Bezirke, einschließlich der Reichstagsabgeordneten, tätig. Die vorhandenen Kräfte reichten aber noch nicht aus, um die Nachfrage zu befriedigen. Um die Zahl der Redner zu vermehren und um sie vorzubilden, damit sie den an sie gestellten Erwartungen und gesteigerten Ansprüchen auch gerecht werden können, hat der Gedanke von Errichtung von Diskussions-, Rednerschulen, Unterrichtsreisen immer greifbarere Gestalt bekommen. In einer Reihe von Ortschaften sind solche Einrichtungen in Funktion oder stehen solche Gründungen bevor. Neben der mündlichen Agitation ist auch der schriftlichen Rechnung getragen. An

Flugblätter

lanten 450 000 Broschüren betreffend die „Corussia“-Debatte im Reichstage, 500 000 Wahlrechtsflugblätter, 800 000 Flugblätter gegen die neuen Steuern, 50 000 Flugblätter betitelt: „Zentrum und Arbeiter, Kanonen und Steuerzettel“, 40 000 Kommunalflugblätter, 85 000 Exemplare der Monatschrift „Wahrheit“, 7000 Protokolle des Wittener Parteitag zur Verteilung. Auch die

Parteipresse

hat im Bezirke an Abonnenten gewonnen. Trotz alledem könnte hier noch mehr geschehen, insbesondere von Gewerkschaftsmitgliedern. Gerade die durch Gewerkschaftskartelle selbst ausgenommenen Statistiken in bezug auf das Lesen politischer Zeitungen haben ein geradezu überaus befriedigendes Resultat gezeigt. Die

Waisfeier

gestaltete sich in diesem Jahre zu einer imposanten Kundgebung des Klassenbewußten Proletariats. Selbst die Gegner schätzen die Zahl der Waisferdemonstranten im Dortmund Wahlkreis auf 15 000 bis 18 000, im Bochumer Kreis auf 10 000. Im ganzen Agitationsgebiet mögen wohl 50 000 Personen durch Arbeitsruhe die Waisfeier begangen haben. Auf einigen Festen in der Umgegend Dortmunds feierten am 1. Mai bis drei Viertel der Belegschaften; Wohnregelungen sind fast gar nicht vorgekommen. Die Frauenbewegung hat im Berichtsjahre keine wesentlichen Fortschritte gemacht; es ist daher Aufgabe des Provinzial-Parteitages, Mittel und Wege zu finden, um sie der Parteiorganisation des Bezirkes ebenbürtig zu machen. Die Kommunalwahlen im Bezirk brachten bei circa 30 Wahlbeteiligungen ein Mandat, im Agitationsgebiet wiesen 50 sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Saalabreibungen und politische Schikanen haben auch im Berichtsjahre reichlich stattgefunden. 30 ausländische Genossen wurden wegen politischer Umtriebe ausgewiesen; außerdem wurden Geld- und Freiheitsstrafen über viele tätige Genossen verhängt. Die Debatte zeigte manche neue Anregung. Zur Annahme gelangten folgende Anträge: Jeder Kreis hat mindestens 15 Proz. der Einnahme an den Kreisvertrauensmann abzuliefern. Ferner soll ein Leitblatt für Flugblattverteiler herausgegeben werden. An den Parteivorstand soll das Ersuchen gerichtet werden, die „Partei-Korrespondenz“ weiteren Genossen zugänglich zu machen.

Ueber die

Frauenorganisation

im Agitationsgebiete referiert Genosse König. Zurzeit sind im Agitationsbezirke in fünf Orten Frauenbildungsvereine und in circa 15 Orten sind die Frauen in loser Form durch die „Gleichheit“ vereinigt. Da die industrielle Frauenarbeit im Bezirk fehlt und die politische Stellung der Frau in Preußen-Deutschland eine rechtlose ist, so ist die Form einer Organisation schwer zu finden. Unter dem Zwange der Verhältnisse haben die Frauenorganisationen sich nicht wie wünschenswert entwickeln können. An dem allgemeinen Aufschwung, den die Frauenbewegung genommen, hat leider das Ruhrgebiet keinen Anteil. Als Sozialdemokraten sind wir aber verpflichtet, für die Aufklärung und Gewinnung der Frau in planvoller Art und Weise zu arbeiten. — Die Debatte gestaltete sich äußerst lebhaft; ein Redner spricht in krauser, verwohrender Weise über „das Verlehrte“ der Frauenbewegung. Beschlossen wird, daß in Zukunft nach den Beschlüssen der Frauenkonferenzen und des Jänner Parteitag in allen Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden sollen. Ferner soll jeder Kreis zu den künftigen Provinzialparteitagen eine Delegierte entsenden, und wo möglich sollen Frauenbildungsvereine ins Leben gerufen werden. Den Genossen, die in leitender Stellung stehen, wird es zur Pflicht gemacht, diese Bewegung zu unterstützen und zu fördern.

Der nächste internationale Kongress soll durch drei Delegierte besucht werden. Dem internationalen Komitee soll ein Vorbericht unterbreitet werden, der einen anderen Abstimmungsmodus fordert; es soll nicht mehr nach Rationalitäten sondern nach der Stärke der Organisationen abgestimmt werden. Den Punkt

Reichs- und Landtagswahlen im Jahre 1908

behandelte Reichstagsabgeordneter Genosse Sachs. Er ist der Meinung, daß allem Anschein nach der Wahlkampf ein sehr heifer wird, schon jetzt rufen die Gegner. So sind im Wahlkreis Bochum allein sieben Parteisekretäre von den Nationalliberalen angestellt worden, um der Sozialdemokratie Mandate abzujagen. In derselben Form arbeitet die Zentrumspartei, die sich auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu diesem Zwecke bedient. Das Bestreben der Zentrumspartei gehe dahin, das Konfessionelle abzustreifen, damit andere reaktionäre Parteien sich ihr anschließen können, um bei Haupt- und Stichwahlen, namentlich in Rheinland und Westfalen die Sozialdemokratie zu verdrängen. Redner gibt etliche Beispiele, wie diese Parteien im Reichstag und Landtag durch ihre Zustimmung zum Schaden der minderbemittelten Bevölkerungsklasse gehandelt haben und gerade die Verleugung haben in allererster

Reihe Ursache, sich mit der Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren zu beschäftigen, denn die Verbesserung des Vergütungssowie die Rechtlosigkeit der Knappschichtinvaliden sei ebenfalls auf Konto dieser Parteien zu legen. Auch jetzt habe man den Plan, das Unfallgesetz zu reformieren, verschlechtern sei richtiger, da in Zukunft für Unfälle, wofür bisher 25 Proz. bezahlt wurden, keine Rente mehr gewährt werden soll. Redner ist der Meinung, daß auch für die nächsten Reichs- und Landtagswahlen so viel Material vorhanden ist, daß, wenn die Genossen ihre Pflicht erfüllen, auch weitere Siege zu verzeichnen sein werden.

Die weiteren Punkte entbehren des allgemeinen Interesses, nur ist zu bemerken, daß es infolge Polizeiverbotes in der Sonntagsvormittagsagung den nichtbelegten Genossen unmöglich war, an den Verhandlungen teilzunehmen. Am Nachmittage erst durfte die Sitzung wieder öffentlich sein.

Der neue Tarif der Buchdrucker.

In der gestrigen Nummer der „Neuen Zeit“ nehmen Karl Kautsky und Rosa Luxemburg Stellung zu den prinzipiellen Fragen, welche durch die Diskussion über den neuen Buchdrucker tarif aktuell geworden sind.

Kautsky sagt u. a.: Nehmen wir also an, die Behauptung des „Korrespondent“ sei richtig: ein Streit führe heute für die Buchdrucker zu einer sicheren Niederlage, und darum bedeute der Tarif, so unzureichend und unbefriedigend er auch sei, eine „Errettung“. Ja, wie der „Korrespondent“ am 16. Oktober ausführte, eine Ablehnung des Tarifs bringe die Gefahr mit sich, „vielleicht noch das zu verlieren, was sie besitzen“, ein Streit sei also nicht nur nicht imstande, den Arbeitern neue Zugeständnisse zu erringen, er vermage vielmehr nicht einmal das Erreungene festzuhalten. Was bedeutet das? Sicher bis zu einem gewissen Grade eine Rechtfertigung der Bestimmungen des Tarifs und der Gehilfenvertreter, die ihn zustande brachten. Aber diese Rechtfertigung wird erkaufte durch die Bankrotterklärung der bisherigen Taktik des Buchdruckerverbandes.

Die Buchdrucker sind gewerkschaftlich weitest relativ der stärkste Beruf. 57 Prozent der Berufsgenossen sind gewerkschaftlich organisiert, nur die Bildhauer kommen ihnen einigermaßen nahe, mit 66 Prozent, die anderen Berufe bleiben weit dahinter zurück. Sie bilden auch die reichste Gewerkschaft: von dem Gesamtklassenbestand der Verbände im Betrage von 18 100 000 R. befinden sich in der Klasse des Buchdruckerverbandes 4 374 018 R., des Maurerverbandes 2 001 681 R., des Metallarbeiterverbandes 1 543 368 R. und des Holzarbeiterverbandes 1 452 215 R. (Zweiter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904, S. 58).

Andererseits gibt es kein Jahr, das an wirtschaftlichem Aufschwung das jetzige übertreffen könnte. Das war auch im Buchdruckerberufe sichtbar. Die Zahl der Arbeitslosen hat in den letzten Jahren merklich abgenommen. So zählte man im Buchdruckerverband zum Beispiel Arbeitslose pro Tausend:

Table with 3 columns: Year (1904, 1905, 1906) and two rows of data (Im März, Im Juli).

Der März weist von den sieben ersten Monaten des Jahres die geringste, der Juli die größte Ziffer der Arbeitslosen auf.

Wenn für den Buchdruckerverband der Streit die sichere Niederlage bedeutet, welche Gewerkschaft soll dann noch kampffähig sein? Und wenn heute, in der Zeit der Hochkonjunktur, der Streit ausfichtslos ist, wann soll er dann Aussicht bieten?

Der aber den rein gewerkschaftlichen Kampf in dieser Weise als hoffnungslos betrachtet, was bleibt dem übrig?

Zwei Wege stehen ihm offen: Einmal die Beugung der Notwendigkeit des Kampfes, die Verdrängung der trotzen Zuversicht, daß die sozialpolitische Einsicht der Kapitalisten wachsen und kampflos den Arbeitern beideren werde, wofür diese zu kämpfen nicht mehr die Kraft haben sollen. Und zu dieser Anschauung bekennt sich allerdings der „Korrespondent“.

Ueber den anderen Weg sagt Kautsky:

Die Auffassung des „Korrespondent“ von der Kampffähigkeit des Buchdruckerverbandes ist wohl zu pessimistisch. Aber sicher ist es, daß die Aggressivkraft der isolierten Gewerkschaften immer mehr verloren geht und sie insofern ein immer größeres Stillebedürfnis empfinden. Will man trotzdem nicht der Selbsttäuschung einer Interessenharmonie von Kapital und Arbeit verfallen, dann muß man, und zwar um so mehr, je schwächer man die augenblickliche Kampffähigkeit seines Verbandes auffaßt, sich nach neuen Methoden des Kampfes umsehen.

Nicht die Gewerkschaften werden überflüssig oder auch nur bedeutungslos, wenn die Streikfähigkeit von Gewerkschaften, die sich von der allgemeinen Arbeiterbewegung isolieren, in normalen Zeiten abnimmt, sondern nur bestimmte Methoden des Kampfes. Je mehr die Unternehmerorganisationen erstarren, desto enger muß sich die gesamte Arbeiterklasse zusammenschließen, desto mehr müssen sich die Gewerkschaften zentralisieren, desto mehr müssen die Unterschiede zwischen den gelehrten und ungelehrten Arbeitern überwunden werden, desto eifriger muß man die Aufwählung und Schulung der unorganisierten Massen innerhalb wie außerhalb des eigenen Berufs betreiben, desto weiter muß der Rahmen der internationalen Zusammenhänge ausgedehnt, desto enger endlich muß das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie werden. Können nur die Gewerkschaften die größten Massenorganisationen des Proletariats bilden, so vermag nur die Sozialdemokratie die gesamte Kraft der Lohnarbeiterklasse samt allen ihr benachbarten Volksschichten in Bewegung zu versetzen. Immer notwendiger wird die vereinte Aktion von Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Endlich aber, je mehr die bisherigen Methoden des Kampfes versagen, desto ungenügender werden auch die sofortigen Ergebnisse der Meinarbeit, desto schwieriger wird es, in normalen Zeiten erhebliche Fortschritte zu erzielen, desto größer die Spannung zwischen Kapital und Arbeit, desto mehr muß die Art der Errettungsschritte des Proletariats eine radikale werden. Es kommt in gewöhnlichen Zeiten fast gar nicht vom Fiede, um sich dann bei günstigen Gelegenheiten umso mehr in ganzer Masse zu erheben und dann um so raschere Fortschritte in allen Zweigen zu machen. Das ist die Methode, wie sie jetzt in Rußland geübt wird. Ihr haben die Schriftsetzer in den großen Städten den Achtstundentag, in vielen anderen den Asteinalbistundentag zu verdanken zur gleichen Zeit, wo der „Korrespondent“ den Gewinn einer halben Stunde am Sonnabend als gewaltige Errettungsschritt für Deutschland preist, wo doch die Kultur alle Glieder der Gesellschaft viel höher befaßt.

Damit wird die Meinarbeit nicht überflüssig, aber sie führt immer weniger dazu, sofortige praktische Erfolge zu erzielen, sie gestaltet sich immer mehr zur Vorbereitung großer Ereignisse.

So wird es gerade in Industriezweigen, in denen die isolierten Gewerkschaften an Kampffähigkeit gegenüber den Unternehmerorganisationen verlieren, immer wichtiger, den Mitgliedern politischen Weitsicht sowie Interesse für die Bewegungen anderer Proletariatschichten beizubringen und die innigste Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie zu pflegen, denn das werden namentlich in den erwahten Industriezweigen immer mehr die unentbehrlichen Vorbedingungen fruchtbarer gewerkschaftlicher Arbeit. Wel alledem kommt es aber hauptsächlich auf die Haltung der Gewerkschafts-presse an.

Würde die Enttäuschung über den neuen Tarifvertrag dahin führen, bei den Buchdruckern in dieser Beziehung Wandel zu schaffen, dann bedeutete er allerdings eine große „Errettungsschritt“. Führt der „Korrespondent“ dagegen fort, die Hauptwucht seiner Angriffe gegen die Sozialdemokratie, ja gegen alle zu richten, die seine An-

schauungen von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht teilen, dann muß er zur Isolierung des Buchdruckerverbandes von der allgemeinen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung führen, Kurzschichtigkeit und Interesselosigkeit bei seinen Mitgliedern großziehen und dadurch die heute von ihm übertriebene Kampfesunfähigkeit des Verbandes zu einer wirklichen und totalen machen.“

Rosa Luxemburg führt unter dem Titel: „Die zwei Methoden der Gewerkschaftspolitik“ weiter aus, was Kautsky mit seinem Hinweis auf die Erfolge der russischen Buchdrucker nur andeutete.

Zunächst spricht sie über die Taktik der deutschen Buchdrucker und ihre Erfolge:

Die neue Tarifvereinbarung des Buchdruckerverbandes scheint äußerlich in gar keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen des Mannheimer Parteitag zu stehen, ist ihm aber als ein denkbar drastischer Kommentar auf dem Ruße gefolgt. Die Gewerkschaft der Buchdrucker gilt ja seit langer Zeit in Deutschland als ein Musterbeispiel der Macht und der Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet, die eine proletarische Organisation erreichen könne, wenn sie nur auf dem „positiven Boden“ der ausschließlichen Gegenwartsinteressen der Arbeiter stehe und allen „revolutionsromantischen“ Lockungen sorgfältig das Gehör verschleie. Der deutsche Buchdruckerverband ist auch in seiner ganzen Geschichte — von der Anerkennung jener bewußten Klausel, die ihm unter dem Sozialistengesetz von der Reaktion aufstrotzt, bis zu der jüngsten Tarifabmachung — die klassische Verkörperung jener Methode der Gewerkschaftspolitik, die Ruhe dem Kampf, Abmachung mit dem Kapital dem Konflikt, politische Neutralität einer offenen Bekennung zur sozialdemokratischen Partei vortzieht und voller Beachtung für revolutionäre „Schwärmerei“ ihr Ideal in dem englischen Typus der Trade Unions erblickt. Es währte lange, bis sich die Früchte einer solchen Politik auch für das blüdeste Auge sinnfällig gezeigt haben. Jahrzehntlang schienen der glänzende Klassenstand, die gesicherten Existenzbedingungen, die verhältnismäßig günstigen Arbeitsbedingungen sowie die langdauernde Ruhe im Gewerde der Methode der Buchdrucker das Beste Zeugnis zu geben. Heute erscheint, in der neuen Tarifvereinbarung, mit einem Male die ganze Herrlichkeit zertrümmert. Statt außerordentliche wirtschaftliche Erfolge zu erreichen, haben sich die Buchdrucker bei all ihrer „Fähigkeit“, Ausdauer, Besonnenheit, Mäßigung, bei all dem glänzenden Stande der Organisation und der Rollen schließlich so unwürdige Bedingungen vom Kapital diktieren lassen, daß ein allgemeiner Entrüstungslärm durch die Reihen der sonst so faßlichen Gewerkschaft geht. Will man aber das Glas der, sagen wir, englischen Methode der Gewerkschaftspolitik in seiner wirklichen Tragweite richtig einschätzen, so muß man die neueste Tarifvereinbarung der deutschen Buchdrucker mit den jüngsten Errettungsschritten der — russischen Buchdrucker vergleichen, die Früchte der jahrzehntelangen friedlichen Organisationsarbeit mit den Ergebnissen eines einzigen Jahres des Revolutionssturmes.“

Rosa Luxemburg schildert dann die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung in Rußland die mitten im politischen Kampf, mitten unter Stragenkämpfen, unter einem unaußersichlichen Plagen von Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Prozessen, Maßregeln usw. vor sich ging. In St. Petersburg trat die Gewerkschaft der Buchdrucker am 2. Juli 1905, in Moskau am 31. Oktober, in anderen Städten meistens im Sommer und im Herbst des gleichen Jahres ins Leben. Die Gewerkschaft trug, wie alle anderen in Rußland, den Stempel ihrer revolutionären Herkunft deutlich an der Stirne. In ihrem ganzen Wesen und in ihrer Tätigkeit blieb sie ihrer engen geistigen Verwandtschaft mit der Revolution und ihren politischen Aufgaben, der Sozialdemokratie und dem allgemeinen proletarischen Klassencharakter treu. In Moskau war der Generallstreik der Buchdrucker im Oktober 1905 der Ausgangspunkt jenes allgemeinen gewaltigen Massenstreiks, der von Moskau aus über das ganze Jureneich ging, die bulgarische Dumaomödie weggeschwemmt und das Jarenmanifest vom 30. Oktober erzwungen hat. In Petersburg war es die Buchdrucker-Gewerkschaft alsdann, die auf ihren Schultern die eigentlichen Kosten der Durchführung der Pressefreiheit trug, als es nach dem Oktober-Manifest galt, die auf dem Papier zugesagten Verfassungsfreiheiten gewaltiam, auf revolutionärem Wege ins Leben durchzuführen. Es war eigentlich der Buchdruckerverband, der im Jarenreich die Zensur aus eigener Nachvollkommenheit in der Praxis abgeschafft und sich damit ein unsiegliches Blatt in der Geschichte der Revolution erworben hat.

Dann stellt die Verfasserin des Artikels die Ergebnisse beider Kampfmethoden einander gegenüber:

Die gewerkschaftliche Politik der russischen Buchdrucker stellt also so ziemlich das direkte Gegenteil derjenigen des deutschen Verbandes dar. Jene ist genau so ein klassisches Bild der verwegenen „Revolutionäromantik“, wie diese ein Typus der englischen sozialen Friedensschwärmerei ist. Wie steht es nun um die wirtschaftlichen Interessen, um die rein gewerkschaftlichen Errettungsschritte der revolutionäromantischen russischen Buchdrucker? Bereits im Sommer und im Herbst des Jahres 1905, nach einem halben Jahre ständischer gewerkschaftlicher Kämpfe, errangen die Buchdrucker einen allgemeinen neunstündigen Arbeitstag — an Stelle des früher üblichen zwölf-, ja dreizehnhündigen Arbeitstages. Allein damit nicht zufrieden, setzten sie den Kampf unter der sozialdemokratischen Programmparole fort und kämpften um den Achteinstundentag. Bereits in mehreren Fällen ist ihnen voller Sieg geworden. Und zwar nicht bloß ohne materielle Verluste an Lohnbedingungen, sondern umgekehrt, unter gleichzeitigen starken Lohnrückgehungen. Greifen wir nur einige Beispiele heraus. In der Stadt Samara haben die Buchdrucker in sämtlichen Privatdruckerereien den Achtstundentag durchgesetzt, zugleich damit die Abschaffung der Geldstrafen, eine bedeutende Erhöhung der Stüdlöhne, Verbesserung der Arbeitsräume, regelmäßige Lohnauszahlung, Zusage der Hälfte des üblichen Lohnes im Krankheitsfall bis zur Dauer von vier Monaten, endlich volle Lohnauszahlung für die Streiktage, die zu dieser Abmachung geführt hatten. In der Stadt Orel errangen die Buchdrucker den Achteinstundentag, einen Lohnzuschlag von 20 Proz., Erhöhung der Alfordlöne um 100 Proz. und die Schaffung eines paritätischen Einigungsamtes. In Odeffa im Mai-Juni 1906 setzten die Buchdrucker nach einem Generallstreik den Achtstundentag durch, daneben Lohnrückgehungen von 10—40 Proz. und Abschaffung der Ueberstunden. In Jekaterinostaw beschloß die Gewerkschaft der Buchdrucker außer dem Achtstundentag für die nächste Aufgabe der Lohnkämpfe die völlige Neuorganisation der ärztlichen Hilfe für die Gesellen, und zwar so, daß die Verwaltung der Krankenkassen ausschließlich den Arbeitern zugehört, die Kosten aber ausschließlich dem Unternehmertum aufzulegen werden. Im Sommer des laufenden Jahres war in den meisten Städten des Jarenreiches von dem Buchdruckerverband ein neuer kräftiger Vorstoß gemacht worden, um auf dem Wege der Generallstreiks den Achtstundentag und daneben speziell die Sonntagsruhe auch in den Zeitungsdruckerereien durchzusetzen. Die meisten dieser Generallstreiks verliefen ganz oder teilweise siegreich, so daß heute die Sonntagsruhe im Gewerde so ziemlich vorherrschend und der Achtstundentag zweifellos auf seinem Triumpfweg begriffen ist.

Rosa Luxemburg schließt ihren Artikel:

Wer hat eine größere „wirtschaftliche Macht“ erreicht: die Sturmkolonne der russischen „Revolutionäromantiker“ oder der deutsche Meerhahn der Revolutionsfischen Bahne des sozialen Friedens? Revolutionen und Revolutionenkämpfe lassen sich freilich nicht durch „guten Willen“ künstlich in ein Land versetzen. Aber die Beispiele und Lehren eines revolutionären Nachbarnlandes können doch wenigstens den Wandel an die allerschlimmsten Methode der Leistereit erschüttern. Und das sollen sie!

Soziales.

Gefinderrecht.

1. Die 20 Jahre alte Dienstmagd Anna Graf mußte bei ihrem Dienstherrn in Döpschofen (Schwaben) Arbeiten verrichten (Koch auftragen, Bäume verladen usw.), die eine gesunde weibliche Person nicht verrichten kann, viel weniger das ängstlich schwache Mädchen. Als sie infolge dessen krank wurde und von einem Besuch bei ihren Eltern nicht mehr zu dem großen Dienstherrn zurückkehrte, wurde sie (trotz ärztlichen Gutachtens zu ihren Gunsten) vom Schöffengericht in Augsburg wegen Dienstvertragsbruch zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt.

2. Das 17-jährige Dienstmädchen Pauline K. in Breslau sollte „ohne ausreichenden Grund“ ihre Stellung bei dem Milchhändler Gehler verlassen haben. Nach fünfjähriger Abwesenheit war es von der Polizei der „Herrschaft“ wieder zugeführt worden und außerdem war es mit einem Strafmandat über 6 M. bedacht. Das Schöffengericht hatte sich mit dem erhobenen Einpruch zu befassen. Dabei kam folgender Sachverhalt zur Sprache. Das Mädchen hatte dreiviertel Jahre lang bei Gehler gedient und schließlich gekündigt. Vor der Kündigung war das Dienstverhältnis erträglich gewesen, nachher aber wurde es anders. Das Mädchen gibt an, die Dienstherrin habe ihm gesagt: „So lange Du noch da bist, wirst Du es nicht mehr gut haben.“ Einmal Tages war ein Kind der Herrschaft an Mädeln erkrankt und dem Mädchen war verboten worden, das Zimmer, in dem das Kind lag, zu betreten. Das Kind rief aber nach dem Mädchen, und aus Mitleid ging dieses zu ihm, um das Bett aufzukläuteln. Die Frau kam dazu, und regnete es häßliche Schimpfworte. Daraufhin wollte das Mädchen den Dienst verlassen. Doch kam gerade der Herr und verlangte, daß es mit auf den Markt fahren solle. Das Mädchen weigerte sich und wurde darauf vom „Herrn“ mit den Fäusten gegen das Kinn gestoßen, daß es zurücktaumelte. Auf dem Kommissariat wurde der also Milchhändler die Auskunft, sie könne den Dienst verlassen, als dann aber die „Herrschaft“ den Kommissar über den Fall „aufgeklärt“ hatte, wurde das Mädchen, wie oben erwähnt, wieder in den Dienst zurückgebracht.

Das Gericht war der Ansicht, die Behandlung sei im Sinne der Gefindeordnung gewesen. Auch eine Gefahr für Leben und Gesundheit habe nicht vorgelegen. Mithin habe ein Grund zur sofortigen Aufhebung des Dienstvertrages nicht vorgelegen. Es wurde deshalb auf eine Strafe von drei Mark erkannt.

Die gegen das Gefinde in der Stadt und auf dem Lande gerichteten Ausnahmegesetze, welche für unbefugtes Verlassen des Dienstes Strafe androhen, vermögen Dienstherrn durch Abschluß eines freien Arbeitsvertrages illusorisch zu machen, in dem sie sich das Recht des jederzeitigen Dienstvertrags vorbehalten. Geht es das allgemein, so wird den Herrschaften vielleicht selbst bald klar werden, daß die ausnahmsweise Stellung des Gefindes und der Landarbeiter lediglich die „Leutenot“ zu vermindern geeignet ist. Den bürgerlichen Parteien wird dann vielleicht auch klar, daß eine Befreiung der dem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagenden Folgen der Gefindeordnung am Platze ist.

Eltern und Vormünder sollten unter keinen Umständen ihren Kindern und Pflegebefohlenen gestatten, ohne einen schriftlichen Dienstvertrag, wie ihn die Gefindevereinigungen vereinbart haben, in Dienst zu treten.

Von einem freiwilligen Mitglied irrtümlich gezahlte Krankenkassenbeiträge sind zurückzuerhalten?

Im Januar 1885 trat bei der Firma Richter in Döbeln i. S. der Metallschleifer Walter in Arbeit, wodurch er Zwangsmittelglied der Betriebskrankenkasse wurde. Er gab im Jahre 1889 die Arbeit bei der genannten Firma auf, verließ aber freiwillig Mitglied der Betriebskrankenkasse. Er nahm anderweitige Beschäftigung an und wurde somit im Januar 1891 Zwangsmittelglied der Ortskrankenkasse in Döbeln, wovon die Betriebskrankenkasse der Firma Richter erst im Jahre 1903 Kenntnis erhielt. Es wurde nun Walter im Juni 1905 eröffnet, daß seine erworbenen Rechte an der Kasse erlöschen seien. Walter hatte aber bis zu diesem Zeitpunkt Mitgliedsbeiträge gezahlt und forderte nun die sämtlichen gezahlten Beiträge im Betrage von 155,04 M. zurück, wovon 48,76 M. für erhaltene Krankenumterstützung abgezogen seien. Walter behauptete, daß die Kasse um die übrigen 106,29 M. bereichert sei. Auf eine Beschwerde Walters bei dem Stadtrat wurde die Kasse zur Rückzahlung verurteilt. In gleichem Sinne entschieden alle Instanzen, vergangenes Mittwoch auch das sächsische Oberverwaltungsgericht. Die getroffene Entscheidung entspricht den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs über ungerechtfertigte Bereicherung.

Zum Kampf gegen den Kost- und Logiszwang.

Nach der amtlichen Statistik streikten im Jahre 1905 2215 Arbeiter um die Befreiung dieses Systems. Diese Streiks hatten für 1438 Arbeiter einen vollen oder teilweisen, für 777 keinen Erfolg. Die Korrespondenz zur Befreiung des Kost- und Logiszwanges“ hebt hervor, daß diese Zahlen trotz ihrer Höhe kaum Anlaß auf Vollständigkeit haben, weil sich diese Kämpfe über eine Anzahl von kleinen Betrieben erstrecken und somit eine genaue Feststellung sich schwer ermöglichen wird. Immerhin sieht man, daß diese Frage an Bedeutung gewinnt und daß der Fortschritt, den diese Bewegung genommen hat, nicht mehr zu leugnen ist. Je mehr sich in der öffentlichen Meinung die Ansichten von der Kulturfeindlichkeit des Kost- und Logiszwanges Raum verschaffen, je leichter werden sich die Kämpfe gegen diesen unwürdigen Zwang gestalten.

Wie es in der Praxis aussieht, betrautet die erwähnte Korrespondenz an einer Reihe von Fällen. Unter anderen führt sie aus Wiesbaden einen Fall an, in dem der Buchhändlermeister als Waschbeden der Gesellen dienen mußte. In Wiesbaden kamen bei Beschreibung der Verhältnisse in einem dortigen Großbetriebe in einer Veranlassung erbauliche Dinge ans Licht. 30000 Gehäusen mußten sich in einer Waschküche waschen. Der Ladengeselle tauchte sich selbst ein Waschbüschel. Der überwachende Beamte der betreffenden Veranlassung unterbrach den diese Dinge vordringenden Arbeiter von den Worten, ob es auch wahr sei, daß die Wascheimer auch in der Buchdruckerei verwendet würden. Treffend wurde dem Beamten die Antwort zuteil, daß es eigentlich umgekehrt der Fall sei. Die Entlassung einiger Gehäusen sowie das freiwillige Aufhören einiger anderer Gehäusen war die Folge. Nach der Veranlassung wurden die größten Mischhände befreit. Einige Waschbüschel, etliche Stühle, wovon auch nur ein einziger für alle Mann vorhanden war, sind angeschafft worden. Diese Zustände beweisen, daß ein öffentliches Interesse vorliegt, wenn die Arbeiter die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges fordern. Das konsumierende Publikum ist gleichfalls an den Erfolgen, die die Arbeiterkraft auf diesem Gebiete erzielt, in höchstem Maße beteiligt, daher wäre es auch verpflichtet, die betreffende kämpfende Gehäusenenschaft tatkräftig zu unterstützen.

Aufrechnung gegen Lohn im Gefindevertrage.

Als ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit bezeichnete der Gesetzgeber mit Recht das im § 304 bürgerlichen Gesetzbuches enthaltene Verbot gegen Lohnforderungen (bis zur Höhe von 1500 M.) andere Forderungen aufzunehmen. Das preussische Abgeordnetenhaus und die preussische Regierung haben aber ausdrücklich im Aufhebungs-gesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt, daß für das Gefindeverhältnis die Aufrechnung von Entlassungsausprägungen wegen Verletzung der dem Gefinde aus dem Dienstverhältnis obliegenden Verpflichtungen gegen dessen Lohnforderung zulässig sein soll. Diese unbillige und ungerechte Ausnahme von der vom Reich als notwendig erachteten Regel war möglich, weil die rechtliche Regelung des Gefinderrechts den Einzelstaaten vorbehalten ist und die Befreiung der Arbeitenden im Interesse der durch Geburt oder von Geldfalsch Gnaden in eines der beiden Häuser des

Landtags Gelangten liegt. Eine billig denkende Herrschaft schämt sich von diesem ihr gegen Dienstherrn eingeräumten Ausnahmerecht Gebrauch zu machen. Anders liegt es mit böswilligen Herrschaften. Die „Görlitzer Volkszeitung“ veröffentlicht eine Abzugsrechnung, die in Görlitz einem Dienstmädchen ausgestellt ist. Diese Rechnung enthält unter anderem folgende Beträge:

- 5 Pf. für verdorbenen Senf,
- 10 „ für verdorbenen Mohrrüben,
- 50 „ für einen fehlenden Beisen,
- 20 „ für verdorbenen Salat,
- 10 „ für eine zerichlagene Flasche,
- 60 „ für ein Waschseil,
- 50 „ für einen Kofettischlüssel.

Ob die angeführten Beträge mit Recht angelegt sind, mag billig bezweifelt werden, da faktisch für 5 Pf. Senf usw. durch Schuld des Dienstherrn verdorben ist. Aber auch die widerrechtlich vorerhaltenen Lohnbeträge vermögen ja ein Dienstmädchen schon wegen des kostspieligen und umständlichen Klageweges kaum zu erstreiten. Gegen Aufrechnungen kann sich der Dienstherr nur dadurch schützen, daß er einen schriftlichen Dienstvertrag eingeht und in diesem das Aufrechnungsrecht ausdrücklich aufhebt.

Aus Industrie und Handel.

4,67 Prozent Lohnerhöhung, 13,18 Prozent Gewinnsteigerung!

Die Preissteigerungen sollen durch Lohnerhöhungen absorbiert worden sein. Das ist in den letzten Wochen Duhende Male in den Werksorganen behauptet worden. Solche Behauptungen werden aber durch die Geschäftsberichte der großen Unternehmen widerlegt. Der Vorkumer Verein gibt für das letzte Geschäftsjahr Durchschnittslöhne von 1323,88 M. an, gegen 1264,85 M. im Vorjahre. Das ist eine Zunahme von 59 M. oder 4,67 Prozent. Dieser Steigerung steht aber eine Erhöhung des Reingewinnes von 13,18 Prozent gegenüber. Der Reingewinn stellt sich nämlich auf 3 541 553 M. im Jahre 1904/05 und auf 4 375 951 im Jahre 1905/06. Pro Kopf der Beschäftigten beträgt der Reingewinn

1904/05	1905/06
402,6 M.	455,3 M.

Mit solchen bescheidenen Gewinnen sind die Unternehmer natürlich nicht zufrieden, und sie wettern über die Begehrlichkeit der Arbeiter, die sich erdreisten, höheren Lohn zu fordern, weil die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Uebrigens haben die Arbeiter für die höheren Löhne auch mehr leisten müssen. Die Zahl der Beschäftigten stieg um nur 9,28 Proz., von 8709 auf 9610, dagegen nahm die Gesamtverladermenge um 42 066 Tonnen, gleich 19 1/2 Proz. zu. Was aber haben die Aktionäre für die erhöhten Gewinne geleistet?

Erhöhte Zuckelpreise. Der Stahlwerkverband erhöhte für das erste, zweite und dritte Quartal 1906/07 den Ausschlag auf die Zuckelpreise. Früher betrug der Ausschlag für das erste Halbjahr 4 M., für das zweite Halbjahr 6 M., nun aber für die drei Quartale 8 M.

Berliner Elektrizitätswerke. Der Aufsichtsrat beschloß, die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. in Vorschlag zu bringen. Für das letzte Geschäftsjahr wurden in Berlin und den Vororten 129 103 848 Kilowattstunden abgegeben, gegen 111 572 782 Kilowattstunden im Vorjahre. Die Abgabe an die Stadt Berlin erhöhte sich von 3 210 130,25 M. auf 3 710 006,17 M. Die Leistungsfähigkeit der Anlagen ist auf das äußerste angepannt, viele Anschlußanträge mußten unberücksichtigt bleiben, bis mit der Stadt Berlin neue Verträge abgeschlossen sind. Die Gesellschaft hat gewissermaßen die Stadt in der Hand, sie liefert nicht, wenn ihr das Monopol nicht auf längere Zeit zugesprochen wird. Daß der Ausschlag der Konkurrenz für die Konsumenten vorteilhaft ist, davon hat noch niemand etwas gespürt.

Terrorismus des Kohlenkontors. Aus Mannheim wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben, dort besäße schon ein scharf spühlbarer Kohlenmangel. Für den kleinen Händler oder Fabrikanten sei es selbst für Geld und gute Worte schwer, einen Wagen Kohlen zu bekommen. Den Händlern des Kohlenkontors seien die Ansprüche auf die zu erhaltenden Mengen arg beschnitten worden. Von auhensiehenden Händlern sei noch weniger zu haben. Das Kohlenkontor sei zur vollständigen Verlorung des Marktes nicht in der Lage, trotzdem verübe es den fremden Wettbewerb mit allen Mitteln fernzuhalten. Das Kohlenkontor habe in seinen Verlaufsverträgen Bedingungen vorgesehen, die den Abnehmern bei Konventionalstrafe und Lieferungsentsagung den Bezug fremder Kohlen verbieten. Von diesen Bedingungen habe das Kohlenkontor noch in der letzten Zeit Gebrauch gemacht, als es schon längst feststand, daß das Kohlenkontor selbst nicht in der Lage sein werde, den Markt zur Gänze zu bedienen.

Also hier Kohlenmangel, aber der Export wird forciert, und dabei wird den Abnehmern noch unterzogen, sich anderweitig einzudecken. Das ist Schand der „nationalen Arbeit“.

Beschwichtigung. Die „N.-Westf. Ztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift, die zweifellos einer pessimistischen Stimmung entgegenwirken soll. Es heißt darin:

Obgleich die Vorgänge der letzten Zeit geeignet waren, der zuberstimmten Stimmung auf dem Rarctie Abbruch zu tun, kann die allgemeine Lage doch als fest bezeichnet werden. Die enorme Kaufkraft, wie sie im Inlande in den letzten Wochen zutage trat, hat allerdings nachgelassen, was in Anbetracht der teureren Geldverhältnisse und der Lohnbewegung der Arbeiter nicht wundernehmen kann. Da der erhaltene Auftragsbestand bei den Werken aber bis weit in das dritte Quartal nächsten Jahres hineinreicht, können die Werke ruhig abwarten, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden.

Auch im Jahre 1900 hatten die Werke große Aufträge auf dem Papier, das hat aber den Hereinbruch der Krise nicht gehindert.

Freidrehung. Die maßgebenden Firmen in der Herstellung elektrischer Schwachstromapparate haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Preisfrage zusammengefunden. Ein Rundschreiben, in dem ein Ausschlag von 10 bis 20 Proz. angekündigt wird, gab den Konsumenten die Verbindung bekannt. Glückwünsche aus diesen Kreisen werden kaum eingehen.

Wesentlich höherer Gewinn. Die Aktionäre der Eschweiler-Köln Eisenwerke, die für das letzte Geschäftsjahr 8 Proz. Dividende erhalten, genehmigten die Erhöhung des Aktienkapitals um 1/2 Mill. Mark. In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß das Unternehmen in den ersten drei Quartalen dieses Jahres wesentlich höhere Gewinne erbracht habe. Das ist wohl eine Wirkung der „ruhm“-hohen Arbeiterlöhne.

Ein Syndikat der Radelfabriken wurde in Hierlohn gegründet. Zweck des Syndikats: „Um die Preise halten zu können.“

Auch die Uhrketten werden teurer. Die Uhrkettenindustrie in Oberstein hat eine Preiserhöhung von 5 Proz. eintreten lassen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Landtagswählerinnen-Kongress in Finnland.

Obwohl die Wahlen zum finnischen Landtag jedenfalls nicht vor Mitte März nächsten Jahres stattfinden werden, haben finnische Frauen bereits Vorbereitungen dazu getroffen und Kandidatinnen aufgestellt. Diesem Zwecke diene ein Kongress der weiblichen Mitglieder der im Mai dieses Jahres gegründeten „Schwedischen Volkspartei“ Finnlands, die im Gegensatz zu der alten Schwedischen Partei einen mehr demokratischen Charakter tragen

soll und viele Frauen in ihren Reihen zählt. Der Kongress, der am 14. und 15. Oktober in Helsingfors tagte, kann wohl als der erste große Kongress politisch wahlberechtigter und wählbarer Frauen, nicht nur in Finnland, sondern in ganz Europa bezeichnet werden.

Den Frauen Finnlands ist das allgemeine gleiche Wahlrecht durch die Wahlrechtsreform in diesem Frühjahr unbescholten schnell zuteil geworden und ohne daß sie selbst mehr als die Frauen anderer Länder dafür gekämpft haben. Fräulein Helene Bestermark, eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der schwedisch-finnischen Frauenbewegung, sagte auf dem Kongress, daß der jetzt lebenden Generation die Erreichung vollen Staatsbürgerrechts für die Frau kaum anders als ein großes wunderbares Zukunftsideal vorgeschwebt habe. Die Frauen seien auch im allgemeinen noch nicht vorbereitet und reif genug, um den Ansprüchen zu genügen, die das Wahlrecht an sie stelle. Das aber könne nicht als Grund gegen das Frauenwahlrecht gelten, denn nur durch die Ausübung der Staatsbürgerrechte lerne man nach und nach ihre Bedeutung kennen und schätzen. Auf dem Kongress wurde denn auch stark betont, daß eine gründliche Aufklärungsarbeit notwendig sei, namentlich in sozialer Hinsicht und besonders unter den schwedisch sprechenden Frauen. Die schwedische Bevölkerung Finnlands sei weniger sozial erwacht, meinte man; die finnische dagegen sei ihrer ganzen Zusammensetzung entsprechend mehr radikal, werde weniger von Klassenansichten geleitet.

Der Kongress stellte dann vier Kandidatinnen der Schwedischen Volkspartei auf, die selbst, ihrer Stärke nach, auf ungefähr 25 Mandate Anspruch macht.

Schließlich wurden noch besondere Forderungen der Frauen hervorgehoben, unter anderem die Befreiung des Vormundschaftsrechts der Männer über ihre Ehefrauen, dann das allgemeine aktive und passive kommunale Frauenwahlrecht. Bis jetzt können nur unheiratsfähige Frauen zu den Gemeindevertretungen wählen, können aber auch nicht gewählt werden.

Der Helsingforsker Korrespondent von „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ stellt dem Kongress ein sehr gutes Zeugnis aus und schreibt:

„Das viele unnötige Geschwätz, das man sonst zu hören gewohnt ist auf solchen Kongressen, die hauptsächlich nur von Männern zusammengekehrt sind, fehlte hier fast vollständig. Die hervortretenden Frauen zeichneten sich im allgemeinen durch bestimmte, klare und ernste Redewendungen aus. Man legte eine Selbstbeherrschung und einen parlamentarischen Takt an den Tag, der sehr gut vielen Männerkongressen als Vorbild dienen könnte.“

Gerichts-Zeitung.

Dr. Volle und die Milchzentrale.

Eine Episode aus dem Kriege zwischen der Milchzentrale und Herrn Dr. med. Volle, Inhaber der bekannten Volle'schen Meierei, kam am Dienstag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Sprache. Dr. Volle trat als Privatkläger auf, angeklagt waren der Landesökonomierat Ring und der Schullehrer Vorchardt aus Kehloland. Herr Ring ist vor einigen Tagen gestorben, so daß nur Herr Vorchardt noch als Kläger erschien. In einer völligen Aufklärung des Untergrundes der Klage kam es nicht, weil die Parteien sich vor Eintritt in die Verhandlungen verglichen. Aus den Vergleichsverhandlungen, die, mit scharfen und spitzen Bemerkungen der beiderseitigen Anwälte reichlich durchsetzt, vor dem Schöffengericht geführt wurden, ging nur so viel hervor, daß Vorchardt auf einer Generalversammlung der Milchzentrale am 21. Dezember 1905, wo er als Vertreter von Genossenschaften anwesend war, Ausführungen gegen Dr. Volle gemacht und dabei ein Kammergerichts Urteil zitiert hat, worin gesagt wird, Dr. Volle habe sich eines Verhaltens schuldig gemacht, welches eines akademischen Bürgers unwürdig sei. Obgleich dieser Satz tatsächlich in einem dem Schöffengericht vorliegenden Urteil des Kammergerichts enthalten ist, schloß sich der Meierei- und Rittergutsbesitzer Volle in seiner Würde als Arzt durch die Erwähnung dieses Urteils beleidigt. Der Beklagte Vorchardt erhob Widerklage, weil in der von Dr. Volle bezw. seinem Anwalt eingereichten Klageschrift behauptet wird, Vorchardt werde für die Tätigkeit, welche er im Interesse der Milchzentrale ausübt, von der Milchzentrale bezahlt. Vorchardt meint, diese Behauptung sei völlig unwahr und setze sein Ansehen als Lehrer herab. Ferner gibt er an, er sei von dem klägerischen Anwalt — der das allerdings bestritt — als bezahlter Agitator der Milchzentrale bei seiner vorgelegten Behörde angezeigt. Dafür, daß eine solche Anzeige von interessierter Seite eingegangen ist, spricht, daß der Lehrer Vorchardt von seiner vorgelegten Behörde aufgefordert ist, ihr über den Ausgang dieses Prozesses Bericht zu erstatten. — Nach längerem Hin und Her einigten sich die Parteien dahin, daß Vorchardt erklärt, die Absicht, Herrn Dr. Volle, er wolle die Behauptung, Herr Vorchardt erhalte für seine Tätigkeit irgendwelche Entschädigung von der Milchzentrale, nicht aufrechtzuhalten.

Ein Schwindler von Haus zu Haus.

Auf die Pumpsucht von Herrschaften und die Leichtgläubigkeit vieler Dienstmädchen pochte der gemeingefährliche Schwindler, der gestern in der Person des vorbestraften Arthur Rath vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I stand. Der junge Mann hat sich einen besonderen Schwindeltrick zurechtgelegt, den er mit erstaunlichem Erfolge zur Ausführung bringt. Er geht in Haushaltungen herum, von denen er ausgefundschaftet hat, daß die Herrschaften nicht zu Hause sind. Wenn ihm auf sein Klingeln vom Dienstmädchen geöffnet wird, stellt er sich als den angeblichen Hausdiener einer von ihm namhaft gemachten Firma in der Leipzigerstraße vor, der beauftragt sei, den Betrag von 6,75 M. einzulagern. Die „gnädige Frau“ habe bei der Firma ein Recept für 20,75 M. gekauft, aber nur 20 M. bei sich gehabt und den Auftrag gegeben, die restierenden 6,75 M. in ihrer Wohnung einzulagern. Das sichere Auftreten des Angeklagten, der eine Schürmühle zu tragen pflegt und den Eindruck eines Hausdieners macht, hat schon im Jahre 1904 zahlreiche Dienstmädchen in sein Garn gelockt; er hat schamlos die Beträge, aber die er eine schöne Cuittung ausstellte, eingetrichen und es den Mädchen überlassen, sich wegen ihrer allzu großen Vertrauensseligkeit mit ihren Dienstherrschaften auseinanderzusetzen. Er ist zuletzt mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden. Nach Verbüßung dieser Strafe hat er im Frühjahr d. J. das alte Schwindelgewerbe sofort mit dem alten Erfolge wieder aufgenommen und zwar mit einem Eifer, daß gestern nicht weniger als 23 Fälle, die sich in Berlin, Charlottenburg, Friedenau, Spandau und Potsdam abspielten, gegen ihn zur Anklage standen. Er hat in allen diesen Fällen, die zum Teil geclüht sind, nach der alten Methode operiert; traf er bei seinen Kundigen einmal irgendwo die Hausfrau selbst an der Wohnungstür, dann hat er als armer Reisender um eine kleine Gabe. In einzelnen Fällen brachten die Dienstmädchen nur mit Hilfe anderer Mädchen aus dem Hause die 6,75 Mark zusammen, in anderen Fällen konnten sie nur mit einem Rechnertrick dienen. Der Angeklagte nahm dann das Goldstück mit dem Bemerkten, daß er es sofort wechseln lassen und den Rest wieder bringen werde, er entfernte sich dann aber auf Zimmerwiedersehen. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Treibens die Gewährung mildernder Umstände und verurteilte ihn zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, 150 M. Geldstrafe eventuell noch zehn Tagen Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Die Notwendigkeit genügender Beleuchtung der Flurtreppen

wird den Hauswirten durch eine Entscheidung im mohernde Erinnerung gebracht, die vorgelesen von einer Zivilkammer des Landgerichts I gefaßt wurde. Ein Glasfenster war im Januar d. J. um 5 Uhr nachmittags auf der dunklen Flurtreppe mit dem Werkzeugen ausgeglitten und hatte im Falle durch die Glas splitter einer kleinen Schwere, die er zur Ablieferung bei sich hatte, schwere Ver-

Lehungen an den Händen sowie im Gesicht dabongetragen. Der auf Schadenersatz verklagte Handwirt wandte ein, daß der Kläger den Unfall selbst verschuldet habe, indem er nicht die beim Transport von Glas nötige Vorsicht übte. Außerdem betonte er, daß noch nicht die Straßenlaternen brannten, und daß an dem fraglichen Nachmittag die Häuser in der Umgegend erst um 1/2 Uhr beleuchtet wurden. Das Landgericht verurteilte den Hauswirt zum vollen Ersatz der Kur- und Heilmittelfkosten sowie zur Entschädigung für entgangenen Verdienst. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Treppe zur Zeit des Unfalls von trübem Dämmerlicht nur wenig beleuchtet war, das Verschulden liege also auf Seiten des Verklagten. Je nach der Beschaffenheit des Hofes und der Lage des Flurs werde ein Hausflur eher in Dunkel gehüllt als der andere. Jeder Hausflur müsse beleuchtet werden, sobald das natürliche Licht nicht mehr zur gefahrlosen Benutzung der Treppe genüge. Die Verurteilung des beklagten Wirts, die Schuld auf den Portier abzuwälzen, misslingen, da dieser als Zeuge ausfand, daß er vom Hauswirt zur sparsamsten Benutzung der Treppenbeleuchtung angehalten worden sei.

Arme Postboten und reiche Kassenbeträger.

Die geringe Besoldung hatte den Postboten Fleischer in Düsseldorf auf Abwege und auf die Anklagebank gebracht. Fleischer war seit dem Jahre 1899 im Postdienste tätig und wurde ihm von seiner vorgesetzten Behörde ein gutes Zeugnis ausgestellt. An Fleischer bezog Fleischer, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, täglich 2 M. 70 Pf. Da er von einem solchen Gehalt nicht existieren konnte, so geriet er in Schulden. Um seine Gläubiger zu befriedigen, vergriff er sich dann später an den von ihm einbehaltenen Zeitungs- und Telephongebühren. Als die Unterschlagungen, die mittlerweile die Höhe von 1500 M. erreicht hatten, entdeckt wurden, schickte Fleischer nach Holland, doch wurde er ausgeliefert. Die Strafkammer in Düsseldorf verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis. — In der nächsten Sitzung der Strafkammer wurde gegen einen Bauunternehmer, der 400 M. von ihm einbehaltenen Kassenkassenbeiträge unterschlagen hatte, verhandelt. Eine Kotlage war nicht anzuerkennen, das Gericht billigte dem Bauunternehmer aber mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu — 30 M. Geldstrafe.

Das Haus mit zweierlei Recht.

Eine eigenartige Grenzstreitigkeit beschäftigt zurzeit das Schöffengericht in Lichtenberg. Die Gastwirtin Schöner in Stralau ist Besitzerin des bekannten Restaurants „Neu-Seeland“, dessen Gebäude zum größten Teil auf Stralauer, zum Teil aber auch auf Rummelsburger Gebiet liegen. Frau Schöner hat infolgedessen an beide Ortsgemeinden Steuern zu bezahlen. Sie wird nun beschuldigt, sich gegen das Frau- und Wahlsteuergesetz dadurch vergangen zu haben, daß sie auf einem Teile ihres Grundstücks, welches zu Rummelsburg gehört und einige Meter von der Stralauer Grenzlinie entfernt liegt, Bier verkauft hatte, welches dort auch getrunken wurde, ohne daß es der Steuerbehörde zur Versteuerung angemeldet war. Die Angeklagte, die sich vorgestern vor dem Lichtenberger Schöffengericht zu verantworten hatte, machte geltend, daß sie unmöglich wissen konnte, ob das von den Rednern geholt Bier an Gasse verabsichtigt werde, die auf Stralauer oder auf Rummelsburger Seite liegen. Es sei doch auch unmöglich, daß jedes einzelne Glas Bier, das vielleicht auf Rummelsburger Seite getrunken werden sollte, zur Einfuhrsteuer angemeldet werde. Der Amtsanwalt war jedoch anderer Ansicht. Er meinte, daß die Gastwirtin auch noch auf der Rummelsburger Seite ihres Grundstücks einen besonderen Ausblick anlegen müsse. Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und zu dem neuen Termine das in Frage kommende Steuergesetz vorlegen zu lassen.

Verantwortliche Verursachung der Gebärmutter.

Wegen fahrlässiger Tötung ist am 9. Juni vom Landgericht Saardrücken die Hebamme Luise Pees zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sie war bei einer Wöchnerin beschäftigt, für welche ein Arzt gerufen werden mußte. Darin, daß die Angeklagte, obwohl sie sehen mußte, daß Gefahr im Verzuge war, nicht inzwischen selbst die erforderliche Operation vornahm, ist ihre Fahrlässigkeit erklährt worden. Die Wöchnerin, die von dem später erschienenen Arzte sachgemäß behandelt worden ist, starb an Verblutung. Die Revision der Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Verfassungen.

Die Jahreshauptversammlung des Fortschrittsvereins hielt ihre Generalversammlung am Mittwoch ab. Den Bericht der Ortsverwaltung gab Hofmann. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 629 männliche und 27 weibliche Mitglieder. Hauptmann gab den Kassenbericht. Die Einnahmen resp. Ausgaben für die Zentralkasse bilanzieren mit 2700,50 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1649,76 M. und eine Ausgabe von 1400,81 M., sodas ein Ueberschuß von 249,95 M. verbleibt. Den Bericht der Agitationskommission gab Gröndler, den Kassenbericht derselben Ehrhard. Die Einnahmen inklusive Bestand vom 3. Quartal betragen 160,89 M., die Ausgaben 81,45 M., es bleibt somit ein Ueberschuß von 79,44 M. Von der Agitationskommission wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Generalversammlung wolle beschließen, wird in einer Werkstatthaltung von den anwesenden Kommissionsmitgliedern festgestellt, daß nicht anwesende organisierte Kollegen gegen Verbandsprinzipien verstoßen, wodurch die Agitation, besonders erschwert wird, so ist die Agitationskommission befugt, solche Kollegen vor diesem Forum zur Rechenschaft zu ziehen. Nach längerer Diskussion wurde dieser Antrag abgelehnt. 2. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Vorsitzenden der Agitationskommission für seine Tätigkeit eine Entschädigung von 5 M. pro Monat zu gewähren; die Kosten trägt die Lokalkasse. Die Beschlussfassung erhält rückwirkende Kraft und ist mit dem 1. August 1906 gültig. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. 3. Die Generalversammlung wolle ferner beschließen, die Delegationsgelder der Agitationskommission auf 50 Pf. zu erhöhen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Es kam dann der Antrag

Koniarzki und Jachl auf Erhebung eines Lokalkassenschlages von 5 Pf. pro Woche zur Beratung. Nach längerer Debatte, in der sich alle Redner für den Antrag aussprachen, wurde derselbe mit dem Zusatz, daß er vom 1. November, also der 44. Woche, an erhoben wird, angenommen.

Als erster Schriftführer wurde einstimmig Koniarzki gewählt, als Mitglied der Agitationskommission Krabi. Den Bericht der Kassenkommission gab Schoenfeldt. Aus demselben war zu ersehen, daß irgend welche Unregelmäßigkeiten nicht nachzuweisen sind; doch sei die Buchführung von früher eine sehr mangelhafte gewesen. Eine Veranschaulichung der Mitglieder ist jedoch hierdurch nicht entstanden.

Eine zahlreich besuchte öffentliche Stultateurenversammlung tagte am Montag in den Ruffertkassen. Zunächst wurden, nach dem Bericht unter inparteilicher Leitung, die ein Beamter des Berliner Gewerbegerichts übernahm, Erwählungen zur Schlichtungskommission vorgenommen. Gewählt wurden Max Siebler und Bengels. Nach dem Bericht gilt die Wahl auch zugleich für den paritätischen Arbeitsnachweis.

Die Fensterfrage auf Grund des Tarifs und der Baupolizeiverordnung vom 1. Oktober 1901 betraf die nächste Punkt der Tagesordnung. Krebs referierte. Nach der genannten Polizeiverordnung dürfen vom 1. November bis zum 1. April Stultateuren-, Bau- und Tischlerarbeiten nur vorgenommen werden, wenn die Räume durch Türen und Fenster nach außen ventilierbar sind. In Räumen, wo offene Kofelöfen brennen, darf nicht gearbeitet werden. Und der Stultateurentarif besagt dazu, die Arbeit bei offenem Kofelöfen sei nicht gestattet und die Räume seien vom 1. November möglichst zugiger und frostfrei zu halten. Wie im vergangenen Jahre, sind auch diesmal die Gehälften verpflichtet, streng auf die Durchführung der Bestimmungen zu achten. Die Schlichtungskommission hat sich auch mit der Sache beschäftigt. Man ist sich dort dahin einig geworden, daß beide Teile, Arbeitgeber und Stultateure, für die Durchführung der fraglichen Bestimmung des § 13 des Tarifs einzutreten hätten, daß die Auslegung aber eine lokale sein soll. Im vorigen Jahre ist es vorgekommen, daß Polizeibeamte ein Einschreiten auf Grund der zitierten Polizeiverordnung ablehnten, mit dem Bemerkten, es ginge sie nichts an. Solche Fälle sollen, wenn sie sich jetzt wiederholen, nach einem Vorberichte des Vorsitzenden der Schlichtungskommission dem Gewerbegericht gemeldet werden, damit das Gewerbegericht beim Polizeipräsidenten Beschwerde führen kann. Hinsichtlich der Auslegung des Tarifs stellt sich der Vorsitzende der Schlichtungskommission auf den Standpunkt: Wenn ein Raum am 1. November nicht ventiliert ist, kann der Stultateur, der Anspruch auf eine Kündigungsgelohn hat, die Arbeit ruhen lassen und eine Entschädigung beanspruchen. Wenn jemand, dem keine Kündigungsgelohn zusteht, am 1. November in offenen Räumen arbeiten soll, so sagt er, daß er das nicht tue und bis zur Erfüllung des Tarifs sich dem Arbeitgeber auf dessen Kosten zur Verfügung stelle. Der Arbeitgeber werde dann allerdings sagen, er könne aufhören. Nach der Praxis des Gewerbegerichts, wonach der Tag als Arbeitseinheit zu betrachten sei, könne auch in diesem Falle für den einen Tag wenigstens durch Klage beim Gewerbegericht eine Entschädigung erwirren werden. — Es sei aber, meinet Redner weiter, nicht zu verkennen, daß die Stultateure auch eigene Wege zu gehen hätten, dem Tarif Geltung zu verschaffen, wenn man auch obiges im Auge behalten werde. Da gebe eine Direktive die in der Generalversammlung der Filiale des Verbandes am 15. Oktober einstimmig angenommene Resolution Höner: „Ueberfall auf Bauten, welche unbetrieblig und nicht zugiger sind, ist die Arbeit am 1. November ruhen zu lassen, bis die in der Polizeiverordnung bestehenden Vorschriften, erfüllt sind. Diejenigen Kollegen, die schon vor dem 1. November auf offenen Bauten gearbeitet haben und daher arbeitslos werden, erhalten vom dritten Tage die statutenmäßige Streikunterstützung, d. h. nur für diese liegen gelassene Arbeit. Sämtliche nach dem 1. November anzufangende offene Bauten gelten als gestoppt und die hieselbst arbeitenden Stultateure als Streikbrecher. Ueber etwaige Formalitäten entscheidet die Kommission.“ — Nach lebhafter Debatte stimmte die Versammlung dem zu. Auch war sie der Meinung, daß die Verhaltensmaßregeln vom vorigen Jahr mit der einen Veränderung, daß „Tage“ ersetzt wird durch „Räume“, auch diesmal zu beachten wären. — Diejenigen, welche wegen Nichterfüllung der Position 13 des Tarifvertrages am 1. November die Arbeit ruhen lassen, haben sich selbst 8 Uhr bei Fraule, Sebastianstraße 99, zu melden.

Man erörterte dann noch eingehend die Frage der Ueberstunden und des Schichtwechsels, um aus bestimmten Erfahrungen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Erklärung. In Nummer 249 des „Vorwärts“ wird in dem Berichtsbericht der Jahreshauptversammlung des Deutschen Tischlerverbandes, das Verhalten des Berliner Tischlerverbandes bei der Delegiertenswahl zur Kassenkasse, sowie bei der Vorstandswahl in der darauffolgenden Generalversammlung als nicht besonders anständig bezeichnet.

Wenn je die Worte: „Blinder Eifer schadet“ zutreffend sind, dann hier. Der Sachverhalt ist folgender:

Als der Vorsitzende der Jahreshauptversammlung wurde, die Liste einzureichen, sagten wir, daß die Liste zur Wahl den Mitgliedern gedruckt eingehändigt wurde. Es dauerte aber doch circa 14 Tage, bis wir die Liste der Jahreshauptversammlung erhielten; dieselbe ging uns am Sonntag, den 22. August, zu. Die Liste sollte doch auch korrekt aufgestellt werden, damit sie nicht anfechtbar ist. Beim Durchsehen der Liste auf der Kasse, die sich von etlichen Mitgliedern nicht feststellen, ob sie gemeldet sind, weil nicht bemerkt war, wo dieselben beschäftigt seien. Ebenso waren Kollegen von der Jahreshauptversammlung, die in anderen Kassen gemeldet waren. Unter anderen die Kollegen Krotz und Muntau von der Firma Waru, Salomon, in der Kaufmannstraße, Kollege Neubauer von der Firma Raaben, in der Schneidertasse, Schmidt war am 5. Juli bei unserer Kasse abgemeldet und nicht wieder gemeldet. Ein Gustav Müller konnte deshalb nicht herausgefunden werden, weil acht gleichen Namens gemeldet sind, usw. Daher kam es, daß von 55 nur 42 als gemeldet herausgefunden wurden. Die Zeit war zu kurz, um nochmals Rücksprache zu nehmen. Wie da unser Verhalten als nicht anständig bezeichnet werden kann, das verstehen wir einfach nicht. — Nun zur Vorstandswahl. Auch dabei befand die Ablicht, ein Mitglied der Jahreshauptversammlung zu wählen und wurde von unserer Seite

der Kollege Zimmerling von der Jahreshauptversammlung vorgefchlagen. Derselbe verzichtete zugunsten des Vorsitzenden Dittmann. Dabur entstand eine Zerplitterung, weil gegen Dittmann aus Anlaß des Ausstades bei der Firma Gärner eine Antipathie vorherrschte.

Wegen die Leser aus Vorstehendem sich ein Urteil bilden, wo nun die Unanständigkeit oder auch Anständigkeit zu suchen ist. Der Vorstand des Verbandes der Tischler Berlin und Umgegend. J. A. A. Regge.

Berichtigung. In einer Versammlung der Zimmerer gab der Genosse Koppelt ein Privatgespräch mit mir wieder, das er mindestens sehr mißverständlichen haben muß. Um es kurz zu machen, konstatiere ich, daß dem Genossen Witt weder vom Vorstand noch von der Schlichtungskommission eine Rüge erteilt ist. E. Ernst.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Motteler“ tagt heute abend 9 Uhr bei Lindebaum, Stolpische 61.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Eintracht“. Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Gollnow, Stralauer Allee 17 D: Sitzung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69-74 pr. 100 Pfd., Ia 63-68, IIIa 57-62, IVa 52-56. Kalbfleisch, Doppelländer 105-115, Ia 88-95, IIa 76-86, IIIa 62-74, hell 54-60, Hammelfleisch Ia 72-80, IIa 56-69, Schweinefleisch 65-73, Rindfleisch Ia per Pfd. 0,88-0,95, IIa 0,90, Rindfleisch Ia 0,40-0,50, IIa 0,38, Damwild 0,40-0,55, Wildschweine 0,40, Ferkel 0,90, Kalen per Stück 3,00-3,50, Klein 1,00-2,00, Kaninchen per Stück 0,40-0,80, Bändchen per Stück 1,25-1,50, Scidenen 0,90, Belasinen 0,90, Rebhühner, junge Ia 1,10-1,25, junge IIa 0,90, alte 0,80, junge Hühner, alte per Stück 1,40-2,25, alte IIa 0,75-1,20, junge per Stück 0,80-1,60, Tauben per Stück 0,30-0,50, alte 0,90, Enten, junge per Stück 1,00-2,10, alte per Stück 0,80, Hamburjer, junge per Stück 3,10, Gänse, Oberbrüder, per Pfd. 0,45-0,55, da, Hamburger, junge 0,90, Ia per Stück 3,00-3,50, IIa 1,25-2,00, Gänse per 100 Pfd. 65-72, matt 64, groß 60, klein 0,90, Mand 0,90, Späne 114, große 0,90, kleine 0,90, Steie 0,90, Kalle, groß 110, mittel 99-105, klein 0,90, unsortiert 0,90, Pöden, matt 0,90, Karphen, unsort. 0,90, da, Per Leuzler 0,90, da, 15-100er 0,90, da, 40er Schellische 0,90, Karte 55-62, matt 0,90, Karawachen 71, Schellische 14-27, Weiz 0,90, Sante Hühne 42-57, Amerik. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, da, IIa neuer 90-100, da, IIIa neuer 75, Seelachs 20-25, Sprotten, steier, Wall 0,75-1,30, Danziger, Wall 0,50-0,70, Rundern, pommerische Ia, per Schock 8-6, da, pommerische IIa 2-4, steier, Steie Ia 4-6, da, mittel per Riste 2-3, Damb, Steie 4-5, halbe Riste 1,50-2, Bäcklinge, per Wall steier 3,50-5,10, Stralauer 4,00-5,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Deringe per Schock 4-5, Schellische Riste 4-5, da, 1/2, Riste 2-3, Kabbian, p. 100 Pfd. 20-25, Heilbutt 0,90, Sarbellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70, Schottische Vollheringe 1905 0,90, largo 40-44, fall 38-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Kaffee, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., Raj 1,50-1,60, Bratheringe, Hühne (4 Eier) 1,50-1,75, Remaugen, Schock 11, kleine 5-6, Ristene 14, Dummern, kleine, per Pfd. 0,90, Kerbie, per Schock, große 0,90, mittel 6-5,50, kleine 0,90, unsort. 0,90, Walzjer, groß 0,90, mittel 0,90, Ger, Zande, per Schock 4,00-4,60, Butter per 100 Pfd. Ia 125-128, IIa 118-124, IIIa 115-118, abfallende 102-110, Saure Butter Schock 3,50-4,00, Pfefferminzen 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,90, magnum bonum 1,90-2,10, Dabische 1,90-2,10, Kofen 0,90, weize 1,00-1,80, Salatsartofeln 4,00-5,00, Spinat per 100 Pfd. 3,00-5,00, Karotten per Schock 3,00, Sellerie, blühe, per Schock 4,00-6,00, da, pommerische 4,00-5,00, Spelbein große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, da, kleine 2,50-3,00, da, blühe (Berl.) 0,90, Charlotten 50-60, Peterfille, grün, Schock 1,25, Koblubi per Schock 0,50-0,80, Kettig, baqr, per Schock 2,40-4,80, Radleschen per Schock 0,60-0,80, Salat, per Schock 1,80-2,00, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 0,90, Bohnenbohnen 0,90, Pfefferlinge per 100 Pfd. 10-15, Knoblauch per 100 Pfd. 2-3, Zeltener Rübren p. 100 Pfd. 10-12, Weize Rübren, große 2-7, kleine 6-10, Blumenlohl per Mandel 1,00-2,50, da, Scharfer, Kopf 0,12-0,16, Wirklohl per Schock 4,00-10,00, Kofelöl p. Schock 5,00-6,00, Weizlohl p. Schock 2,00-6,00, Kofelöl p. 100 Pfd. 15-20, Grünlohl per 100 Pfd. 3-5, Steinsilge p. 100 Pfd. 10-20, Koblübren Schock 2,50-3,00, Kürbis 2-3,00, Birnen, per 100 Pfd. blühe 5-20, Schmalze 6-25, Äpfel, per 100 Pfd., blühe 4-20, Grauenleiner 8-20, Tiroler in Küstern 20-30, da, loje 0,90, Amerk. 17-30, Weizleeren, schwarze 0,90, Gebirgs 30-37, Wallhühne per Schock 0,75, da, kleine 0,90, Pfannern, per 100 Pfd., blühe 7-10, Schmalze 0,90, da, große 0,90, Zitronen, Messina 300 Stück 14,00-18,00, 360 Stück 8,00-16,00, 200 Stück 10-14, 480 Stück, klein 5-8, 500 Stück, klein 5-8.

Verein Berliner Hausdiener
gegründet 1883.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Paul Räthel
(Wählfstr. 45)
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 31. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem An-
denck-Richthof in Wilhelmsherg
statt.
Mit rege Beteiligung wird ge-
beten.
24306 **Der Vorstand.**

Unserem Sangesbruder
Gustav Reichert nebst Frau
zu ihrer heutigen silbernen Hochzeit die
besten Wünsche und ein donnerndes Hoch
Männerchor der Freibender.
Dankfagung.
Für die innige Teilnahme und
schönen Kranzpenden bei der
Beerdigung meines geliebten Vaters,
unseres guten Vaters, des Ruzers
Ferdinand Münster
sagen wir allen Freunden und Be-
sammten, insbesondere dem Gesang-
verein „Gemüthlichkeit“ sowie dem
Zentralverband der Maurer, dessen
Gesangverein und dem Sozialdemo-
kratischen Arbeiterklub Herzlich
empfindenden Dank.
Ww. A. Häusler nebst Kindern. 24306

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Maschinenarbeiter
Friedrich Metzner
am 27. Oktober verstorben ist.
Seine Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 31. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Westmannen-Kirchhofes
in Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
05/18 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
Kranzpenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters, unseres guten
Vaters sagen wir allen Freunden
und Bekannten sowie dem Verein
Krautler Gasts und Schanzwite,
dem Deutschen Arbeiterbund, dem
Kassabund „Waldarbeiter“ und dem
Kassabund „Neu-Sorge“ unseren
innigsten Dank.
Witwe Ernestine Rudloff
nebst Kindern.
Vorreist 298/18
Dr. med. Ad. Schlesinger
Magnetopath
Belle-Alliancestraße 5.

Sunlight-Seife

bietet die beste Garantie gegen vorzeitige Abnutzung der Wäsche. Sie ist vollständig frei von scharfen Bestandteilen und — infolge ihrer Herstellung aus den besten Grundstoffen nach dem vollkommensten Verfahren — unübertroffen an Milde und Reinigungskraft.

Abgesehen davon, dass die Sunlight Seife als erste Qualitätsmarke in ihrer Wirkung geradezu unerreicht ist, kann sie auch auf Grund ihrer Ausgiebigkeit als sehr billig bezeichnet werden. Machen Sie bitte einen Versuch und achten Sie beim Einkauf genau auf den gesetzlich geschützten Namen und die Originalpackung.

Wirtschafts-Artikel

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend
soweit Vorrat

Glas - Porzellan - Steingut

Wassergläser glatt 4, gerippt 6 Pf.	Kaffeetassen mit Untertassen, weiss 9, dekoriert 15 Pf.	Speiseteller weiss tief oder flach 8 Pf.
Sturzflaschen 15, 20, dekoriert 45 Pf.	Speiseteller weiss, gerippt flach oder tief 20 Pf.	Dessertteller weiss 7 Pf.
Käseglocken m. Oliven-Weil- schiff 42 Muster 35 Pf.	Dessertteller diverse Formen, weiss 8 Pf.	Salatschüsseln weiss 7 tell 98, mit blau Zwiebelmuster 48 Pf.
Butterdosen gepresst, ca. 1/2 Pfund Inhalt 20 Pf.	Saucières weiss, verschied. Formen 42 Pf.	Vorratsstollen mit Schrift 23, blau 33 Pf.
Kompotschalen gepresst, Satz 3 St. 48 Pf.	Salatschüsseln weiss gerippt 9, 15, 23, 30 Pf.	Satznapfe weiss, gerippt, 4 teilig 38 Pf.
Gambrinustulpen 33 Pf.	Kaffebecher dekoriert 9 Pf.	Satztöpfe blau Zwiebelmuster, 6 teilig 1.65
Teebecher mit Bordüre 10 Pf.	Butterdosen mit Schrift 48 Pf.	Wassereimer mit Einlage 2.95
Zuckerschalen auf Fuss mit Oliven- schiff 33 Pf.	Kompotsatz 7 teilig, dekoriert 95 Pf.	

1200 Waschgarnituren

erstklass. Fabrikat in elegant. Decoren 4 teilig 2.25, 5 teilig 2.95, 3.60, 4.75, 5.50, 6.75, 7.25

Emaille

Schmortöpfe ohne Ring 35, 45, 55, 65, 75 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 55, 68, 80, 90, 98 Pf.
Casserollen ohne Ring 15, 18, 28, 38 Pf.
Casserollen mit Ring 55, 65, 75, 85 Pf.
Bratpfannen rund 15, 20, 25, 30 Pf.
Gänse-Bratpfannen 75, 85, 98 Pf.
Wasserkessel mit Back 1.15, 1.35
Wasserkessel für Gas 48, 60, 75 Pf.
Maschinenöpfe 8, 10, 12 Pf.
Trinkbecher 6, 8, 10 Pf.
Kaffeekannen weiss 35, 42, 60 Pf.
Kaffeekannen dekoriert 95, 1.35, 1.75
Brottdosen neublau, weiss, marmoriert 1.95
Wasserkannen 45, 55, 65, 75 Pf.
Waschschüsseln mit Seifnapf 48, 60 Pf.
Schüsseln flach 20, 30, 35, 38 Pf.
Küchenschüsseln tief 58 Pf.
Gemüseschüsseln 28, 45 Pf.
Kummen 8, 10, 12, 15 Pf.
Terrinen mit Deckel 48, 85 Pf.
Petroleumkannen 48, 85, 1.35
Müllschaufeln 38 Pf.
Waschgarnituren dekoriert, 3 teilig 2.95, 3.25
Eimer grau 70 Pf. neublau 80 Pf. marmoriert 85 Pf.
Wannen 1.65, 1.95, 2.45

Kaffeesevice für 6 Personen, elegant dekoriert, 9 teilig, Wert 6 Mk. 3.95
Tafelservice für 6 Personen, Veilchendecor, 23 teilig 12.75 Rosendecor 13.75
Majolika-Blumenkübel 15, 45, 58, 75, 1.75, 2.10

Wirtschafts-Artikel

Ofenvorsetzer 1.45, 1.75, 1.95, 2.95	Geschmiedete Pfannen 30, 48, 60 Pf.
Ascheimer 42, 75, 95 Pf.	2 Gasplätten mit Erhitzer 4.75
Ascheimer schwere Qualität 85, 1.05, 1.25	Plättbretter 95 Pf.
Kohlenkasten 85, 1.05, 1.25	Plättbretter bezogen 1.95, 2.45, 2.75 Pf.
Kohlenkasten schwere Qualität 1.10, 1.25, 1.45	Wäschetrockner mit 10 Stäben 85 Pf.
Kohlenlöffel 12, 18, 25 Pf.	Waschbretter 42, 55, 65 Pf.
Feuerhaken 10, 12, 15 Pf.	Klammern Schock 10, 20 Pf.
Ringsänder 28, 48 Pf.	Leitern Stufe 40 Pf.
Heizrohre 85 Pf.	Garnwinden Stück 38 Pf.
Wärmflaschen 1.25	Gewürzelagerer mit 6 Töpfchen 75 Pf.
Petroleumkannen 45, 60 Pf.	Küchenbretter 12, 18, 28, 38 Pf.
Laternen 35, 45, 60 Pf.	Frühstücksbrettchen 10, 12, 18 Pf.
Brottdosen oval 95 Pf.	Quirlgarnituren komplet 48 Pf.
Briefkasten 28 Pf.	Messerputzbretter 15, 20, 28 Pf.
Deckelhalter lackiert 35 Pf.	Messerputzschmirgel grosse Büchse 22 Pf.
Honiggläser mit Schraubverschluss 8, 10, 12, 15 Pf.	Tablets mit Glasinlage 95 Pf.
Vorratsbüchsen Delft-Muster 18, 23 Pf.	Verdichtungsstränge Bund 42 Pf.
Wirtschaftswagen mit Emaille-Zifferblatt 1.95	Spülbürstengarnitur mit Brett 95 Pf.

Emaille-Garnitur, Sand, Seife, Soda 95 Pf.
Emaille-Waschgarnitur dekoriert, Porzellan-Form, 5 teilig 4.95
2000 Emaille-Schmortöpfe mit Deckel ca. 24 cm 65 Pf.

Ein Posten email. Wassermasse ca. 1/2 Liter Stück 15 Pf.
Ein Posten email. Wasserkessel mit Saek Stück 45 Pf.
Ein Posten gusseis. Kochgeschirr neublau, grau, braun bedeutend unter Preis

Mignon-Album

enthält eine Sammlung von 68 verschiedenen klassischen, humoristischen, modernen Kompositionen
Fach, Beethoven, Haydn, Loewe, Mozart, Mendelssohn, Schubert, Schumann, Weber, Aletier, Bizet, Ellenberg, Einödshofer, Holländer, Leoncavallo, Lincke, Morena, Nelson, Strauss, Translateur, Wanda, Ziehrer, Tschakowsky u. a. m.
im hocheleg. Leinenband, m. reich. Relief-Pressung, 200 Seiten stark, mit Bildnissen der Componisten . . . **3.00** Mark

Leih-Bibliothek Kottbuser Damm 1-2

nur Die Abonnements können mit jedem Tage begonnen werden. Der Leser hat die Berechtigung, die Bücher jeden Tag zu wechseln.

Lese-Bedingungen

Abonnement auf	1 Band	2 Bände	3 Bände	4 Bände
pro Monat	1.20	1.60	2.00	2.40
pro Vierteljahr	2.40	3.20	4.00	4.80
pro Halbjahr	3.75	4.80	6.00	7.20
pro Jahr	5.00	6.50	8.00	9.60

Als besonderes Entgegenkommen für diejenigen Leser, welche ein Abonnement Zeitschriften wegen nicht ausnutzen können, verabfolgen wir Lesekarten mit unbeschränkter Gültigkeit für einzelne Bände. Die Lesekarten bestehen aus 10 Marken à 15 Pf. und berechtigt jede Marke zur Entnahme eines Bandes für die Dauer einer Woche.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Partei-Angelegenheiten.

Im dritten Landtagswahlkreise sind bei den am 8. November stattfindenden Wahlmänner-Ergebnissen auch diejenigen wahlberechtigt, die am 1. Oktober aus dem Bezirk weggezogen sind. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß diese Verzogenen sich darum kümmern, ob in dem Wahlbezirk, in dem sie bisher wohnten, eine Wahlmänner-Ergebniswahl stattfindet. Auch werden alle Genossen, die mit aus dem dritten Landtagswahlkreise Verzogenen zusammenarbeiten, gebeten, die letzteren auf ihre Wahlpflicht hinzuweisen. Die Ausübung des Wahlrechts seitens der aus dem Bezirk bzw. aus dem Kreise kirchlich Verzogenen ist um so notwendiger, als gerade die Arbeiterklasse vielmehr kultiviert als die Bevölkerungsklasse, die für das Bürgerturn in Frage kommt. Es kommen für unsere Partei zahlreiche Arbeiterstimmen in Betracht, und da das Wahlrecht zum Landtage ohnehin ein äußerst kümmerliches ist, muß mit aller Anstrengung dafür gesorgt werden, daß uns keine Stimme verloren gehe. Dazu kommt, daß der Protest gegen das elende Dreiklassenwahlrecht um so intensiver sein wird, je größer die Zahl der abgegebenen Stimmen ist.

Berliner Nachrichten.

Aus der Armenpflege der Stadt Berlin.

Der von der Armendirektion erstattete Bericht über das Etatsjahr 1905/06 wird jetzt vom Magistrat veröffentlicht. Die Armendirektion hat im letzten Etatsjahr 10 930 430 M. ausgeben müssen, aber nur 827 148 M. eingenommen, so daß der aus dem Stadtsäckel zu leistende Zuschuß sich auf 10 103 282 M. stellte. Da gegenüber dem vorletzten Etatsjahr die Ausgaben um 287 692 M., die Einnahmen nur um 26 694 M. gestiegen sind, so hat der Zuschuß sich um 260 998 M. erhöht. Das vorletzte Etatsjahr hatte eine lange Reihe von Jahren zum erstenmal eine Minderung der Ausgaben gegenüber dem vorhergehenden Jahre gebracht, und somit war auch der Zuschuß zum erstenmal nicht weiter gestiegen, sondern heruntergegangen. Groß war ja der Beitrag nicht, um den der Zuschuß sich ermäßigte; das Minus stellte sich auf nur 94 053 M. Aber die freisinnigen Stadtväter, die so viele Jahre hindurch so laut darüber gejamert hatten, daß die Armenkasse alljährlich Millionen über Millionen verschlang, gaben sich der großen Hoffnung hin, daß der nun endlich wieder bemerkbar gewordene Rückgang der Ausgaben wie des Zuschusses auch in die nächsten Jahre hinein andauern werde. Doch es hat sich nicht in diese Richtung bewegt. Die Minderung ihrer Ausgaben sei zu erklären zum Teil aus der „Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse“, zum anderen Teil aus einer „gründlichen Prüfung und Beurteilung der einzelnen Fälle“. Eine wesentliche Steigerung der „Gründlichkeit“ scheint im Etatsjahr 1905/06 nicht mehr möglich gewesen zu sein, so daß auch der erhoffte weitere Rückgang der Ausgaben nicht erreicht werden konnte. Jetzt bittet die Armendirektion in ihrem Bericht sozusagen um Entschuldigung dafür, daß die Sperrung zunächst geworden ist. Sie erzählt, die Erhöhung des Zuschusses für 1905/06 um 260 998 M. erscheine ungünstig, weil eben im Vorjahr 1904/05 eine Ermäßigung um 94 053 M. eingetreten war. Für beide Jahre zusammen mache das nur 166 945 M. mehr. Dieser Betrag entspreche einer Erhöhung um nur 1 1/2 Proz., während in denselben zwei Jahren die Bevölkerungszahl Berlins um zirka 5 Proz. gestiegen sei. Mit anderen Worten: die Organe der Armenverwaltung haben keineswegs, wie es nach der im letzten Jahre erneut eingetretenen Ausgabesteigerung scheinen könnte, sich in ihrem Bewilligungseifer „übernommen“.

Die zukünftige Entwicklung Berlins.

Schwere Sorgen um die Zukunft Berlins und seiner Bewohner macht sich der Regierung- und Baurat a. D. Dehmke in einer im „Technischen Gemeindeblatt“ veröffentlichten Abhandlung, die auch als Broschüre unter dem Titel „Bauordnung für Großstadterweiterungen und Weiträumigkeit. Mit besonderer Berücksichtigung Berlins“ im Verlage von Karl Heymann erschienen ist. Dehmke erblickt in dem Anwachsen Groß-Berlins, für das er im Jahre 1980 mit annähernd sieben Millionen Einwohnern rechnet, eine große Gefahr, die von der Allgemeinheit einmal als so drohend anerkannt werden könnte, daß man dadurch veranlaßt würde, dazu überzugehen, Mittel gegen ein schädliches Weiterwachsen zu ergreifen. Welcher Art diese Mittel sind, wie die Allgemeinheit gegen die natürliche Entwicklung ankämpfen soll, darüber schweigt der Verfasser, er rechnet mit der Möglichkeit, daß die ungenannten Mittel von Erfolg gekrönt sind. Als größte Gefahr schwebt ihm das Sinken der Lauglichkeitsziffer der männlichen Jugend in den deutschen Großstädten, insbesondere in Berlin, für den Heeresersatz vor Augen. Wir verkennen nicht, daß ein solches Sinken das Anzeichen einer Degeneration der männlichen Jugend ist, aber um dem vorzubeugen, dazu bedarf es der Beseitigung aller der schädlichen Einflüsse, die heutzutage die Gesundheit des Volkes untergraben. Man sorge dafür, daß die Arbeiter in ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gehindert, daß die Wohnungen besser, daß die Frauenarbeit auf ein vernünftiges Maß beschränkt, daß die Heimarbeit befördert wird, kurz und gut, daß die gesamte Lebenshaltung des Proletariats sich hebt, und die Herrin Dehmke als so ungeheuer erscheinende Gefahr, daß die Großstädte eines Tages nicht mehr genug Kanonenfutter liefern können, wird mit einem Schlage beseitigt werden.

Was bezweckt der Verfasser eigentlich mit seiner Schrift? Er will im wesentlichen das System des Massenmietshauses, die Mietskasernen, bekämpfen, er will nachweisen, daß ein eigentlicher Mangel an verfügbarem Baugelände in dem Vorortgebiete von Berlin nicht besteht und daß ein solcher Mangel nicht als Grund angeführt werden kann, daß derselbst nicht an einem solchen Grade der Weiträumigkeit der Bauweise festgehalten werden könne, der für eine gesundheitsgemäße Luft- und Lichtzuführung zu den Wohnungen und Ortsteilen sichere Gewähr bietet. An und für sich gewiß ein löbliches Unternehmen, dem wir unsere Unterstützung nicht verweigern können, aber im einzelnen fordern doch die Argumente zu scharfer Kritik heraus. Gewiß, es

bedarf keines Hinweises darauf, wie sehr die Gesundheit von der Beschaffenheit der Wohnung abhängt und wie ausschlaggebend die Art der Wohnung in allen Bevölkerungsschichten für den Lebenszustand ist. Ebenso richtig ist es, daß die Art, in großen Mietshäusern zu wohnen, in unseren größeren und Großstädten die fast allein herrschende geworden ist, daß nahezu die ganze Bevölkerung der Großstädte auf das Wohnen zur Miete angewiesen und daß es dem einzelnen verlagert ist, unmittelbar auf die Gestaltung seiner Wohnung irgend einen Einfluß auszuüben. Aber es zeugt doch von sehr reaktionären Ansichten, wenn Dehmke eine der schädlichsten Wirkungen des Massenmietshauses darin sieht, daß seine Herrschaft eine ausgedehnte Beteilung des Mittelstandes am Hausbesitz unmöglich macht und damit in weitem Umfange den Bestand des Mittelstandes schädigt. Was in aller Welt haben denn die Mittelstandskriterien mit der Wohnungsfrage — und ein Beitrag zur Lösung dieser Frage soll die Abhandlung sein — zu tun? Was haben z. B. folgende Auslassungen mit der Wohnungsfrage zu tun: „Dadurch, daß dem Handwerker, dem kleinen Gewerbetreibenden, dem gelernten Arbeiter durch den Mangel an kleinen, für sie zum Erwerb geeigneten Häusern die Aussicht verschlossen bleibt, durch Fleiß jemals in den Besitz eines eigenen Häuschens zu gelangen, fällt für die Mitglieder dieser breite Massen bildenden Stände ein Hauptanreiz zum Vorwärtstreben und ein wesentlicher Antrieb zur Sparamkeit aus. Diese Wirkungen wird man bedauern müssen, wenn man eine Ausbreitung des Besitzes in sämtlichen weiten Volksschichten zur Förderung des sozialen Friedens für geboten hält und wenn man von der grundlegenden Bedeutung des Privatbesitzes für unsere Gesellschaftsordnung überzeugt ist.“

Wofür Schaffung von eigenen Häusern zur Bildung eines neuen Mittelstandes und zur Förderung des sozialen Friedens? Glaube Herr Dehmke wirklich, damit sein Ideal erreichen zu können? Ganz abgesehen davon, daß für den Handwerker und Arbeiter der Besitz eines eigenen Hauses oft nur ein Danaerschicksal ist, das ihn an die Scholle fesselt und ihn an dem Aufsuchen besserer Arbeitsgelegenheit hindert, ist es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, unter der Entwicklung des Kapitalismus, einfach unmöglich, den Mittelstand vor dem Herabstinken ins Proletariat zu bewahren, geschweige denn künstlich einen neuen Mittelstand zu züchten.

Sollen wir diese Abschweifungen außer Betracht, so bleibt als Kern der Dehmkeschen Vorschläge seine Anregung auf Abänderung der Bauordnungen nach der Richtung hin übrig, daß eine weiträumige Bebauung platzgreifen kann. Nun gibt aber der Verfasser selbst zu, daß die Ausbreitung des Massenmietshauses in dem Erweiterungsgebiet der Städte auch in dem Aufengebiete, die Bodenpreise meist derart verteuert, daß der Bau des zu fördernden Bürgerhauses dort schon mehr oder weniger unmöglich gemacht wird. Speziell in der Umgebung von Berlin ist der Grund und Boden infolge der fortwährend darin betriebenen Spekulation bereits so gestiegen, daß die Preise Wunderpreise gleichen. Ob hier durch Abänderungen der Bauordnungen, die an und für sich zweifellos auf die Bodenpreise Einfluß haben, noch Wandel geschaffen werden kann, bleibe dahingestellt. Will Herr Dehmke wirklich den Mietskasernen den Garau machen, dann wird ihm nichts weiter übrig bleiben, als für die Beseitigung des Privatbesitzes an Grund und Boden einzutreten. Daran aber hindert ihn seine Ueberzeugung von der „grundlegenden Bedeutung des Privatbesitzes für unsere Gesellschaftsordnung.“

Die Straßenbahn ist genötigt, zwei ihrer Linien wegen Bauarbeiten in den nächsten Tagen abzulenken. Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen will beim Bau der elektrischen Untergrundbahn auf dem Spittelmarkt in der Nacht vom Mittwoch den 31. Oktober zum Donnerstag den 1. November auf dem Platze mit dem Einrammen von eisernen Pfählen beginnen. Es wird deshalb notwendig, den über den Spittelmarkt führenden Betrieb der Linien 74 Köpenicker- und Schönberger- und 78 Frankfurter Allee-Willersdorfer von 2 Uhr nachts bis 4 Uhr 55 Minuten früh abzulenken. Es geschieht dies in den Nächten vom 31. Oktober bis zum 3. November. Die Wagen der beiden Linien geben dann vom Dönhofsplatz über die Jerusalem- und Oberwallstraße, die Salzenbrücke, den Schloßplatz, die Breitestraße, den Köpenicker Fischmarkt und zurück. In den folgenden Nächten vom 2. zum 3., vom 3. zum 6., vom 6. zum 7., vom 9. zum 10. und vom 12. zum 13. November wird die Straßenbahn selbst in der Spandauerstraße, an der Ecke der Königsstraße die Gleis Kreuzungen ausweichen. Die Wagen der genannten Linie 74 müssen deshalb in diesen Nächten von 2 Uhr durch die Jüdenstraße abgelenkt werden.

Gesprächszählungen finden allmonatlich einmal auf den Fernsprechkämmern in Berlin statt, und zwar an bestimmten Terminen, die von der Oberpostdirektion festgesetzt werden. Diese Zählungen erstrecken sich hauptsächlich auf jene Anschlüsse, für die Wochengebühren bezahlt werden, und bezwecken, den ständig steigenden Betrieb zu kontrollieren und die Zunahme der täglich herzustellenden Verbindungen zahlenmäßig festzustellen. Bei diesen Gesprächszählungen ist auch die Belastung der einzelnen Kammern zu ermitteln und besonders aufzuklären, nach welchen Kammern vorwiegend Verbindungen gefordert werden. — Zwischen den einzelnen Kammern des Berliner Fernsprechnetzes sind, je nach der Stärke des Verkehrs, 100 bis 250 Verbindungsleitungen vorhanden, die jedoch, wie gerade in neuerer Zeit bei dem Publikum unangenehm empfunden worden ist, bei weitem nicht mehr genügen. Zu den Hauptgesprächzeiten zwischen 11 und 1 Uhr mittags und 5 bis 7 Uhr abends sind besonders die Verbindungsleitungen nach den Kammern I, IV und VII derartig in Anspruch genommen, daß zeitweise sämtliche Leitungen besetzt sind und Fernsprechnutzer vergeblich Verbindungen verlangen. Die Oberpostdirektion hat angeordnet, daß sofort die Zahl der Verbindungsleitungen zu vermehren ist. Die erforderliche Verlegung der Kabeln ist bereits in Angriff genommen und dürfte daher die unliebsamen Störungen bei der Herstellung von Verbindungen bald beseitigt sein.

Die Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 1. November d. J., nachmittags 5 Uhr, enthält unter anderem folgende Veranlassungsgegenstände: Verichterstattung über die Vorlage, betr. die Festsetzung neuer Baufluchtlinien behufs Verbreiterung der Jüden- und der Straßauerstraße. — Die Zahlung eines Beitrages zu den Kosten der Regulierung der Saalestraße in Rixdorf und den Erwerb einer Baumasse an der Cammerstraße daselbst. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die sich immer mehr steigende Lärmbelastung des Fleisches. — Vorlagen betreffend den Jahresabschluss der städtischen Wasserwerke für das Etatsjahr 1905 — und den Verkauf der im Zuge der Christianiastraße zwischen Stritzen-Allee und Kolonnenstraße befindlichen Baulastseiten zum Abbruch. — Verichterstattung über die Vorlage betreffend die Verzichtleistung auf die Rechte der Stadtgemeinde aus einer letztwilligen Verfügung. — Zwei Unterbringungsfragen. — Vorlage betreffend den Ablauf der Wahlzeit eines Bürgerdeputierten bei der Gewerbedeputation. Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, die Wahl eines Stadtsäckelrats statt.

Die gestrige Sitzung der Deputation für die städtische Straßenreinigung erledigte die zweite Lesung des Etatentwurfs. Das Ordinarium weist eine Ausgabe von 5 565 000 M. gegenüber 5 663 871 M. des Vorjahres auf. Das Extraordinarium ist mit 547 800 M. belastet, gegen 52 909 M. des Vorjahres. Die Höhe des Extraordinariums wird bedingt durch Änderungen der Betriebsweise und die damit verbundenen Reueinrichtungen, Paulschleifen für Unterbringung des Maschinen- und Wagenparks, die Anschaffung neuer Spülwagen und Veränderung der Sprengvorrichtung an 278 Sprengwagen. Des Weiteren ist die Anschaffung von vier Schneepflügen und dreier Automobile vorgesehen. Die Änderungen der neuen Betriebsweise bedingen die Anstellung von 33 Aufsehern, denen gegenüber die Stellen von 4 Oberaufsehern und die der Tagesarbeiter in Wegfall kommen sollen. Der nochmals gestellte Antrag, den Arbeitern eine Lohnerhöhung von täglich 30 Pf. und den Burken eine solche von täglich 25 Pf. zu bewilligen, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Für die Fortzahlung des Lohnes für von der Direktion bewilligte Beurlaubungen von Arbeitern wurden in 12 Monaten absehbare Zeit am 30. September d. J. 1078 M. aufgewendet. In Betracht kamen 291 Tage, die auf 236 Urlaubsgeldern entfielen. Um zu besser konstruierten Maschinen zu kommen, wurden vier Schruppermaschinen an die Firma Selmers in Hamburg vergeben, die das Stück um 60 M. billiger liefert als die Berliner Firma Beermann.

Der Bau des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin (Wasserstraße Berlin—Hohenhausen), für den die Mittel durch das Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 bereitgestellt sind, wird voraussichtlich im nächsten Frühjahr an mehreren Stellen begonnen werden. Seine Ausrüstung ist im allgemeinen durch die dem Gesetz zugrunde liegende Denkschrift festgelegt. Abweichungen im einzelnen, die sich bei der genaueren Durcharbeitung des Entwurfes als zweckmäßig erwiesen, liegen zurzeit dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Entscheidung vor. Sobald diese ergangen ist, werden die eingehenderen Entwürfe fertiggestellt und streckenweise zur landespolizeilichen Prüfung und ministeriellen Genehmigung gebracht werden. Die so geprüften und genehmigten Pläne werden alsdann gematungsweg öffentlich ausgestellt. Nach Beendigung der Auslegung ist das Verfahren der Planfeststellung nach den Vorschriften des Enteignungs- oder des Wasserstraßengesetzes durchzuführen. Alle diese Vorbereitungen müssen vor Beginn der eigentlichen Bauausführung beendet sein. Für die Herstellung des Großschiffahrtsweges ist, wie seinerzeit bekannt geworden ist, in Potsdam ein dem dortigen Regierungspräsidenten untergeordnetes Igl. Hauptbauamt errichtet, dessen Dirigenten ein Regierungs- und Baurat und ein Regierungsrat sind. Dieser Provinzialbehörde unterstehen als ausführende Behörden in Berlin, Oranienburg, Eberswalde und Oderberg vier Igl. Bauämter, denen je ein älterer Wasserbauinspektor vorsteht.

Hundert Gänse gestohlen wurden in dem an der Ecke der Flora- und Wollankstraße befindlichen Wild- und Geflügelladen. Mit einem Steinmesser erschossen die Spigebuden die Kadettin und machten dann sich in aller Ruhe daran, das Geschäft auszuräumen. Etwa hundert frischgeschlachtete Gänse wurden aus dem Laden herausgetragen und auf einen bereitgestellten Zweispanner aufgeladen. Niemand hatte etwas von dem Einbruchsdiebstahl bemerkt und ungehindert fuhr die Bande mit ihrer reichen Beute davon.

Eine folgenschwere Katastrophe, bei der eine Person den Tod gefunden hat, eine zweite schwer erkrankt ist und bei der auch die übrigen Hausbewohner in großer Gefahr schwebten, hat sich in der vergangenen Nacht in der Kurfürstenstr. 112 ereignet. Infolge Ausströmens von Gas erstickte das 30jährige Hausmädchen Anna Fathge, während das 23jährige Hausmädchen Anna Rippe an einer Gasvergiftung bedenklich darnieder liegt. Auch die übrigen Bewohner befanden sich in der Gefahr, das gleiche Schicksal zu teilen.

Als gestern in früher Morgenstunde der Verwalter des Hauses Kurfürstenstr. 112 den Korridor betrat, schlug ihm ein starker Gasgeruch entgegen. Es hatte den Anschein, als ob das ganze Haus mit Gas angefüllt sei. Der Verwalter schlug sofort Lärm und öffnete alle Fenster. Auch in zahlreichen Zimmern war Gas eingedrungen. Die Einwohner wurden sofort auf die schwere Gefahr aufmerksam gemacht und Polizei und Feuerwehr benachrichtigt. Für zwei Personen war die Katastrophe bereits verhängnisvoll geworden. Als man das Hausmädchen Anna Fathge, das in dem Pensionat von W. aushälftweise beschäftigt war, weden wollte, erhielt man keine Antwort. Sie stellte sich dann heraus, daß das Mädchen nicht mehr lebte. Es war der Gasvergiftung bereits erlegen. Auch das Hausmädchen Anna Rippe, das in dem Pensionat von Tsch. beschäftigt war, wurde brennungslos im Bett angetroffen. Dem von der Unfallstation am Zoologischen Garten hinzugezogenen Arzt gelang es nach andauernden Bemühungen, die L. wieder ins Leben zurückzurufen. Schwer erkrankt wurde sie dann in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die Leiche der Fathge wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus eingeliefert. Ueber die Entstehungursache wird uns folgendes mitgeteilt: In einem kleinen Kellerrzimmer, in dem die Fathge geschlafen hatte, befand sich ein Gasofenherd, über dem eine Glühlampe angebracht ist. Vom Kochapparat zur Lampe führt ein Gummischlauch, durch den das Gas nach oben geführt wird. Dieser Schlauch war an der Verbindungsstelle undicht geworden und infolgedessen mit Gas und Lappen umwickelt worden. In der vergangenen Nacht löste sich nun das Fließwerk und mit ihm auch der Schlauch. Er fiel nach unten herab und jetzt konnte das Gas in großen Mengen herausströmen. Es drang aus dem Kellerrzimmer heraus und verbreitete sich fast im ganzen Hause.

In den Verhandlungen zwischen der Stadt und den Elektrizitätswerken. Das zwischen der Stadtgemeinde Berlin und den Berliner Elektrizitätswerken geplante neue Abkommen, wie es durch die bekannten Entscheidungen vom 3. d. M. notwendig geworden ist, unterlag gestern mittag der weiteren Beratung einer Kommissionskommission. Die Verhandlungen, die unter Vorsitz des Oberbürgermeisters stattfinden, konnten noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Wie jedoch verlautet, sind die Vorbedingungen für eine Verständigung der beiden Parteien so weit erfüllt, daß binnen kurzem der neue Vertrag fertiggestellt sein wird, so daß er dann den städtischen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Ein Opfer seines Berufes wurde am Montag der 18 Jahre alte Fensterputzer Johannes Hälner, der bei dem Internationalen Reinigungsinstitut „Kellen“, Alte Jakobstr. 87/88, beschäftigt war. Er hatte an einem Fabrikgebäude in der Buttamerstraße in der Höhe der dritten Etage von außen die Fenster geputzt. Hierbei verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte stützlins in die Tiefe. Mit zerstückelten Gliedern blieb der Verunglückte liegen; er hatte einen Schädelbruch, Armbrüche sowie schwere innere Verletzungen erlitten und wurde in völlig hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus am Urban gebracht.

Durch einen elektrischen Schlag getroffen. Von einem brennendhellen Gesicht wurde gestern der Mechaniker Richard Wüthler aus der Stargarderstr. 3 getroffen. Er war seit mehreren Jahren in dem Kabelwerk Oberschönweide angestellt und war in

der letzten Zeit in der Abteilung für Hochspannungsversuche tätig. Durch ein verhängnisvolles Versehen kam er gestern einem mit Starkstrom geladenen Leitungsdraht zu nahe und da er in demselben Moment auch mit einem Eisenstück in Berührung kam, so übertrug sich die Elektrizität auf seinen Körper und führte den sofortigen Tod herbei.

Das Bein zerschmettert. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittags in der Kurfürstenstraße zugetragen. Dort wurden gegenwärtig Regulierungsarbeiten ausgeführt und die Bürgersteige teilweise erneuert. Gestern war der Kutscher Martin Martiner, Berlinerstr. 52 in Wilmersdorf wohnhaft, mit dem Abladen von Bordschwellen beschäftigt. Plötzlich rutschte einer der schweren Granitsteine ab und stürzte auf M. herauf. Dem Unglücklichen wurde der rechte Unterschenkel zerschmettert. M. fand im Krankenhaus Moabit Aufnahme.

Das Opfer eines schweren Automobilunfalles wurde gestern abend Frau Amisrat Cropsius, Fasanenstr. 26. Frau C. wollte an der Ecke des Kurfürstendamms und der Fasanenstraße einen Straßenbahnwagen besteigen und hatte bereits einen Fuß auf das Trittbrett gesetzt, als ein Ausstellungsautomobil, das sich auf der Probefahrt befand, dicht vorüberfuhr und Frau C. niederriß. Sie wurde überfahren und schwer verletzt nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Frau C. hatte im Gesicht und an der Stirn fließende Wunden, eine Gehirnerschütterung und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten. Der Führer des nicht nummerierten Automobils versuchte sich seiner Feststellung durch die Flucht zu entziehen, er wurde jedoch durch einen Radfahrer verfolgt und auch eingeholt.

Fünf Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen und anderen Fuhrwerken werden vom gestrigen Tage gemeldet. Auf der Charlottenburger Chaussee fuhr eine Automobilbuschse mit voller Gewalt auf einen aus entgegengelegter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Charlottenburger Straßenbahn. Beide Gefährte wurden stark beschädigt, und der Insasse der Droschke, Oberarzt Dr. Karbo, durch Glasplitter im Gesicht verletzt. — An der Ecke Weinbergsweg und Fehrbellinerstraße fuhr ein Kohlenwagen gegen die Seitenwand eines Straßenbahnwagens der Linie 33 und zertrümmerte dieselbe. Zwei Damen wurden durch Glasplitter verletzt. — In der Frankfurter Allee fuhr ein Motorwagen der Linie 69 auf einen Rollwagen auf. Hierbei erlitt der Führer des Straßenbahnwagens eine Brustquetschung. — In der Woiddamerstraße fuhr eine Droschke frontal gegen die Vorderplattform eines Straßenbahnwagens der Linie 74. Der Fahrgast der Droschke erlitt leichte Verletzungen. — In der Spandauerstraße fuhr ein Privatautomobil gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 29, wobei beide Gefährte stark beschädigt wurden. Der Automobilführer erlitt eine Beinquetschung.

Fleischdiebstahl an der Egnard-Markthalle finden noch fortgesetzt statt. Gestern wurde dem Schlächtermeister Schönbrodt sein vor der Markthalle stehendes Pferd nebst Wagen gestohlen. Er hatte schon verschiedene Fleischarten eingekauft und war nochmals in die Halle gegangen, um mit einem Geschäftsfreunde Rücksprache zu nehmen. Als Sch. nach etwa 10 Minuten wieder die Straße betrat, war sein Fuhrwerk, welches in einer Reihe anderer Wagen gestanden hatte, verschwunden. Nach Angabe von Augenzeugen hatte ein wie ein Schlächtergeselle aussehender, aus der Halle kommender Mann den Schlächterwagen bestiegen und war davon gefahren. Sch. erleidet durch den Diebstahl einen Schaden in Höhe von etwa 1200 M.

In eine furchtbare Lage geriet gestern auf der Station Frankfurter Allee des Stadt-Nordringes der Arbeiter D., welcher auf dem genannten Bahnhof einen einlaufenden, noch in der Fahrt befindlichen Nordringzug zu verlassen versuchte. D. glitt aus, stürzte zu Boden und geriet unter die Trittbretter der Wagen, die über den Arbeiter hinwegrollten. Als der Train zum Stehen gebracht war und D. aus seiner furchtbaren Lage befreit wurde, stellte sich heraus, daß er mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon gekommen war. Der Arbeiter hatte einen Bruch des rechten Unterschenkels und eine nicht unerhebliche Kopfwunde erlitten. Er wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Wenn ein Soldat stirbt, wird er gewöhnlich mit „militärischen Ehren“ begraben. Die eine solche Beerdigung vor sich geht, dafür liefert ein Vorgang, der sich kürzlich auf dem Garnisonkirchhof in der Müllerstraße abspielte, einen charakteristischen Beitrag. Es sollte am 24. Oktober ein Soldat beerdigt werden, der am 21. Oktober in der Charité verstorben war. Die Angehörigen waren vom sechsten Militärregiment, bei dem der Verstorbene gedient, benachrichtigt worden, daß die Beerdigung auf seine Kosten erfolge. Auf dem Kirchhofe äußerten die Angehörigen den Wunsch, den Verstorbenen noch einmal zu sehen, dem wurde aber nicht stattgegeben. Der Sarg selbst sah einem Armenhaus sehr ähnlich, ohne Sämund, nicht einmal mit Handgriffen zum Transport versehen. Eine Abordnung von drei Militäroffizieren unter Führung eines Unteroffiziers begleitete den toten Kameraden, acht Mann „tragen“ den Sarg, indem sie sich trampfhaft abmühen, halt für die Füger an den ganz schmalen Sitzleihen zu finden. Verständig rüschten sie ab und die Leidtragenden standen eine beständige Furcht aus, der Sarg könne ihren Händen entgleiten. Ein Militärpater aber fehlte nicht. An einem Strich wurde der Sarg in die Gruft gesenkt und die trauernden Eltern konnten mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß hier ein hoffnungsvolles Leben der Erde mit „militärischen Ehren“ übergeben worden sei.

Zu der Missetat bei Fürstentwalde wird noch gemeldet: Der unter dem Verdacht des Raubmordes an dem Vierfäher Haase verhaftete Arbeiter ist der 28 Jahre alte, aus Jägers gebürtige Jganz Polezniak. Der Verhaftete bestreitet, den Vierfäher ermordet und beraubt zu haben, er soll aber durch bestimmte Zeugenaussagen so schwer belastet sein, daß man ihn für nahezu als überführt hält. Er war am Sonnabendabend mit Haase noch in dem Lokal von Kley in Minsberg, wo er sich seit einem Vierteljahr als länderlicher Arbeiter aufhielt, und fuhr um 8 Uhr mit dem Kutscher fort. Ein anderer Mann, der ebenso wie Polezniak in Eggertsdorf abfiel, kann als Täter nicht in Betracht kommen. Um 12 Uhr nachts wurde Polezniak in einem anderen Lokale in Minsberg gesehen. Jetzt trug er unten an den Beinleidern Spannen, wie Radfahrer sie anzulegen pflegen. Aus diesem Lokale will der Verdächtige gleich nach Hause gegangen sein. Seine Stubengenossen bekunden jedoch, daß er erst um 4 Uhr nach Hause gekommen ist und daß er zu ihnen bereits in der Zeit von 4 bis 7 Uhr von einem auf der Chaussee nach Fürstentwalde tot aufgefundenen Mann gesprochen habe. Dazu kommt, daß Kley die Art, mit der der Kutscher die tödlichen Hiebe verübt worden sind, als sein Eigentum erkannt hat. Polezniak hat sich außerdem in viele Widersprüche verwickelt, die er bisher vergeblich aufzuklären veruchte. Die Mordtat hat der Täter wahrscheinlich schon abends aus dem Holzschuppen von Kley gestohlen, um damit den Kutscher zu erschlagen. Der dritte Mann hat sie auf dem Wagen nicht gesehen. Polezniak wird sie nach seiner Rückkehr von Eggertsdorf aus einem Versteck geholt haben und dann mit dem Mordwerkzeug Haase nachgerastet sein. Diesen einzuholen, hatte er Zeit genug; denn der Kutscher mußte sich unterwegs noch aufhalten und die Entfernung von Minsberg nach Fürstentwalde beträgt 20 Kilometer. Haase, der außerdem die Pferde langsam gehen ließ, wurde aber erst 1000 Meter von Fürstentwalde, bei dem Kilometerstein 1,6, ermordet. Erst um 7 Uhr morgens wurde, wie bereits berichtet wurde, der Wagen mit der Leiche gefunden. Der Verhaftete ist wiederholt bestraft, auch bereits mit Zuchthaus. Er wurde nach Fürstentwalde gebracht, um der Leiche bei der Obduktion gegenübergestellt zu werden. Viele Zeugen müssen noch benommen werden, andere werden noch gesucht. In Minsberg und Fürstentwalde herrscht über die ruchlose Tat große Aufregung.

„Unsere Mark in Kunst und Leben“ ist das Thema des nächsten Volkskunstabends am Sonntag, den 4. November im Kaiser Friedrich-Gymnasium am Savigniplatz. Während im literarischen Teil Fontane den künstlerischen Mittelpunkt bildet, wird der zweite

Teil ausschließlich dem künstlerischen Andenken Vorkings gewidmet sein. Für die Ausführung des musikalischen Teiles, der die anerkanntesten Werke des Meisters in größerer Bruchstücken zum Vortrag bringt, haben sich in liebenswürdigster Weise der Direktor der Vorkingskapelle Max Garrison und einige seiner Mitglieder der Volkskunstkommission zur Verfügung gestellt. Die Preise der Plätze sind wie gewöhnlich 0,50 M., einige nummerierte 1 M. (in allen Charlottenburger Buchhandlungen, Dürerhaus, Kronenstr. 18 und Verein zur Förderung der Kunst, Flensburgerstraße 28, erhältlich). Der Ertrag soll dem Vorking-Denkmalfonds bzw. der Erhaltung und Ausschmückung des Denkmals zugute kommen.

Zeugengefuch. Personen, die am 6. Oktober Zeuge eines Kentres zwischen einem Mordtäter von Tabbert und einem Schuttmann waren, das sich an der Frucht- und Palisadenstraße ereignete, werden gebeten, ihre Adressen nochmals abzugeben im Kontor von Tabbert, Mühlenstraße 69.

Feuerwehrbericht. Gestern vormittag kam in einer Tischlerei Pappel-Allee 25 Feuer aus. Spähne und Bretter usw. brannten dort. Gleich darauf mußte der 16. Zug in der Prinzen-Allee 82 einen Bodenbrand löschen. Ferner hatte die Behr in der Raunthstraße 3, wo in einer Arbeitstube Feuer ausgebrochen war, in der Fischerstr. 25 und Dessauerstr. 10 zu tun.

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer letzten Sitzung nach einer nochmaligen kurzen Debatte den Vertrag mit der Aktiengesellschaft „Industriegelände Schöneberg“ betreffend Errichtung von Fabriken auf dem an Tempelhof grenzenden Teile Schönebergs. Der Vertrag wurde nach den Beschlüssen der Versammlung dahin abgeändert, die Gesellschaft zu verpflichten, in den zu errichtenden Fabriken die jeweilig erforderlichen Vorrichtungen zur Verminderung von Rauch und Lärm anzubringen. Besitzt die Stadt Schöneberg ein eigenes Elektrizitätswerk, so ist die Gesellschaft bezw. sind die späteren Eigentümer verpflichtet, den für Beleuchtungs- und Kraftzwecke erforderlichen Strom nach dem jeweiligen Tarif aus dem städtischen Werke zu entnehmen, vorausgesetzt, daß sie nicht eine eigene Stelle zur Erzeugung der Elektrizität anlegen. In den Herstellungskosten der Eisenbahnunterführungen soll die Gesellschaft einen Beitrag von 100 000 M. leisten. — Die Hausbesitzerfraktion hatte beantragt, dem Vertrage nur zuzustimmen, wenn die Gesellschaft zu den Kosten der Schulunterhaltungspflicht herangezogen wird. Der Sprecher der Fraktion, Stadt v. Kunze, suchte die Versammlung von der Notwendigkeit der in dem Antrage enthaltenen Bestimmung zu überzeugen, indem er darauf hinwies, wie schwer Schöneberg durch den zu erwartenden Zuzug von Arbeitern finanziell belastet würde. Nachdem aber vom Magistrat darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es unmöglich sei, diese Verpflichtung, die bei den ersten Verhandlungen mit der Gesellschaft fallen gelassen ist, in den Vertrag jetzt hineinzubringen, zogen die Herren ihren Antrag zurück. Die Versammlung stimmte darauf dem Gesamtvertrage zu, ebenso den sich daraus ergebenden Verträgen mit der Gemeinde Tempelhof und dem Eisenbahnklub. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte brachte der Schluß der öffentlichen Sitzung wieder persönliche Auseinandersetzungen. Der Führer der Hausbesitzerfraktion, Stadt v. G. Lasenapp, der in der vorigen Sitzung die Beschlussunfähigkeit herbeigeführt hatte, suchte den ihn von liberaler Seite bewegenden gemachten Vorwürfen dadurch entgegenzutreten, indem er erklärte, die langen Reden der Liberalen Stadtverordneten, in denen nichts enthalten sei, hätten ihn zum Verlassen der vorigen Versammlung Veranlassung gegeben.

Gegen eine ganze Reihe von Deputationswahlen war Einspruch erhoben, dessen Erledigung in nichtöffentlicher Sitzung vorgenommen wurde.

Rixdorf.

Streng an ihre Vorschriften hielten sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag zwei Rixdorfer Schulleute in der Nähe des Kliesenischen Lokals in der Hohenheide. Dort hatten etwa sechs junge Burken zwei ältere Herren beschimpft, worauf sich letztere dies verboten. Einer der Burken warf den einen Herrn zu Boden und brachte ihn nicht unerhebliche Verletzungen bei. Als die beiden in Frage kommenden Schulleute angegangen wurden, doch helfend einzugreifen, erwiderten sie, das sei Berliner Gebiet und nicht ihre Aufgabe.

In diesen Worten verkörpert sich geradezu ein gefährlicher Formalismus, der zu allererst im vorliegenden Falle angebracht ist. Schließlich wird ein Mensch an der Berliner Grenze togeschlagen und ein Rixdorfer Schulleute sieht dem Vorgang ruhig zu mit der Bemerkung, daß Hülfe zu leisten nicht seine, sondern die Obliegenheit eines Berliner Schulleutes ist. Werden den Sicherheitsbeamten solcher Instruktionen erteilt, so wäre es an der Zeit, hinsichtlich solcher Vorkommnisse dieselben einer gründlichen Remedur zu unterziehen.

Ueber den Kampf gegen das Koalitionsrecht durch die Zwangsinnung der Barbier Rixdorfs referierte in einer vom Gewerkschaftsartell nach Thiel's Festhalten einberufenen Volksversammlung Genosse Bernke. Redner erwähnte die von der Zwangsinnung für das Barbiergewerbe beschlossenen Zwangsmahregeln, wonach die Geschäftsinhaber, welche die von der Organisation ausgegebenen Plakate oder Kontrollkarten der Gehäfen sichtbar befestigen, 20 M. Strafe bezahlen müssen. Die Zwangsinnung verfolge lediglich den Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Redner meinte, diesem Vorhaben müßte die ganze organisierte Arbeiterschaft energig entgegenzutreten. Ein Herr Knuth nahm zur Diskussion das Wort und suchte die Organisation der Gehäfen zu diskutieren. Dieser Herr wurde jedoch durch den Genossen Hendrichsle gebührend abgelehnt. Alsdann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 25. Oktober 1906 bei Thiel, Bergstraße 151—152, tagende öffentliche Versammlung verurteilt die Maßnahmen der Zwangsinnung der Barbier Rixdorfs, die das Koalitionsrecht und die Forderungen der Gehäfen illusorisch machen. Die Versammlung beauftragt das Gewerkschaftsartell sowie die Parteinstanzen Maßnahmen zu ergreifen, um dem rigorosen Vorgehen der Innung entgegenzutreten zu können.“

Pferdediebe sind gestern bei dem Fuhrherrn R. in der Anseebestraße festgenommen worden. Als sie das in der Schlächtere von Lang, Palisadenstr. 45 gestohlene Pferd bereits bei genanntem Fuhrherrn verkauft hatten und sich nach einiger Zeit das Geld dafür holen wollten, wurden sie von Kriminalbeamten in Empfang genommen. Sie entpuppten sich als der Händler Grunewald, Weidenweg 83 und der Arbeiter Lindemann, Hiedomstr. 32.

Friedenau.

In sehr stark besuchter Wahlvereinsversammlung erstattete Genosse Thiel-Tempelhof Bericht über den Mannheimer Parteitag. Eingehend behandelte er in längerer Rede den Vorstandsbereich sowie die Debatte über den „Massenstreik“. Mit dem Resultat, meinte Redner, könne man wohl zufrieden sein. Zum Schluß forderte er die Genossen auf, sich nunmehr auch den Beschlüssen des Parteitages gemäß zu betätigen. In der Diskussion sprach Genosse Langumum seine Ungewissheit über die Lösung der Gewerkschaftsfrage aus. Er hätte gewünscht, daß man dort die Lokalisten ganz energig an ihre Pflicht erinnert hätte. Sonst sprachen die Redner im Sinne des Referats. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages zufrieden. Besonders begrüßt dieselbe den Gedanken, Referate über besonders wichtige, das Volk betreffende Fragen vor Parteitag in Broschürenform auszugeben. Sie beschließt, im Sinne des Mannheimer Parteitages zu wirken.“

Steglich.

Die Volksbadeanstalt scheint nun endlich Wirklichkeit werden zu sollen, da bereits die Ausschreibung der Erd- und Maurerarbeiten erfolgt. Im Jahre 1901 wurde von unserem früheren Vertreter Genossen Kapp die erste Anregung gegeben, die allerdings zunächst auf unfruchtbaren Boden fiel. Die bürgerlichen Vertreter waren noch nicht einverstanden, um die Ausführung derartiger Projekte der Privatinitiative zu überlassen. Einige Herren waren sogar noch rückständig genug, um ein Bedürfnis nach einer Badeanstalt für Steglich überhaupt in Abrede zu stellen; man meinte, in Berlin sei Gelegenheit, in den Volksbadeanstalten für zehn Pfennig zu baden. Die damals von unserem Vertreter aufgestellte sozialdemokratische Forderung, nicht nur derartige Anstalten, sondern auch Verkehrsanlagen durch die Gemeinde zu bauen und zu betreiben, erregte bei seinen bürgerlichen Kollegen nur ein geringfügiges, um nicht zu sagen höhnisches Lachen. Und jetzt bauen wir nicht nur eine Badeanstalt, sondern wir haben sogar schon eine elektrische Bahn — die Grunewaldbahn — gebaut und lassen sie — vorläufig — auf Kosten der Gemeinde betreiben, um sie in einigen Jahren in völlig eigene Regie zu übernehmen. Erst verläßt, dann ausgeführt, zum Schluß in allen Tonarten als eine sozialpolitische Großtate gepriesen — das sind die Etappen, in denen unsere Gegner, wenn auch unbewußt, sozialdemokratische Ideen verwirklichen müssen.

Wilmersdorf.

Bürgerliche unter sich. Recht stürmisch verlief die am Donners- tag im „Victoriagarten“ abgehaltene Mitgliederversammlung des Bezirksvereins „Alter Ort“. Wenn die bürgerliche Presse mit demselben Eifer über den Verlauf von bürgerlichen Versammlungen berichtet wollte wie über Arbeiterversammlungen, so hätte sie anlässlich dieser einmal in heftiger Beleuchtung zu zeigen. Die „Wilmersdorfer Zeitung“ berichtet von einer „dramatischen Sitzung“ und von einem „ungewöhnlichen Ausgang“ derselben. Danach kann man schon als sicher annehmen, daß es recht „nett“ hergegangen sein muß. In diesem Verein sind zwei Strömungen vorhanden, nämlich Anhänger der jetzigen Kathauspartei, unter der sich meist Grundbesitzer befinden, und Liberale. Anlaß zu den erregten Szenen gab der Liberale Dr. Lubenthal, dem man den Vortritt machte, daß er den Verein verraten habe; auch soll er eine falsche Verrechnung der Wilmersdorfer Schuldenlast aufgestellt haben. So suchte Geheimregierungsrat Dr. Bedmann nachzuweisen, daß Wilmersdorf überhaupt keine nennenswerten Schulden habe. In Verbindung mit der heißen Finanzfrage wurde auch die leidige Krankenhausfrage erörtert und dabei namentlich von Dr. Klink und Lubenthal die sozialpolitische Minderwertigkeit der gegenwärtigen Gemeindevertreter verurteilt, die für ihre tranken Mitbürger nicht genügend Sorge tragen. Diese Reuerungen wurden von der Kathauspartei mit dem größten Tumult begleitet. Der Gemeindevertreter Raackstädt und sein Anhang meinten, es sei noch gar kein Bedürfnis für ein Krankenhaus vorhanden, da Wilmersdorf Anspruch auf 130 Betten im Kreis-Krankenhaus habe. Der Tumult erreichte den Höhepunkt, als die debattierenden Stadtverordnetenwahlen besprochen wurden. Hierbei fanden die Anpöbelungen gegen den Vorsitzenden Dr. Lubenthal kein Ende. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er die Interessen des alten Ortes nicht vertrete. Im „Interessenvertreten“ meint ein Teil der bürgerlichen Clique das Eintreten für Eisen-wahl, durch die ihnen von vornherein der Einzug ins neue Stadt-parlament gesichert ist. So meinte ein Redner — Laut —, daß, wenn nach Bezirken gewählt würde, in die III. Wählerklasse nur Sozialdemokraten hineinkämen. Bei der Abstimmung entschieden sich denn auch 29 gegen 21 für die Listenwahl. Dr. Lubenthal legte hierauf nicht nur den Vorstoß nieder, sondern verließ unter ohrenbetäubendem Lärm der „Nachstadt und Genossen“ mit seinen Anhängern demonstrativ den Saal.

Wir glauben, der Wilmersdorfer Arbeiterschaft den Verlauf dieser Versammlung mitteilen zu müssen, damit sie von den Absichten bereit von „Besitz und Bildung“ unterrichtet ist.

Tempelhof.

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Wolle r a n n in eingehender Weise Bericht vom Parteit-age. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert, im Sinne der Parteitagbeschlüsse zu wirken, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Versammelten ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Delegierten sowie mit den ge-fassten Parteitagbeschlüssen ausdrückten. Den Vorstandsbericht gab an Stelle des verhinderten Genossen Thiel der Genosse Schierig. Stattdessen haben im letzten Vierteljahr zwei Mitglieder- versammlungen, fünf Vorstandssitzungen, sowie vier Vortragsabende über das Erfurter Programm. Des weiteren bemängelte Redner die unzulängliche Beteiligung der Reichzahl der Partei-genossen an den Parteiarbeiten. Ausgenommen wurden fünf neue Mitglieder. An Stelle des Genossen Erhardt wurde der Genosse Pudjinski als stellvertretender Bezirksführer gewählt. Des weiteren wurde beschlossen, gemeinsam mit dem Wahlverein Mariendorf einen Kursus über Nationalökonomie zu veranstalten, dem Genosse Grun-wald als Lehrer vorstehen soll. Das Stiftungsfest des Wahlvereins wurde am 10. Januar 1907 abzuhalten beschlossen.

Treptow-Baumschulweg.

Ueber „Deutschlands innere und äußere Politik und sein Panama“ sprach Genosse J u b e i l, am 23. d. M. in einer von zirka 400 Per-sonen besuchten Volksversammlung. Redner gliederte treffend die deutsche Politik: Steuern zahlen, Maul halten und Gehorsamkeit sei der Grundfay für die innere, die Kasse in jeden Winkel hineinstecken, Schulden machen und die gepanzerte Faust überall zeigen für die äußere Politik. Bei diesem Hitzediskurs sei es ganz natürlich, daß Deutschland sich Freunde nicht erworben hat. Redner geistelte als-dann das Verfahren der Regierung, die, ohne den Reichstag zu be-fragen, Ausgaben mache. Das Referat fand lebhaften Beifall.

Die Genossin Neweß gab nun als Vertrauensperson ihren Bericht. Die Einnahmen betragen 163,15 M., die Ausgaben 23,80 M. Es bleibt also ein Bestand von 139,35 M. Nachdem sie für rege Agitation der Frauen aufgefordert, wurde die Genossin K i n z e l als weibliche Vertrauensperson gewählt. — Nach kurzen Worten des Vorsitzenden, mehr für die Ausbreitung des „Vorwärts“ und der sozialistischen Literatur Sorge zu tragen und der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation sich anzuschließen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Rummelsburg.

Gemeindevertreterwahl. Der Pächter der Kaufmanns für die Gemeindebauten im Marktviertel hatte die Ermäßigung seiner Pacht-summe von 2000 M. pro Jahr auf 600 M. beantragt. Dieser An-trag wurde abgelehnt. Ein Antrag der Oberlehrer des Gymnasiums um Erhöhung der Mietschuldendebüding von 800 M. auf 900 M. wird dagegen angenommen. Für die Straße 4, Eitelstraße und Immanuelstraße wird eine Änderung des Bebauungsplanes ge-zugehen. Für den östlichen Teil des Gemeindebezirks vom Aroy-graben bis zum Steuerhause nördlich der Köpenicker Chaussee wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen. Der Entwurf sieht in besonderer Veranschaulichung auf industrielle Niederlassungen auch Gleisanschlüsse für den Güter-verkehr vor. — In den Steueraussschuß wird der Bau- unternehmer Schröder und als dessen Stellvertreter Lehrer Leppelt gewählt. — Auch wird die Gründung mehrerer neuer Lehrstellen beschlossen. Zur Regulierung der Bürgersteige in der Dirschberger- und Marktstraße wird der Betrag von 10 000 M. bewilligt. Der Neueinteilung des Ortsteils Voghagen in zwölf Armenbezirke, bisher vier, wird zugestimmt. Für die Wiedereingliederung von Armen- unterstützungen werden von der bürgerlichen Mehrheit folgende Grundsätze beschlossen: Ist eine Unterstützung gewährt worden, so wird von einer Wiedereingliederung zunächst abgesehen. Nach Jahres-fest werden Ermittlungen über die Erwerbs- und Vermögens- verhältnisse der unterstützten Person und ihrer unterhaltungs- pflichtigen Verwandten angestellt; erweist sich Fischei, daß die Ver-

sonen nur ihr notwendiges Auskommen haben und pfändbare Gegenstände nicht besitzen, so wird eine Kosteneinzahlung nicht verlangt. Nach zwei Jahren sollen die Ermittlungen nach den Erwerb- und Vermögensverhältnissen der fraglichen Personen wiederholt werden. Ist das Ergebnis das gleiche wie zwei Jahre vorher, so werden die Aktien endgültig weggelegt. Ausgenommen von den hier festgelegten Grundregeln sind diejenigen Fälle, in denen es sich um Zahlung von Armenunterstützung a conto einer demnächst zu gewöhnlichen Unfall- oder Invalidenrente und um Kostenzuschüsse für in Krankenhäuser untergebrachte Personen handelt. Unsere Vertreter, welche das bisherige strenge Vorgehen der Armenverwaltung bei Wiedereinzahlung von gewährten Armenunterstützungen einer scharfen Kritik unterzogen, halten auch diese neuen Grundregeln nicht für geeignet, bessere Verhältnisse zu schaffen. — Unter Verschiedenem mußte auf eine Anfrage des Genossen John der Gemeindevorsteher geantwortet werden, daß vorläufig nicht daran zu denken sei, daß eine elektrische Straßenbahn nach Nimmelsburg geführt wird — die Große Berliner habe bereits wieder sämtliches Material abfahren lassen, da die Stadt Berlin der Großen Berliner die Genehmigung zur Befahrung der Vorkahnerstraße nicht erteilt. Recht auffällig war hierbei, daß der Bürgermeister die Anfrage unseres Genossen erst gar nicht zulassen wollte, es bedurfte erst des dringenden Hinweis, daß es bisher immer seltener war, daß nach Schluß der ordentlichen Tagesordnung die Anfragen der einzelnen Gemeindevorsteher vom Gemeindevorsteher beantwortet resp. von der Gemeindevorstellung verhandelt wurden. Nach der Erwiderung des Bürgermeisters zu urteilen, sind ihm diese Anfragen immer sehr unangenehm, da dieselben meist die Mängel in der Gemeindeverwaltung vor aller Öffentlichkeit bloßstellen.

Hierauf wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Verkauf des Kanalgrundstücks in der Fischerstraße an den Kanalisationsverband Lichtberg-Nimmelsburg für den Preis von 275 000 M. beschlossen.

Adlershof.
 Ueber den Wannheimer Parteitag referierte am Dienstag in der Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Julius Silberbrandt. Nebenher erklärte im allgemeinen sein Einverständnis mit den in Wannheim gefassten Beschlüssen. Insbesondere sprach er den Wunsch aus, daß das einmütige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein dauerndes sein möge. Die Haltung des „Korrespondent“ und des „Grundstein“ in letzter Zeit rauben ihm jedoch den Glauben daran. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Schubert, Horst und Reichert im Sinne des Referenten. Aufgenommen wurden ein Mitglied. Der Kassenericht vom vierten Quartal, den Genosse Fuchs erstattete, ergab eine Einnahme von 406,76 M., eine Ausgabe von 144,30 M., abgesehen an den Zentralvorstand wurden 331,16 M., mithin Bestand 21,30 M. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 406. Der Expeditionsbericht, den Genosse Steuer erstattete, wies eine Einnahme von 2006,32 M. und eine Ausgabe von 1863,08 M. auf, mithin Bestand 143,24 M. Auf Antrag des Vorstandes wurde gegen vier Stimmen beschlossen, gegen Genossen Hopfisch das Ausschlußverfahren einzuleiten.

Friedrichsfelde.
 Aus der Gemeindevorstellung. Ueberraschung rief der Punkt der Tagesordnung „Erlaß einer Beitragsordnung für die Kanalisation“ hervor. Wie in allen Angelegenheiten es der Gemeindevorsteher beliebt, erst in der betreffenden Sitzung eine zur Beratung stehende Angelegenheit zu erläutern, so auch bei diesem Punkt. Jeder nicht informierte Gemeindevorsteher wunderte sich darüber, daß dieser Gegenstand zur Beratung stand, da bereits im Juli 1905 eine Beitragsordnung beraten und beschlossen wurde. Nach derselben sollten für jedes Grundstück, das durch die Kanalisation wirtschaftlich bedorft wird, 25 M. pro laufenden Meter Straßenfront erhoben werden. Schon damals wurde Vertagung der Sache verlangt, weil die Angelegenheit für die Gemeinde finanziell von weittragender Bedeutung ist. Der Gemeindevorsteher trat dem Vertagungsantrage mit seinen üblichen Worten: „Meine Herren, die Angelegenheit drängt, wir müssen einen Beschluß fassen“ entgegen. Gegen die Beitragsordnung legten die Karlsdorfer Willensbestimmter Protest ein, da nach ihrer Meinung sie nicht zu derselben Höhe herangezogen werden könnten wie die Besitzer von größeren Grundstücken. Eine amtliche Entscheidung über die Berechtigung der Einsprüche ist bisher nicht erfolgt, da der kürzlich zum Bürgermeister gewählte Gemeindevorsteher diese Beitragsordnung jetzt, nach 1 1/2 Jahren, der Aufsichtsbekörde noch gar nicht zur Genehmigung eingereicht hatte. Nur bei „privaten“ Verhandlungen sei ihm von „einflussreichen“ Persönlichkeiten mitgeteilt, daß auf eine Genehmigung nicht zu rechnen sei. Die jetzt vorgelegte Beitragsordnung sieht eine Klassifizierung nach Klassen vor, dergestalt, daß für Klassen A 30 M., für Klassen B 22,50 M. und für C 21 M. pro laufenden Meter Grundstücksfront erhoben werden sollen. Gegen diese Normierung dieser Sätze wandten sich sofort die Besitzer der Rietsdächer und kündigten, falls so beschlossen, sofort Proteste an. Nach langer, zum Teil äußerst wirt. durchgehender Debatte wurde die neue Beitragsordnung mit 11 gegen 11 Stimmen, wobei der Gemeindevorsteher den Ausschlag gab, angenommen. Da die Besitzer der Rietsdächer ihren Protest einreichen, so kann dieser Streit der Hausbesitzer, welche ja nach der Landgemeindeordnung die Majorität in der Gemeindevorstellung haben, unterer Gemeinde ein hübsches Stück Geld kosten, und das alles, weil es dem Gemeindevorsteher erst nach 1 1/2 Jahren möglich war, erneut der Sache näher zu treten. Durch diese Verzögerung gehen der Gemeinde die Zinsen für rund eine Million Mark ab 1. April 1906 verloren. Die Aufnahme eines schwachen Darlehens von 100 000 M. war ebenfalls Gegenstand der Beratung. Da schon zwei Millionen für die Kanalisation verausgabt sind, die Erhebung der Antiegebeiträge vor Genehmigung der Beitragsordnung nicht möglich ist, wird diese Summe vorläufig zur Abschlagszahlung an den Baumunternehmer benötigt. Die Debatte über diese aufsehenerregende harmlose Sache gab Veranlassung, den Gemeindevorsteher aus seiner Reihe hervorzulassen. Die mit 2 300 000 Mark veranschlagte Baukosten der Kanalisation werden um zirka 50 Prozent überschritten werden! Zur nächsten Sitzung wurde auch eine Uebersicht über die voraussichtlichen Kosten des Baues sowie die Wahl einer Kanalisationskommission verprochen. Nur mit Aufbietung aller Verehrtheit gelang es dem Gemeindevorsteher, die Genehmigung der 100 000 Mark-Anleihe zu erlangen. Welche „Dochachtung“ der Gemeindevorstand vor den Gemeindevorstellern hat, zeigte die am Schluß der Sitzung, nachdem schon die meisten Vertreter zum Aufbruch gerüstet waren, gemachte Mitteilung, daß die Submission über Maschinenlieferung für die beiden Pumpstationen als Höchstforderung 147 000 M. und als Mindestforderung 100 000 M. ergeben haben. Vorsig, Schwarzpoff, Siemens, Cnlop sowie Bruch waren hier beteiligt. Dem Tiefbauunternehmer Bruch will oder hat der Gemeindevorstand als Mindestforderndem die Lieferung übertragen. Nachdem die letzten Arbeiten vergeben sind, kann eine Kanalisationskommission gewählt werden.

Weißensee.
 Das Auguste-Viktoria-Krankenhaus, welches vom Vaterländischen Frauenverein unterhalten wird, will den Betrieb auf die vertraglich zu unterhaltenden 40 Betten beschränken, wenn Kreis und Gemeinde nicht dafür eintreten, das jährliche Defizit, das im letzten Berichtsjahre 31 000 M. betrug, zu decken. Zurzeit werden etwa 120 Betten unterhalten. Der Verein beabsichtigt, wenn Kreis und Gemeinde die geforderte Garantie übernehmen, das Krankenhaus bis auf 250 Betten zu vergrößern, andernfalls sei er gezwungen, die Anstalt auf die vertraglich zu unterhaltenden 40 Betten zu beschränken und den Betrieb im übrigen nach einer Segend Berlins zu verlegen, wo das Verhältnis der Kranken erster und zweiter Klasse zur dritten Klasse nutzbringender sei. Dieser Entschluß verdient nähere Beachtung und zeigt, wozu die private Wohltätigkeit führt. Die Gemeinde sollte daran denken, sich ein eigenes Krankenhaus zu errichten, was ihr dann auch gestattet, Einblick in die Verwaltung zu nehmen, während bei dem jetzigen Zustand jedwede Uebersicht fehlt.

Großbeeren (Kreis Teltow-Doeblow).
 Am letzten Sonntag tagte hier im Heinze'schen Lokale eine Volksversammlung. Seit einigen Wochen steht der Arbeiterklub das genannte Lokal wieder zur Verfügung, nachdem es Jahre lang unmöglich war, Versammlungen abzuhalten. Auch der hiesige Wahlverein war während der ganzen Zeit obdachlos. — Der Genosse Wollermann-Schöneberg referierte über die gegenwärtige politische Lage. Er ging in seinen Ausführungen namentlich auf die augenblicklich herrschenden Teuerungsverhältnisse ein, indem er die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches einer scharfen Kritik unterzog. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden zur kräftigen Mitarbeit und zum Eintritt in die politische und gewerkschaftliche Organisation auf.

Boßen.
 In imposanter von weit über 200 Personen besuchten Versammlung referierte am Sonntag Genosse Zubeil über „Deutschlands Politik und sein Panama“. Das Referat, in welchem Redner eingehend die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands kennzeichnete und zum Schluß zu lebhafter Aufklärungsarbeit aufrief, wurde von den Versammelten mit großer Begeisterung aufgenommen. Den Anfang der Versammlung hatte der hiesige Arbeiterklubverein „Freie Sänger“ mit dem stimmungsvollen Liede „Empor zum Licht“ eingeleitet.

Pantow.
 Die hiesige Realschule wird zum 1. April nächsten Jahres zu einer Oberrealschule umgewandelt werden. Da die Schule ihren vollständigen Ausbau erst im Jahre 1910 vollenden wird, so kommen für das nächste Etatsjahr die Mehrkosten für Anstellung von vier Oberlehrern und den Lehrmitteln in Höhe von 20 000 M. in Betracht. Laut Berechnungen wird eine Einnahme von 14 000 M. erwartet. Trotzdem die zweite Gemeindefürsorge in der Kaiser Friedrichstraße am 1. April in Benutzung genommen wird, ist bei der rapid steigenden Bevölkerung stets eine Ueberfüllung der Schulen zu vermeiden. Es ist daher in Aussicht genommen ein Schulbau in der Grünowstraße und die Errichtung einer Doppelschule in der Görtschstraße. Erstere soll am 1. Oktober 1907 und letztere am 1. April 1908 zu benutzen sein. Die Berliner Stadtsynode beabsichtigt bei Mühlenbeck einen Zentral-Friedhof anzulegen und hat sich Terrains von insgesamt 800 Morgen gesichert. Zur Anlage eines Gleises von der Reinickendorf-Siebenwalder Bahn, auf welcher die Leiden bis zum Friedhofe hinbefördert werden sollen, ist ein der Gemeinde Pantow gehöriger Gutsgeländestreifen von 3 1/2 Morgen nötig. Das Kuratorium verlangt außer den Nebenbedingungen für den Morgen Terrain 1200 Mark. Die Gemeindevorstellung bestimmte als Verkaufspreis 2400 Mark mit der Bedingung, daß das Kirchhofprojekt in spätestens drei Jahren verwirklicht werden soll. Die Gemeinde hat vor vier Jahren den Morgen mit 800 M. mit allem Lebenden und toten Inventar gekauft. — Vor einiger Zeit richtete die Gemeinde ein Gesuch an die Oberpostdirektion um Errichtung eines zweiten Postamtes. Kurz und bündig lehnte die Postverwaltung das Gesuch der über 33 000 Einwohner zählenden Gemeinde ab. Es sollen nunmehr beim Reichspostamt und zu gleicher Zeit beim Reichstag die nötigen Schritte unternommen werden, um den unhaltbaren postalischen Zuständen ein Ende zu bereiten.

Zegel.
 In einer von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung referierte in Trapp's Festsaal Gen. Hans Vlod über den politischen Massenstreik. Der Referent behandelte dieses Thema, indem er die Unterschiede des politischen Massenstreiks und des anarchistischen Generalstreiks darlegte und ersteren als ein Kampfmittel zur Eroberung politischer Rechte sowie zur Abwehr gegen Volkseingetragung bezeichnete. Mit besonderem Hinweis auf Belgien, Italien, Holland und Russland zeigte er die Möglichkeit der erfolgreichen Anwendung des politischen Massenstreiks. Die Voraussetzung, so resümierte der Referent, der erfolgreichen Anwendung dieses Kampfmittels seien starke politische und gewerkschaftliche Organisationen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine zustimmende Diskussion. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende Scheidemantel die Versammelten, für eine weitere Erstarkung der Organisation und größere Verbreitung der sozialistischen Tagespresse Sorge tragen zu helfen.

Spandau.
 Die Einheitsfeier der Arbeiterversicherung behandelte am Donnerstag an Stelle des Genossen Grünwald, der über „Kapital und Arbeit“ sprechen wollte, jedoch verhindert war, zu erscheinen, Genosse Adolf Ritter in einer allgemeinen Versammlung der Metallarbeiter und Arbeiterinnen im Lokal von Köpnick, Nischendorferstraße. Nebenher machte der Vorsitzende, Genosse Rönke, bekannt, daß am Dienstag, den 27. November, die Gewerbegerichtsbeiratswahlen stattfinden. Als Kandidaten wurden vorgeschlagen die Kollegen: Falscher, Jini und Rinstädt. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, daß der Wahlverein und das Gewerkschaftsfortell gemeinsam einen Bildungsausschuß gewählt haben, der Mittel und Wege finden soll, um eine bessere Ausbildung der Arbeiter zu ermöglichen. Die Versammlung erklärte, das Bestreben zu unterstützen. Zum Schluß wurde noch auf den in den Siemens-Schudert- und Siemens-Halscheschen Werken ausgebrochenen Streik verwiesen und aufgefordert, den im Kampfe befindlichen Kollegen gegenüber Solidarität zu üben.

Vermischtes.

Arretiert.
 Vom Polizeipräsidenten in Wiesbaden wird die „Frankf. Ztg.“ um Aufnahme folgender Erklärung ersucht:
 Im ersten Morgenblatt (Nr. 208) Ihrer Zeitung vom heutigen Tage ist unter der Ueberschrift „Ein polizeilicher Mißgriff“ eine Darstellung über eine nächtliche Arretierung des Schriftstellers Karl Wötcher von hier gebracht worden, welche völlig mit dem übereinstimmt, was Wötcher hier mündlich vorgebracht hat. Die Darstellung widerspricht jedoch der Anzeige des betreffenden Schuhmanns, welcher die Sachlage wesentlich anders darstellt. Durch gerichtliche Untersuchung, welche ohne Verzug eingeleitet werden wird, wird wohl baldigst Klarheit in der Sache geschaffen werden.
 Diese Erklärung sagt nicht, gegen wen sich die gerichtliche Untersuchung richten soll, ob gegen den Schuhmann oder gegen den vom diesem Verhafteten. Wenn letzteres der Fall ist, so haben wir, sagt das Frankfurter Blatt, wieder die eigenartige Erscheinung, daß Leute, die über unangemessene Behandlung durch die Polizei Klage führen, zu allem übrigen noch angeklagt werden, und daß dann die Beamten, deren Verhalten Gegenstand der Beschwerde war, als Zeugen gegen sie auftreten. Eine weitere Zuschrift von Herrn Wötcher deutet darauf hin, daß in der Tat dieser Weg der Klarstellung — das Umgekehrte dessen, was man eigentlich für das Zweckmäßige halten sollte — gewählt werden wird. Die „Frankf. Zeitung“ gibt uns dieser Zuschrift folgendes wieder:
 Der Schuhmann hat eine Anzeige fertiggestellt. Danach soll ich zu meiner größten Ueberraschung einen ganzen Mattenföhrig von „Vergehen“ verübt haben. „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, „groben Unfug“ usw. usw. Dabei erklärt der Schuhmann auch, ich hätte seine „Uniform angegriffen“: seine Uniform aber sei ihm — heilig, denn er trage — „des Kaisers Rock!“ Diese Bemerkung über seine „Uniform“ gibt vielleicht einen Fingerzeig zur psychologischen Erklärung. Die gerichtliche Behandlung der Sache — (ich habe sofort gegen den Schuhmann Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, rechtswidriger Freiheitsübernahme, vorsätzlicher Mißhandlung und schwerer Beleidigung meiner Person und meiner Ehre) — wird daraus, daß die Beschuldigungen seitens des

Schuhmanns absolut unbegründet sind. — Durch das scharfe Eingreifen der Schuhmannsseite wurde ich derart verletzt, daß ich ob der entstandenen Beschuldigung und der dadurch entstandenen Schmerzen seit drei Tagen arbeitsunfähig bin. Der Transport des gemeingefährlichsten Verbrechers kann unmöglich rücksichtslos erfolgen als meine Transportierung seitens des Wiesbadener Schuhmanns. Während meiner fünfzehnjährigen Reisen in vier Erdteilen habe ich außer Russland kein Land kennen gelernt, in welchem ein gebildeter, vollständig unschuldiger Mensch ähnlich behandelt worden wäre.

Der Zuschrift ist die Abschrift einer ärztlichen Bescheinigung beigelegt, aus der sich ergibt, daß das Handgelenk, um das die Kette gelegt worden war, eine breite Schwellung und Rötung zeigte und auf eine festgelegte Zettel hinwies.

Brüdenfurt. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonnabend in der Nähe von Deriedentwald bei Lauffen. Ein schwer beladenes Fuhrwerk, das die baufällige Holzbrücke des Wiesflusses passierte, fiel infolge Zusammenstoßes der Brücke in den Fluß. Pferd, Wagen und Fuhrmann verschwand in dem hochgeschwollenen Wasser, ebenso sieben Fabrikarbeiter, welche die Brücke gleichfalls passierten. Vier von ihnen konnten gerettet werden, während die übrigen ertranken, ebenso der Fuhrmann mit seinen Pferden.

Bergarbeiterlos. Dortmund, 30. Oktober. Bei Ausführung von Reparaturarbeiten auf Zeche „Minister Achenbach“ stürzte in Schacht 2 das Fahrseil des Förderkorbes. Zwei Arbeiter stürzten in die Tiefe und konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Amerikanische Millionär-Schnelheiraten haben manchen merkwürdigen Eheprozeß im Gefolge gehabt, selten dürfte aber ein solcher an Sensation von dem Verfahren überboten werden, das die in Pittsburg der Gesellschaftskreisen wohlbekannte Frau Frank Walker gegen den dortigen Millionär Peter Mac Cool wegen böswilligen Verlassens angeklagt hat. Während Herr Mac Cool bestritt, mit Frau Walker jemals die Ehe eingegangen zu sein, und tatsächlich in Butler (Pennsylvanien) mit seiner ihm vor achtzehn Jahren angeheirateten Frau in glücklicher Ehe lebt, behauptet Frau Walker, die seit zwei Jahren ihre Heimt in einem vornehmen Hause Pittsburgs aufgeschlagen hat, mit Herrn Mac Cool in dem Hause ihrer Schwester in New York am 19. Juni 1904 die Ehe eingegangen zu haben, wobei Herr Pastor John Steen von der Ascension Memorial Kirche ordinierte. Frau Walker gibt ferner an, daß Herr Mac Cool das von ihr bewohnte Haus gekauft und auf ihren Namen überschrieben hätte, und daß sie zwei Jahre zusammen in glücklichstem Einvernehmen gelebt haben, bis sie vor ungefähr sechs Monaten von ihm verlassen worden sei. Herr Mac Cool gibt zu seiner Rechtfertigung an, daß jemand anders Frau Walker unter seinem Namen geheiratet haben müsse, womit in Einklang zu stehen scheint, daß die Unterschrift in dem Kirchenbuch Pastor Steens mit der Handschrift Herrn Mac Cools namhafte Unterschiede aufweist. Auf den Fortgang des Prozesses ist man in der Pittsburg der Gesellschaft sehr gespannt.

Die Katastrophe bei Pleasantville. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New York sind bei dem Eisenbahnunglück bei Pleasantville von 91 Reisenden, die sich im Zuge befanden, nur 25 Personen gerettet worden; es sollen ganze Familien dabei angekommen sein. Unter den Verunglückten werden auch folgende Deutsche genannt: Dr. Paul Kelsberg und Frau, John Zimmermann, Martha Heisch, Albert Kessel, Ella Ritterhofer und Tochter.

Wer ist der Schuldige? Ueber den Untergang des Unterseebootes „Lutin“ wird berichtet: Bisferta, 30. Oktober. Der Untersuchungsanspruch hat alle Papiere an Bord des gesunkenen Unterseebootes „Lutin“ beschlagnahmt. Aus diesen geht hervor, daß den Kommandanten des Schiffes keinerlei Schuld an der Katastrophe trifft.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuchende und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

P. 2. Derartige Berufswahlungen können wir nicht vornehmen. — **H. P. 177.** Vorhaben. Leider ja. Der Betreffende möchte eine Eingabe an das Polizeipräsidium machen. — **R. 100.** Der junge Mann muß zur Zahlung der Alimente gezwungen werden, wenn er nicht beweist, daß innerhalb der freilichigen Zeit auch anderen die Möglichkeit, Vater zu werden, eingeräumt war. — **P. R. 104.** 1. Kein. 2. Das Armenrecht als solches hat nur den Wert, daß es als Grundlage für den Antrag auf Erteilung des Armenrechts dient. Wird das Armenrecht bewilligt, so bleibt die Partei, der es vom Gericht bewilligt ist, vorläufig von der Zahlung der Gerichtskosten befreit. — **G. 2. 100.** Lohnstr. 6, Günthers Rettungsverlag. — **J. 28.** Verlangen Sie eine Klage auf Schadenersatz, inwiefern ist nicht ausgeschlossen, daß die Klage abgewiesen wird, weil ein großes Versehen auf Ihrer Seite darin gefunden wird, daß Sie Original und nicht Abschriften der Zeugnisse einbrachten. — **G. 33.** Hat der Ehegatte innerhalb eines halben Jahres nach Kenntnis von dem Gebrauch die Klage nicht angeklagt, so ist eine spätere Klage unmöglich. — **Sa. 111.** Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **J. K. in M.** Weging Jens und Witt. Preis 1 M. — **Thoma Bartolini.** Benutzen Sie sich an eine medizinische Antiquariatsbuchhandlung. — **P. G. 95.** Ra. — **R. 25.** Die Pfleger müßten erst klagen. — **13 B. B.** Wenn eine mündliche Belobung vorlag, so müßten beiderseits die Geschenke auf Verlangen prüfgegeben werden, soweit sie bei der Rückforderung noch vorhanden sind. — **J. G. 65.** Wenden Sie sich an die Stillschlagdeputation (Rathaus). — **H. 26.** Die Mutter ist zur Rückzahlung des von Ihnen verausgalteten verpflichtet, falls nicht etwa eine allgemeine Vereinbarung über einen Pauschalbetrag getroffen ist, den die Mutter zu zahlen hat. — **Kathi 10.** 1. und 2. Ja. — **H. 2. 103.** Ist Ihre Wohnung gesundheitsgefährdend, so können Sie auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz klagen. Wenn Sie auf Reparatur und Schadenersatz wegen Verzögerung der Reparatur klagen. Die Nichtvornahme der Reparatur ist aber kein Grund zur vorzeitigen Aufhebung des Vertrages. Zweckmäßig ist es, mit der Klage auf Aufhebung des Vertrages wegen Gesundheitsgefährdung der Wohnung einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu verbinden und die Gesundheitsgefährdung durch ein Attest glaubhaft zu machen. — **M. 57.** Wegen Steuerrecht ist der Lohn pfändbar. Im übrigen ist nur der 1500 M. jährlich übersteigende Nettelohn pfändbar. — **W. 2. 120.** Bantow, Noastr. 51. — **G. P. R.** Die „Cumantia“ kostet im Auslande 9 Fr. pro Vierteljahr, 16,50 Fr. pro halbes Jahr und 31 Fr. pro Jahr. Monatsabonnements nur in Frankreich. Jedes Postamt nimmt die Bestellung an. Die Adresse lautet: Paris, 110 rue Richelieu. — **P. 2. 5.** 1. Kein. 2. und 3. Die Urteilsfindung ist zweifelhaft, eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, erachtet aber nicht ganz ausgeschlossen. — **M. C. 18.** Die von Ihnen angeführten Sachen dürfen als unpfändbar erachtet werden. Die Garantie der Mutter ist an sich ungültig. Anders steht es, wenn die Mutter als Käuferin sich schriftlich zur Zahlung verpflichtet hatte. — **Vengsch.** Ein Einpruch wäre erfolglos. — **G. 23.** 1. und 2. Ja. — **J. 24. 100.** Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an den Holzarbeiter-Verein, Engel-Allee 15. — **J. C.** Der andere hat recht. — **P. R. 30.** Beantragen Sie bei der Berufsgenossenschaft, Ihnen eine Unfallrente zubilligen. — **H. 2. 3747.** 1. Ja. 2. Ein Zwang ist nicht möglich. Suchen Sie in Güte den Vater zu bewegen. — **H. 24.** 1. In ein Dienstmädchen wegen der Kündigungsschrift nicht verheimlicht, so gilt eine Kündigungsschrift von 6 Wochen zum 1. des Quartals. — **G. M. 42.** 1. Im Klagefall würde der Vater voraussichtlich Recht bekommen. 2. Sold Leihenden erachtet nicht. — **G. H. 1896.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **Nimmelsburg.** 1. Ja. Aber nur, wenn die Voraussetzung für einen solchen vorliegt. 2. Unfallrente wird nur gezahlt, wenn die Rinderung der Erwerbsfähigkeit über die 13. Woche hinausläuft. — **P. P. 55.** Die Führung des Reiterzeugs ohne den Besitz eines solchen ist verboten und strafbar. — **H. 6.** Nach der Vorschrift wird der Zeuge in der Regel nicht befragt. Legt dem Zeugen daran, daß er unter keinen Umständen danach befragt wird, so teilt er vor dem Termin mit, wann und wemgegen er befragt ist, und beantragt, Fragen nach den Strafen nicht zulassen zu wollen. Dem Wunsch wird Rechnung getragen. — **H. 89.** Wenden Sie sich an die Fortbildungsschule. — **H. 3. 206.** Ohne Einhalt in das Klassenstatut ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **500 G. P.** Bei dem von Ihnen geführten Sommerball ist die Behörde berechtigt, Strafbefehle und Zwangsmittel ergehen zu lassen. Eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren ist zulässig, bei der von Ihnen geführten Lage der Dinge aber ansichtslos. — **G. H. 3.** Ra. — **G. 2. 100.** Sie sind nicht verpflichtet, Ihren Steller gegen einen anderen zu verurteilen. — **Gen. Betreueranfrage.** 1. 67 1/2 Proz., 2. 100 Proz. — **M. 3. 99.** Rein.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 31. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Cyrenhaus. Lammhüter und der Sängerkrieg auf der Wartburg. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Das Lied vom brauen Mann.

Deutsches. Das Wintermärchen.
Weiten. Drei Rolandsknapen.
Verning. Undine.
Reising. Das Blumenweib.
Reise. Die Condottieri.

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Herrgottswarter.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.) Die rote Kabe.
Romische Oper. La Fata. Refänge, Triplepatto.

Central-Theater. (Cigarette). 3 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Prinzesschen Neugier.
Abends 8 Uhr: Tausend und eine Nacht.

Luise-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes.

Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag: Sherlock Holmes.
Sonabend 4 Uhr Kinderdarstellung: Küchegut.

Abends: Eise vom Eichenhof.
Sonntag nachmittags: Jungfrau von Orleans.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Eise vom Eichenhof.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr Wiederauftreten von Adolf Philipp: Im wilden Westen und Herr „Hauptmann“ von Köpenick.

Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Vaber's große Fisch.
Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr: Ausgewiesen.

Sozialer Volksstück in vier Akten von Carl Böckler.
Sonabend 4 Uhr Kinder-Vorst.: Frau Holle. — Sonntag 3 Uhr: Mutterliebe. Kleine Preise.

Etablissement Neue Welt
Husenstraße 108/114.
Heute: Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Der Glückner von Notre-Dame.

Romanisches Drama in 6 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetverkauf von 10—11 Uhr im Etablissement.

Apollo-Theater.
Reihe Liane d'Ève
b. Original-Matinee-Tänzerin.
Die Attraktionen d. Oktober-Programms.
10 Uhr: Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trio.

Sonntag, den 4. November, nachm. 3 1/2 Uhr: Große Familienvorstellung. Halbe Preise! Halbe Preise!

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.

H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritz Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 4. November 1906, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise!

Auf in's Metropol!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage: Der Hausfreund.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Notrdobe.

Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 3. Carl Stecher.
Heute Theater-Aufführung: Dorf und Stadt.

Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 31. Oktober 1906: Der Hochzeitstag.

Schwank in 3 Akten von Bolters.
Hierauf: Die Notbrüder.
Aufh. 1. & 3. Akten v. Orffac u. Croisset.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatto.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.
Wicente Robert de Houban: Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Residenten-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatto.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.
Wicente Robert de Houban: Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Residenten-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatto.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr:
Die photographische Platte.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militair-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., u. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.

Abendtäglich 8 Uhr:
Unsere Rätze.
Central-Theater.
(Cigarette). 3 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Prinzesschen Neugier.

Abends 8 Uhr: Tausend und eine Nacht.
Luise-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes.

Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag: Sherlock Holmes.
Sonabend 4 Uhr Kinderdarstellung: Küchegut.

Abends: Eise vom Eichenhof.
Sonntag nachmittags: Jungfrau von Orleans.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Eise vom Eichenhof.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr Wiederauftreten von Adolf Philipp: Im wilden Westen und Herr „Hauptmann“ von Köpenick.

Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Vaber's große Fisch.
Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr: Ausgewiesen.

Sozialer Volksstück in vier Akten von Carl Böckler.
Sonabend 4 Uhr Kinder-Vorst.: Frau Holle. — Sonntag 3 Uhr: Mutterliebe. Kleine Preise.

Etablissement Neue Welt
Husenstraße 108/114.
Heute: Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Der Glückner von Notre-Dame.

Romanisches Drama in 6 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetverkauf von 10—11 Uhr im Etablissement.

Apollo-Theater.
Reihe Liane d'Ève
b. Original-Matinee-Tänzerin.
Die Attraktionen d. Oktober-Programms.
10 Uhr: Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trio.

Sonntag, den 4. November, nachm. 3 1/2 Uhr: Große Familienvorstellung. Halbe Preise! Halbe Preise!

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.

H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritz Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 4. November 1906, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise!

Auf in's Metropol!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage: Der Hausfreund.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Notrdobe.

Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 3. Carl Stecher.
Heute Theater-Aufführung: Dorf und Stadt.

Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 31. Oktober 1906: Der Hochzeitstag.

Schwank in 3 Akten von Bolters.
Hierauf: Die Notbrüder.
Aufh. 1. & 3. Akten v. Orffac u. Croisset.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatto.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.
Wicente Robert de Houban: Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Residenten-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatto.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.
Wicente Robert de Houban: Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Ein Drama in 3 Akten v. S. Villenfeld.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**
Lustsp. in 1 Aufz. v. Demo Jacobson.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die rote Kabe.

Castans Panopticum

Friedrichstraße 165.
Der Räuberhauptmann v. Köpenick.
Die zusammengewachsenen Schwestern.
Abends 6 1/2 Uhr:
familien-Bier-Kabarett.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Bernspracher Nr. 8.
Jeden Sonntag im Kaugasale:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Sörgel.
Jeden Mittwoch: 24762*

Willy Walde-Sänger.
Zum 1. Male: Neu! Der Säugling. Urförmlich!
Gebr. Arnold.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:
Honorable Rowee's
Erschauerung
Automobil-Experimente.
Heberjahren
mit einem 70 P.S. Fiat-Automobil
(vom 30. September u. 4. Oktober).
Die größte Tiger- und Löwengruppe.
Der Burkhart-Football-Schüler.
Dr. E. Schumann im seinem Sportplatz (mit 16 Zuschängeln).
Wille. Loris Loyal, Demimon-daine-Kellnerin.
Aus der Pußt. Pantom.

Zirkus Schumann

Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:
Grande Solrée equestre.
Elite-Programm. 1. a.:
Konf. Fernand Guichenet,
Oberreiter seiner Maj. des Gen.
Konf. Alberto in f. phänomenalen Leistungen.
Mister Honricksens größte Tiger-Gruppe,
worunter Tamany, der kämpfende Löwen-Baron, komische, mit seiner dressierten Renagerie.
Die fliegenden Menschen Les Rixfords.
Auf der Pußt. vorgeführt vom Dir. Schumann.
Kellerfamilie Cardinals. — Agathe Gutzw, kaufmännischer Vorführer.
Küster dem: Sämtliche neuengagierten Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Ein zum 18. Male:
Gr. Ausstattungs-Pantomime.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ditt. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Die Rose von Sacharad.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Donnerstag: Schlußsp.
Sonabend zum erstenmal: Adolo.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Musikprogramm.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Anleitung: H. Sachse.
Anf. Sonntag 6, Donnerstag 8 Uhr.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 65.

Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
23 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Theater Folles Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 5 Uhr.

Buggenhagen

Nordplatz.
Jeden Mittwoch u. Sonabend:
Gustav Gottschalks
humoristischer Abend
und Freitanz.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Montags
8, Sonntags
7 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Beste Bettenfüllung

und die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr feinsten.
Menopoldaunen
(gerollt, geschüttelt) Pfund 2 M., 2, 50, 3-4 Pfund gemischt 1 gr. Oberbett. Best. geg. Nachfrage. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Spezial-Beitellern-Spezial-gefäht Deutschland.

Pelzwaren-Fabrik.

2783L*
Der **Stuzelverkauf** findet wie alljährlich in meiner Fabrik
Alexanderstr. 30, 1. Etage
Verkauf nur zu Fabrikpreisen.
Pelz-Stolas, Kragen, Muffen, Pelz-mützen. Reparaturen billigst.
Herrn Oppenheim, Kürschnerstr. Geogr. 1874.

Teilhaltung

monatlich 10 M.
Lieferer elegante Herren-Garderobe nach Maß. Billigste Preise.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Berlin, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Rade Belleallianceplatz.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Vager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstat. Liefer. f. Dr. u. Hülfs-Krankenschwestern.
Berlin O., 24552*

30. Finier-Strasse 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper
Photographie Stolz & Schrey!
Beliebigkeit, gründl. Färbung ist jed. Teilnehm. geboten! Kurios beginnt Freitag, ab 7 Uhr, 2. Gruppe, Minnenstr. 16.
Englischen Unterricht (Vorbereitungen), französischen, deutschen Unterricht erteilt
G. Swienty-Liebkecht,
Schöneberg, Sedanstr. 67 III.

Schmackhaft, leicht verdaulich
Fortig zum Gebrauch

TROCKKA

Nährhaft für Kinder, Garantiert
Kranke und Reconvaleszenten
reiner Milchkakao mit Zuckersatz

Ehren-Diplom — Grand Prix — Größte Auszeichnung
Grosses Allgemeines Fach-Ausstellung für das Gastwirts-Handwerk, Köln u. Rh., Oktober 1906

Haupt-Bureau: Berlin SW., Belle-Alliance-Platz 7/8. Überall erhältlich

Verlangen Sie

Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.
M. Suize, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Aufhebung des Vereinsrechts durch das Kammergericht.

Im Kammergericht geht es seit der Beseitigung des Kammergerichtsrates Hadenstein, der wiederholt mit Erfolg für Aufrechterhaltung der Verfassung und Ungültigkeitserklärung auch von Polizeiverordnungen eintrat, die die Verfassung und das Vereinsrecht verletzen, immer mehr mit dem Schutze des Verfassungs- und Vereinsrechtes bergab. In Widerspruch mit Vorschriften des Gesetzes und der Verfassung fällt es am Montag eine Entscheidung, die noch über die normarische Willkür hinaus die Polizei für berechtigt erklärt, ohne Grund den Mieter eines Raumes aus seinen Mieträumen zu entfernen, und den Mieter für strafbar erklärt, der in seinem Mietraum bleibt. Dieser Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Eine öffentliche Versammlung im Lokal Wilhelmgarten zu Tempelhof bei Berlin, die am 13. Dezember 1905 stattfand, wurde gleich nach 10 Uhr wegen Eintritts der Polizeistunde für das Lokal vom überwachenden Gendarm aufgelöst, obwohl das Lokal vom Einberufer und Leiter, Genossen Thiel, durch schriftlichen Vertrag vom Gastwirt bis 1 Uhr nachts gemietet worden war, gemäß einer mündlichen Vereinbarung von 10 Uhr ab jeder Zuschauer im Versammlungssaal unterließ und die Tür verschlossen wurde. Mit Rücksicht hierauf verweigerte Thiel die Räumung des Saales. Erst nach einer wiederholten Aufforderung des Gendarmen veranlaßte er die Versammelten, sich zu entfernen, und ging er selbst. — Thiel wurde auf Grund des § 15 des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt, welcher lautet: „Wer sich nicht sofort entfernt, nachdem der Abgeordnete der Ortspolizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat (§§ 5, 6, 8), wird mit Geldbuße von 15 bis 150 M. oder mit Gefängnis von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft.“

Das Landgericht II zu Berlin sprach jedoch den Angeklagten frei. Es führte aus: Es müsse angenommen werden, daß § 15 von denen, die dem § 6 zuwider handelten, nur diejenigen bestraft wissen wollen, in deren Falle die Auflösung auf die §§ 5 und 8 des Vereinsgesetzes gestützt werde. Zu den dort genannten Gründen gehöre aber der Eintritt der Polizeistunde nicht. Deshalb habe hier, wo der Beamte auf Befragen des Leiters die Polizeistunde als Grund angegeben habe, Freisprechung zu erfolgen. Wegen Verweilens in einer Schankstube nach Eintritt der Polizeistunde und trotz Aufforderung eines Polizeibeamten, sich zu entfernen (§ 305 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs), könne auch keine Bestrafung eintreten, da der Saal zur fraglichen Zeit kein Schankraum mehr gewesen sei, weil jeder Zuschauer von 10 Uhr ab unterließ und die Tür von dem Saalmieter Thiel geschlossen war.

Die Staatsanwaltschaft focht das Urteil durch die Revision an und verlangte die Bestrafung Thiels auf Grund des § 15 des Vereinsgesetzes.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld vertrat den Angeklagten vor dem ersten Strafsenat des Kammergerichts. Er trat den Nachweis dafür an, daß schon aus der Entscheidung des Vereinsgesetzes die Unzulässigkeit der Auflösung einer Versammlung wegen Ueberschreitung der Polizeistunde folgt. Der Entwurf

der Regierung von 1849 habe die Bestimmung enthalten, die Dauer der Versammlung dürfe die zur Schließung der Versammlungsorte festgesetzte Zeit nicht überschreiten. Die Regierung wollte also ausdrücklich die Dauer von Versammlungen an die Polizeistunde binden und die Ueberschreitung sollte ein Auflösungsgrund sein. Dieser Entwurf wurde gegen nur wenige Stimmen verworfen. Die Regierung nahm in dem Entwurf von 1850, der Gesetz wurde, jene Bestimmung überhaupt nicht wieder auf. Wenn also der erste Entwurf und damit die fragliche Bestimmung ausdrücklich verworfen worden sei und die Regierung in dem zweiten Gesetz gewordenen Entwurf die Bestimmung erst gar nicht aufgenommen habe, so könne man keineswegs sagen, es sei auch dann Grund zur Auflösung gegeben, wenn die Polizeistunde überschritten werde. Das Gericht, das so entschiede, würde sich in Gegenlag zur Absicht des Gesetzgebers stellen. Um eine solche unzulässige Auflösung handele es sich hier. Der Verteidiger hob ferner hervor, daß der Vorderrichter sich aus der Anziehung der §§ 5, 6 und 8 im § 15 mit Recht folgere, daß die Bestrafung nur dann eintreten solle, wenn einer dieser angezogenen Paragraphen vorliege, also einer der drei Auflösungsgründe des § 5 oder der Auflösungsgründe des § 8 den Anlaß zur Auflösung bilde. Stelle man sich auf den entgegengesetzten Standpunkt, so interpretiere man diese ausdrücklich angezogenen Paragraphen aus dem Gesetz hinweg. Interpretiere man den § 6, der die sofortige Entfernung nach einer Auflösung vorschreibt, so, als stünde er nicht im Vereinsgesetz selbst, und im Zusammenhang mit dem vorangehenden § 5, dann stelle man den alten vormärzlichen Zustand wieder her, nach dem die Auflösung einer Versammlung im Verlehen der Polizei lag und die Polizei aus irgend einem ihr bestehenden Grund die das Versammlungsrecht ausübenden mit Gewalt auseinanderreiben konnte, ja die solch rechtswidrigem Vorgehen der Polizei sich widersetzenden Personen außerdem noch strafbar waren. Eine Bestrafung im vorliegenden Falle würde die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung und das auf Grund derselben ergangene Vereinsgesetz aufheben. Der Zweck dieser Verfassungsbestimmungen und des Vereinsgesetzes sei es ja gerade, die unbeschränkten Befugnisse der Polizei, Versammlungen zu gestatten oder aufzulösen, aufzuheben und das Recht auf Auflösung nur auf die bestimmten, in den §§ 5, 6, 8 des Gesetzes festgesetzten Fälle zu beschränken.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob jedoch am Montag das freisprechende Urteil auf und verurteilte den Angeklagten auf Grund des § 15 des Vereinsgesetzes zu der zulässigen niedrigsten Strafe von 15 M.: Nach der Auflösung einer Versammlung habe sich gemäß § 8 des Gesetzes jeder Anwesende sofort zu entfernen und nicht erst zu fragen, ob der Grund etwa berechtigt sei. Der Polizeibeamte brauche ja den Grund gar nicht zu nennen. Das Prinzip des Vereinsrechts sei: die Vereins- und Versammlungsfreiheit solle gewahrt bleiben, aber das Vereins- und Versammlungsleben solle sich in bestimmten Regeln abspielen. Der Gesetzgeber habe sich ein Organ der Staatsgewalt gedacht, das gleichberechtigt der Versammlung gegenüber stehe und dessen Auflösungs-wille entscheidend sei. Das Gesetz wolle auch jeden mit Strafe

bedrohen, der sich nach der Auflösung nicht sofort entfernt. Und der Gesetzgeber habe damit auch recht. Wenn es auch bedauerlich sein könne, daß sich die Polizei mal vergriffe, so würde der Erfolg doch ein weit schlimmerer sein, wenn die Versammlung selbst zu prüfen berechtigt wäre, ob ein berechtigter Auflösungsgrund vorläge. Es würden dann gewiß Tumulte entstehen und der Fall eintreten, wo mit Waffengewalt nach § 6 eingeschritten werden könne.

Auf eine Widerlegung der durchschlagenden Gründe des landgerichtlichen Urteils und des Verteidigers ließ sich das Urteil nicht ein. Trotz dieser kammergerichtlichen Entscheidung fordern wir die Mieter von Räumen auf, dem Begehren der Polizei in Fällen, die dem geschilderten gleichgelagert sind, keine Folge zu leisten, vielmehr ihren Ausfrieren auch der Polizei gegenüber zu schätzen.

Eingegangene Druckschriften.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 22. Nummer des 23. Jahrganges erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor die beiden farbigen Bilder „Verlaß“ und „Das russische Stillerhuhn“ sowie die weiteren Illustrationen „Karl Moor redivivus in Stöpenid“, „Das Adler-schießen“, „Glaube — Liebe — Hoffnung“, „Im Zukunftstaat der konservativen Vorzeiten“, „Die Ehre von Thron und Altar in Russland“, „Aus dem Dreiklassenstaat“, „Der bayerische Löwe und die Simultan-schule“, „Koffbar“, „Die reife Frucht“, „Zeitgemäßes Werkzeug für Streikbrecher“ und „Lagha“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Junfer Jahrhundertfeier“, „Peterhof“, „Die Entstellungen“, „Der Hauptmann von Stöpenid“, „Hochwürden“, „Unser Reichthum“, „Braunschweig“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Reaktionen „Nitroglycerin“ von Paul Underling und „Die Duellanten“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

„Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Eilb Braun. (Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) Soeben ist das 5. Heft erschienen.

Witterungsbericht vom 30. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Parameter, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Parameter, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen. Rows include Swinemünde, Damburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Scilly, Aberdeen, Varel.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 31. Oktober 1906. Glemlich heiter, nachts kälter, am Tage mild bei lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Wasserkont. am 30. Oktober. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 1,17 Meter, bei Magdeburg + 1,24 Meter. — Unkraut bei Strauchhüt — Meter. — Oder bei Ratibor — Meter. — Reibe-mündung + 1,29 Meter. — Oder bei Brielg + 1,94 Meter. — Oder bei Breslau Unteregel — 1,24 Meter.

Advertisement for Baer Sohn clothing. Includes illustrations of boys in coats and jackets. Text: Große Mengen aussortierter Knaben-Mäntel und Anzüge werden zu teilweise weit unter dem Herstellungswert herabgesetzten Preisen ausverkauft... Knaben-Winter-Joppen warm gefüttert 4 M. Baer Sohn Spezial-Haus größten Massstabes. Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Advertisement for Portieren. Spezialität! (ca. 200 Genre). Einz. Garnituren spottbill. Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko. Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Oranienstr. 158 Berlin S.

Advertisement for Hustentropfen. Bei Husten, Heiserkeit, werten Reizeln. Hustentropfen überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico“ verpackt. In allen Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin S. 43, Eisenbahnstraße 4.

Advertisement for Waschmaschine. Schnell-Dampf-Waschmaschine. Robel'scher Patent. Spandauerstr. 99.

Advertisement for Konkursmassen-Ausverkauf. Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel. Georg Bröh, Ober-Schöneweide, Eilbeminenhofstr. 14 a. Verkauft von 8-1 Uhr, 2-9 Uhr, auch Sonntags, zu spottbill. Preisen.

Advertisement for Feinste Fruchtmarmeladen. Himbeer-, Apfel- und Melange. Eigene Herstellung u. Ernte. ff. und billiger. Brotauflöslich. Volteimer 10 Pf. franco 3 M. 174/16. Obstplantagen u. Marmeladenkocherei L. Dobbelaer, Nienbittel.

Advertisement for Auerlicht. Achtmal billiger als elektrisches Glühlicht ist das Nach unten brennende Auerlicht mit dem echten Auer-Glühstrumpf DEGEA. Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft) BERLIN.

Advertisement for Rob. Richter. Fluss- und Seeisch-Handlung. Jetzt Weidenweg 37. Metz seit 6 Jahren Petersburgerstrasse 8 bestes Fischgeschäft habe nach Weidenweg 37 verlegt.

Advertisement for Möbel. Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. eventuell auch auf Teilzahlung. Paul Burow's Möbel-Fabrik Berlin SW., Lindenstraße 105.

Advertisement for Kufeke's Kinder-mehl. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Arbeiter!
Frauen!
Konsumenten!

Mittwoch, den 31. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr:
D. D.: **Der Wert der Konsumgenossenschaften im Kampfe gegen Lebensmittelverfälschung u. -Verfälschung.**
Arbeiter, Frauen, sowie Mitglieder von Rabatt-Sparvereinen! Es gilt, in dieser Versammlung den Weg zu zeigen gegen Ausbeutung der Konsumenten durch hohe Lebensmittelpreise und Verfälschung der Nahrungsmittel. Deshalb versäume niemand, in der Versammlung zu erscheinen.

Öffentliche Volks-Versammlung Gesellschaftshaus,
Schulstraße 29.
in Meeres
Referent: A. Stoermer.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.
Donnerstag, den 1. November abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gesamtvorstandes. 2. Der Stand des Fensterstells. 3. Abstimmung über den Antrag R. Kemnik. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß jeder Kollege diese Versammlung besucht.
Anfang präzis.
Der Vorstand.

Steinarbeiter
Berlin I.
Sonntag, 4. November, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Beitragsprüfung. 3. Kündigen wir den Tarif, oder nicht? 4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen erwünscht.
180/13*
A. H.: Franz Starker, Vorsitzender.

Partei-Expeditionen:
Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstr. 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Pringelstr. 31, Dol rechts part. — Viertes Wahlkreis G.: Robert Engel, Raderborferstr. 3, am Rittinerplatz. Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden). — SO.: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15 (Laden). — Fünfter Wahlkreis: Leo Jucht, Reibellstr. 42 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding: Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42. — Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Adersstr. 36, Eingang Anklamstr. — Gesundbrunnen: F. Trapp, Rügenstr. 24, vorn part. links. — Schönehauser Vorstadt: Karl Mars, Lohsestr. 123. — Alt-Gliencke: Reinhold Schulz, Rudowstr. 83. — Charlottenburg: Gustav Schanderg, Telenbemerstr. 1, Ecke Goethestr., v. L. — Wilmersdorf-Halensee: Georg Reefe, Berlinerstr. 46, Laden. — Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau u. Rummelsburg: Otto Seifel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — Grünau: D. Blumme, Wilmersstr. 2. — Rixdorf: R. Heinrich, Neufahrstr. 7, im Laden. — Schmaragdort: Gustav Kaminsky, Cunostr. 2. — Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Tempelhof: W. Müller, Berlinerstr. 41/42. — Ober-Schöneberg: Julius Grund, Gieselerstr. 10, I. — Nieder-Schöneberg: Bonaforsky, Gieselerstr. 1d. — Johannisthal: Franz Hahn, Wilmersstr. 7. — Adlershof: Erich Steiner, Roonstr. 8, I. — Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenauerstr. 4b. — Köpenick: Friedrich Bold, Schulstr. 4. — Friedenau-Steglitz-Südende: D. Berner, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rob. Doppelstr. 8, u. Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I. — Raumschulenberg: Stodt, Grünstr. 2, II. — Treptow: Rob. Gramenz, Niehölzstr. 412, Laden. — Neu-Weißensee: W. Redte, Sebanstr. 103, partiere. — Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Frovingstr. 108, II. — Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartr. 43. — Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwald, Wilmersstr. 73. — Bernau: Heinrich Bröje, Hohenstr. 74, part. Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hanksel Ablage: Wilson Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — Teltow: Hermann Krüger, Neufahrstr. 2. — Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Fliesenleger.
Donnerstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15:
Versammlung
der Sektion der Fliesenleger des Maurer-Verbandes.
Tages-Ordnung:
1. Die Sperre über dem Unternehmer Körner. 2. Gewerkschafts-Ges. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Es ist Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.
Der Sektionsvorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Charlottenburg.
Donnerstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Konferenz, 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1906. 4. Wahl eines Komitees zu unserem Postenball. 5. Verschiedenes.
Kolleginnen und Kollegen, erscheint alle in dieser so wichtigen Versammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung. A. H.: A. B. H. L.

30 Bauparzellen
2 1/2 Meilen v. Zentrum Berlins dert. Quadratrute 5 und 6 Mark
Schulz, Schöneberg, Gustav-Rühlstr. 42

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Mittwoch, 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei W. Endt, Beuthstr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht (Kassenbericht). 2. Diskussion. 3. Anstellung eines zweiten Beamten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Unbedingt Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Die Verbandsleitung.

Steppdecken
billig direkt in der Fabrik
72, Wallstr. 72,
wo auch alle Steppdecken ausgefertigt werden. Verahrd Strohmandel, Berlin Ks. Mühlstr. Katalog gratis.
Prinzen-Str. 41, 165
Haut- und Harnleiden.
19-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Dr. Simmel,
Prinzen-Str. 41, 165
Haut- und Harnleiden.
19-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worle mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Nissen mit glattrotem Anlett 10,50, Pfandbleibe Andreaskirche achtunddreißig, 1906/07.
Notrosen-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Nissen 18,00, Andreaskirche achtunddreißig, Pfandbleibe.
Bauerdeckbett, Unterbett, zwei Nissen 27,00, Große Laken 1,00, Leinwand Andreaskirche achtunddreißig, Elektrische nach Bedarf.
Gardinenband Große Frankfurterstr. 9, partiere. 11
Teppiche mit Gardendekoren niedrige Große Frankfurterstr. 9, partiere. 11
Steppdecken billig Grobe Frankfurterstr. 9, partiere. 11
Müllwerke, Sprechmaschinen, Teilschaltungen, Invalidenstr. 20, Stahlstr. 40, 1906/07
Geschäftsrad, ankerl Rad, 50,00, Holz, Blumenstraße 36 b.
Federbetten, Stand 10,50, große 18,00, Gardinen, Böden, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldschmied, sportlich Pfandbleihaus Rittinerplatz 7, 1906/07
Teppiche! (Niederlage) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Godesch Karl 4, Bahndorf Seite. 269/14
Wegeneinbauten: Goletois, Anzüge, Hosen, Koffer, Kessel, Teppiche, Uhren, Goldschmied, Kessel, sportlich, Rude, Oranienstraße 131.
Reisegläser, Operngläser, Helige, Regulatoren, Zeehänger, Dampfbäder, Weigen, Silber, Silber, Teppiche, sportlich, Rude, Oranienstraße 131, 29/3
Dringend sollen aufgebauert sämtliche Möbel von fünf Zimmern, auch Küchenmöbel, billig verkauft werden, darunter geschmiedes Bett, Ankleibehaus, Salm-Schlafzimmer, Stand Betten 20 Mark, Stühle, Tische, Sofas, Wochstolletten, Bilder, Gardinen, Steppdecken, Verschiedenes, Dresdenerstraße 38, vorn II links. *
Rosenberg, Kottbuserdamm 98, Damenjacketts 5,75, 7,50, 10,50; lange Damenpaletots 7,50, 8,50; warme Wintercapes 120 Zentimeter lang 5,75; Davalos 5,50, 7,50, 9,50; Bolero, Strachan 9,50, 10,50; elegante Nachmittagspaletots 15,00. Anfertigung nach Maß, billige Preise. Kleinauswahl. 1906/07
Rosenberg, Kottbuserdamm 98, für Knaben und Mädchen unerreichte Auswähl, sportliche Preise. Anzüge, Paletots, Hosen, Hosen; Mädchenjacketts, Hosen, Hosen; Kostümhosen, schwarze und farbige feine Läden; feine Herrenstoffe. Schmitz gratis. Kleinauswahl, billige Preise. 1906/07

Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36 b. 18148*
Steppdecken (sportlich) Radstr. Große Frankfurterstr. 60, 18428
Teppiche, Rückseite angeleimt, unter Kabinenpreis. Stocher, Ringstraße 17.
Kranstr. 60, Brauente laufen Möbel, Spiegel, Kofferwaren (sportlich) Saalfelds Möbelgeschäft, Rein Laden. 24445*
Milchgeschäft mit Hölle und Materialwaren sofort veräußert, Kaufstr. Godeschstraße 20, Schuhgeschäft. 1115
Rate 10 Mark! 500 Hochwald-Parzellen, beste Pflanzzeit, im schönen idyllischen Eggerdort bei Strandsberg, mitten im Wald, fünf Minuten vom Bahnhof, Verkäufer täglich 12 Uhr. Nur der kassierte Otto Noers, Pantom, Alsbachweg 10.
Entzückende Blasen, Kostümhosen, Jacketts, selbstgeknüpft, aufstehend billig. Keine Ladenmiete. Altaner, Brunnenstraße 4, I. 24496
Dame muß verkaufen elegante Blüsch, Blüschgarnitur, Blüsch, Sofa 35, Schränke, Käst, Stoves, Steppdecken, Federbetten, Gausstr. 35/37 I, Eingang Schwarztopfstr. 24456
Gardinen, Portieren, Reste 1 - 2 - 3 Fenster, enorm billig. Gardinenhaus Hermsdamerstraße 12. *
Maurer! Kennen Sie Schlingers Stradausgabe? Hopen, Hopen, Hopen, Hopen! Viel haltbarer als Englischer. Alleinverkauf: Krumstr. 58. 1906/07
2 Tische, 1 Esstisch, mehrere Rohrhölzer, 1 Bettstelle mit Vertikboden, 1 Stubenlampe, umgänglichbar zu verkaufen bei Grünberg, Reinholdstr. 78 II. 24426
Neues Bicarngeschäft mit 25000 Mark kassiert, billig zu verkaufen bei Grünberg, Reinholdstr. 78 II. 24426
Metallbetten, zwei hochlegante, 100,00, Truhen, Spiegel 50,00, Patentrührer 28,00, Laken, Sofa 55,00, Rittersstraße 112, II. 175/3
Kanarienvogel (sportlich) Alexanderstraße 12. 248/13
Rekarnation, nachweislich gutgehend, wegen Uebernahme eines größeren Geschäfts sofort zu verkaufen Diefenbachstraße 34. 24545
Pianos, goldgraviert, 100,- (kein Teilzahlung), Krumstr. 8, I. 175/6
Seifen- und Waschlappen, gutgehend, umhändelt sofort veräußert, Raabe, Straße 10. 469
Rahmmaschinen! Biele bis 15,00, mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Edmüßige Systeme. Postkarte. Brauer, Lützowstraße 90. 176*

Rixdorf, Neues Festzelt, Knebelstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Vorstellsaal (500 Personen). Sonntags 20,- 121*
Blüsch, Bringenstraße 62, täglich 8-8, Sonntag bis 2 | 1906/07
Kunstspinnerei von Frau Koloski, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *
Bücher kauft, bezieht Antiquariat Kochstraße 66, I. 18728
Wachhaukaff. Den Genossen empfehle bei Bedarf meine Wach- und Wänterhüte. Böden wird sauber und glänzend gewaschen, im Freien getrocknet. Karl Koch, Köpenick, Grünauerstraße 21. Abholung Sonntag abends. 19448*
Saal, 100 Personen, Sonnabend frei. Brauereiauswahl Altaner, Pantom, Schönhauser Allee. 169*
Volkshumorist Max Schmeißer, Steinstr. 57. 1109
Kleiderband Schreibst. kauft Berwarter Walladenstraße 95. *
Platina, alle Jahrgänge, allerhöchste Preise. Rinkenstraße 199 II, Joachimstraße-Ed. 24506

Möblierte Schlafstelle vermietet Witte Ender, Höchststraße 23, Hof links I. 24465
Schlafstelle, möbliert, 11 Mark mit Koffer vermietet Hühner, Grünburgerstraße 44, vorn IV. 24316
Bessere Schlafstelle, Balkon, Bade- benutzung 15,00 inklusive. Hier, Rügenstraße 36, vorn III. 24376
Freundliche Schlafstelle Paderstr. 11 III, Trebbin. 77
Bessere Schlafstelle, 10,00, Brangelstraße 115, vorn 3 Treppen rechts.
Schlafstelle, reparat, Ritterstraße 124 I, Bohnad. 24525

Monteur für Tragertreppe werden für sofort gesucht. A. Druckenmüller, G. m. b. H., Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 175/4
Barock-Vergolder auf Rahmen sucht Königberger, Frankfurterstraße 119. 1114
Schürzen-Küchinnen, Sternend, Braunstraße 18. 1109*
Bergolberin verlangt Behälter, Weidenburgstraße 5. 1138*
Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Pringelstr. 41. 174/6*
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 173/15*

Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner (Belgranger) hat über die Firma **Jok u. Co.** die Sperre verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten.
Der Vorstand.
Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Bestimmung streng zu befolgen, da selbige ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma. Die Ortsverwaltung.

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Vorderzimmer billig. Klauke, Carmen-Str. 7, Bahnh. Hof Schönhauser Allee. 149
Möbliertes Zimmer, allein, Wittenwalderstraße 25, Hof IV, links. 24095
Möbliertes Zimmer 10,50, Dante, Dresdenerstraße 96, vorn III. 24396
Möbliertes Zimmer, Teilzimmer, vermietet Rüdch, Dresdenerstraße 111, vorn, rechter Ausgang I. 24416
Möbliertes Zimmer, einen Herrn, Wasserstraße 62, vorn IV, links. *
Heines, möbliertes Zimmer für Herrn, Kommandantenstraße 15, Hof rechts III, Saale. 24556
Teilnehmer zum fremdlich möblierten Vorderzimmer, Appel, Wasserstraße 14 III. 24516
Möbliertes Zimmer, zwei Herren, bei Lepper, Fohenerstraße 27 III. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Bergolbergehülfe, mit sämtlichen ins Fach schlagenden Arbeiten vertraut, sucht per sofort oder später dauernde Beschäftigung. Best. Offerten erbeten unter N. 4 an die Expedition des Blattes. 24095
Blinder Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgebracht. A. Glaser, Dinsd. Straße 27. 14628

Stellenangebote.

Chauffeurschule, Jedermann wird schnellstens zu erstklassigen Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Glänzende Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Größter Stellenausschuss. Steis Ruchstr. nach Chauffeurs. Auto- technikum Berlin. Infolge bedeutender Vergrößerung jetzt: Berlin- Wilmersdorf, Hildegardestraße 13. Größte, bedeutende Chauffeurschule!
Wiederverkäufer für Reueit gesucht. Hoher Reueitendienst. D. Wolf, Zwickau, Nordstraße. *
Fischer auf Wänterhüten verlangt Road, Rixdamerstraße 22. 24406
Knabe zum Effentragen sucht Grimmstraße 9, III links. 24356
Verling für unsere Gravierschule sofort gesucht. Kreibitz, Daad u. Ko., Ritterstraße 75. 1226

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen Parteigenossen zu vermieten. Frau Rosenfeld, Forcherstraße 54, Hof III. 24556
Schlafstelle für Parteigenossen zu vermieten. Frau Jahn, Dinsd. Straße 10, vorn I. 23266
Bessere möblierte Schlafstelle, 1, auch 2 Herren, Urbanstraße 65, vorn, rechter Ausgang, 2 Treppen links. 22906
Schlafstelle Lützen - Ufer 18, Berente. 175/2
Teilnehmer besserer Schlafstelle Braunsbergerstraße 8 I, Gartenhaus, Kaufmann. 1114
Schlafstelle für zwei Herren Rannstraße 82 II. 24485

Textilarbeiter!

Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Kell & Co., Andreaskir. 32**, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zugung ist fernzuhalten.
Verbindung der Musikinstrumentenarbeiter.

Zentralverband der Maurer, Sektion der Fliesenleger.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Mann, Petersburgerplatz 4.
Wengels, Raderborferstr. 5.
Gustav Vogel, Kopenstr. 82.
Nordosten:
J. Jucht, Reibellstr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Adersstr. 36.
F. Trapp, Rügenstr. 24.
Karl Mars, Lohsestr. 123.
Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42.
L. Dehann, Raderborferstr. 24.
G. Vogel, Forpingstr. 37.
H. Tisch, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8.
W. Schroll, Gieselerstr. 29.
Südwesten:
G. Werner, Wittenwalderstr. 30.
G. Zährder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
St. Fröh, Pringelstr. 31.
F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15.
P. Gursch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Schanderg, Telenbemerstr. 1.
Friedrichshagen:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
M. Heinrich, Neufahrstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
W. Redte, Sebanstr. 105.
Jul. Schiller, König-Charlottenstr. 39a.
Reinickendorf:
P. Gursch, Frovingstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.